

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 8 vom 22. Februar 1980

14. Jahrgang

1 DM

Der große Knall bei Ruhrgas

Erdgaspreise steigen um 60 Prozent

Hinter den Kulissen kassieren die Multis

ESSEN/MÜNCHEN.— Wer derzeit mit den Stadtwerken sagen wir 300 Mark im Quartal für seine Gasheizung abrechnet, kann sich ab 1. April 1981 auf 480 Mark einstellen. Die Ruhrgas AG in Essen, die 60 Prozent des bundesdeutschen Gasmarktes kontrolliert und die Bayerische Ferngas in München wollen bis dahin den Gaspreis um 60 Prozent aufwerten; am 1. April 1980 steht uns eine 30prozentige Erhöhung ins Haus, zum 1. Oktober eine 10prozentige, zum 1. April 1981 noch einmal 20 Prozent.

Hinter der Ruhrgas stehen dieselben gierigen Mächte, die schon über die Preisexplosion bei Benzin und Heizöl (Preissteigerung um 70 Prozent seit Januar 1979) Milliardenprofite scheffelten.

Letztes Jahr hatte die bundeseigene Veba mit dem Segen von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff ihr Aktienpaket (25 Prozent) an den britischen Ölmulti BP verschertelt. Weitere 25 Prozent lagen schon längst bei Esso, Shell, Mobil Oil und Texaco.

Die Multis haben eine Art Preisbindung durchgesetzt. Steigt der Benzin- oder Heizölpreis, steigt der Gaspreis automatisch mit, die Ölmultis sahen gleich zweimal ab.

Über eine 60prozentige Preiserhöhung bei den Erdgasförderländern liegen keine Meldungen vor. Überhaupt hat die Preispolitik der Förderer kaum einen Einfluß auf die Zahlen, die auf der Gasrechnung des Verbrauchers stehen, denn an allen entscheidenden Punkten haben die Multis den Daumen

drauf.

Zum einen werden 35 bis 40 Prozent des in der Bundesrepublik verbrauchten Erdgases an



Auch am Gas verdienen die Ölmultis. BP etwa ist mit 25 Prozent an der Ruhrgas AG beteiligt.

Ort und Stelle, im eigenen Land, gefördert, zum anderen kontrollieren die Ölmultis Shell und BP die Erdgasförderung in

Holland, unserem Hauptlieferanten, zu 50 Prozent, den Erdgasvertrieb sogar hundertprozentig.

Die Multis üben eine nahezu totale Kontrolle über die Öl- und Gasgeschäfte aus: jeder, der im Winter Interesse an einer warmen Wohnung hat — und wer hat das nicht — ist ihren räuberischen Praktiken ausgeliefert.

Das alles passiert in einer Situation, in der sich die Bruttolohnsteigerungen unterhalb der 7-Prozent-Marke einzupendeln beginnen, eine Lohnsteigerung, die schon fast von der Heizkostenexplosion aufgefrisst wird, und die anderen Kosten steigen ja schließlich auch.

Es ist längst überfällig, daß der Staat drastische Maßnahmen gegen die unverschämte und brutale Preistreibe der Multis unternimmt. Ihre gigantischen Profite müssen einer rigorosen Gewinnsteuer unterzogen werden. Die Koppelung von Öl- und Gaspreis muß fallen!



Endlich verhaftet wurden am Samstag die SS-Massenmörder Ernst Heinrichsohn, Kurt Lischka und Herbert Hagen. Alle drei waren vor einem Kölner Schwurgericht wegen der erwiesenen Teilnahme an der Deportation von 70 000 französischen Juden in die Gaskammern von Auschwitz verurteilt worden. Sie bekamen Haftstrafen zwischen sechs und zwölf Jahren. Trotz der erwiesenen Schuld am Massenmord hatte es das Schwurgericht jedoch abgelehnt, die früheren SS-Offiziere festzusetzen, was massiven Protest in der Öffentlichkeit auslöste. Jetzt wurden Haftbefehle vom Oberlandesgericht erlassen und am Samstag in den Heimatorten der Massenmörder vollstreckt.

Stoiber hetzt im Nazi-Stil

Demokraten als „Ratten und Schmeißfliegen“ bezeichnet

Empörung über Hetze der Strauß-Partei

STUTTGART.— Wie am Wochenende bekannt wurde, hat der Generalsekretär der CSU, Edmund Stoiber, eine Reihe von demokratischen Schriftstellern als „Ratten und Schmeißfliegen“ diffamiert. Gemeint waren Bernt Engelmann, Walter Jens, Herman Kesten, Martin Walser, Ingeborg Drewitz und Josef Reding.

Es ist bezeichnend, daß diese ungläubliche Äußerung nicht etwa im Alkoholaumel eines Bierabends der Strauß-Partei oder während einer hitzigen Auseinandersetzung fiel. Stoiber brachte seine Anwürfe vielmehr in einem Gespräch mit Journalisten im Stuttgarter Funkhaus vor. Er war danach gefragt worden, ob es richtig wäre, daß sein Parteifreund Strauß die genannten Schriftsteller als „Ratten und Schmeißfliegen“ bezeichnet hätte. Stoiber antwortete darauf, das könne er zwar ohne Rücksprache mit Strauß nicht bestätigen; für ihn selbst allerdings wären diese Schriftsteller nichts anderes als

„Ratten und Schmeißfliegen“. Auch auf die ungläubigen Rückfragen der Journalisten, ob er das denn ernst meine, hielt Stoiber seine Diffamierung aufrecht.

Der Schriftsteller Walter Jens erinnerte in einer Protesterklärung daran, daß fortschrittliche Kulturschaffende während der faschistischen Diktatur als „Wanzen und Ungeziefer“ bezeichnet wurden. Es müsse der Eindruck entstehen, „daß der Unterschied zwischen NSDAP und der CSU Stoiberscher Prägung so bescheiden sei wie der Unterschied zwischen Wanzen und Schmeißfliegen“.

Werden die RGO-Betriebsräte bei Hoesch entlassen?

DORTMUND.— Wie kurz vor Redaktionsschluß zu erfahren war, hat der Vorstand der Hoesch-Werke beim Betriebsrat die fristlose Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Böhmer beantragt. Am Dienstag, den 19. Februar ist der Betriebsrat deshalb zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten. Betrachtet man die bisherige arbeiterfeindliche Mausekelpolitik der rechten Betriebsratsbonzen, die sich auch in den verschiedensten Hetz- und Lügenkampagnen gegen die RGO ausdrückte, so ist damit zu rechnen, daß der Betriebsrat dem Antrag mehrheitlich zustimmen wird. (Näheres im nächsten RM; siehe auch Seite 3).

Mercator Westberlin

Erfolgreicher Streik gegen Unternehmerwillkür

Siehe Seite 3

Carter schickt Ledernacken in den Persischen Golf

WASHINGTON.— Die amerikanischen Imperialisten haben eine neue Stufe ihres militärischen Aufmarsches im Nahen Osten eingeleitet. Zum ersten Mal seit Kriegsende werden in dieser Region US-Landtruppen stationiert sein.

Es handelt sich dabei um Einheiten der Marineinfanterie, der berüchtigten Ledernacken, die schon in vielen Teilen der Welt als Stoßtrupp bei blutigen militärischen Aggressionen eingesetzt wurden. Präsident Carter gab in der letzten Woche bekannt, daß sich gegenwärtig ein großer Flottenverband mit 1 800 Ledernacken auf den Persischen Golf zubewegt.

Carter macht zwar keine Angaben darüber, wo die Landtruppen stationiert werden sollen. Sein Kriegsminister Brown jedoch erklärte zur gleichen Zeit, Stützpunktverhandlungen mit einigen Ländern der Region wären zur Zufriedenheit

der USA abgeschlossen worden. Dabei handelt es sich um Kenia, Somalia und vor allem Oman, das am Ausgang des Persischen Golfes liegt.

Der Ledernackenverband, dessen Ankunft am Golf für den März erwartet wird, führt Panzer vom Typ M 60, schweres Pioniergerät, Mannschaftswagen usw. mit. — Er ist also bestens gerüstet für Kommandoaktionen aller Art. Darüber hinaus könnte er Unterstützung von der amerikanischen Kriegsflotte im Indischen Ozean bekommen, die inzwischen auf 20 Schiffe — darunter die Flugzeugträger Coral Sea und Nimitz — angewachsen ist.

Izmir (Türkei): Generalstreik und Straßenkämpfe

Blutiger Terror von Polizei und Armee

Bonner Finanzspritze für türkisches Regime

IZMIR.— Auch zu Beginn der Woche hielten die Kämpfe in der westtürkischen Stadt Izmir an. Seitdem am vergangenen Donnerstag Truppen des Regimes einen von den Arbeitern bestreikten und besetzten Betrieb mit brutaler Gewalt gestürmt hatten, lähmt ein Generalstreik das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt.

Und nach wie vor wütet der Terror des staatlichen Gewaltapparats gegen die Werktätigen von Izmir. Sieben Arbeiterviertel wurden am Wochenende von schwerbewaffneter Polizei umstellt und Haus für Haus durchkämmt. Tausende von Werktätigen wurden verhaftet und in das nach chilenischem Vorbild zum Gefangenenlager gemachte Stadion geschleppt. Sie werden pausenlos unter Anwendung barbarischer Foltermethoden verhört. Ein Arbeiter ist schon unter der Folter gestorben; mehrere andere fielen den Ku-

geln von Polizei und Armee zum Opfer.

Unterdessen forderte der Stabschef, General Evren, größere Befugnisse für die Armee bei der Bekämpfung „der inneren Feinde“. Evren drohte darüber hinaus erneut mit einem faschistischen Militärputsch. In dieser Situation ist am Montag der Bonner Finanzminister Matthöfer in die Türkei gereist. Sein Auftrag: Verhandlungen über eine Finanzspritze in Milliardenhöhe für die türkische Armee (siehe auch Artikel auf S. 2 und S. 11).



Izmir: Mit Panzerwagen gegen die Arbeiter

Kommentar

Am Wochenende — der Staatschef lag noch im Koma — wurden in Belgrad schon die Vorbereitungen für das Begräbnis getroffen. Man mußte wohl rechtzeitig damit beginnen, denn hochgestellte Trauergäste aus aller Welt, so hieß es, würden erwartet.

Es fällt nicht schwer vorzusagen, welcher Art die Nachrufe dieser hohen Gäste auf den Marschall sein werden. In seltener Einmütigkeit werden der Mann aus dem Krimi und der aus dem Weißen Haus, die Vertreter aus Bonn und Ostberlin, Paris und Peking den Verstorbenen als einen Politiker von höchstem Rang anpreisen, der es verstanden hätte, seinem Land stets die Unabhängigkeit zu wahren.

Jugoslawien nach Tito

Aber wenn das so wäre — warum dann die nervöse Aufregtheit, die sich stets in den Hauptstädten der Welt ausbreitete, wenn der greise Tito nur einmal einen Schnupfen bekam, die sich immer mehr steigerte, je deutlicher es wurde, daß es mit dem Marschall endgültig zu Ende ging? Warum ist dann „Jugoslawien nach Tito“ immer ein erst-rangiger Gegenstand politischer Spekulationen aller Art gewesen?

Die Antwort auf solche Fragen hat in der vergangenen Woche, als Tito im Todeskampf lag, der Präsident Carter höchstpersönlich gegeben. Er erklärte nämlich völlig ungefragt, die USA würden Jugoslawien militärischen Beistand leisten, falls man sie darum bitten würde. Auf dem Höhepunkt der sogenannten Afghanistan-Krise erklärt sich der Chef der westlichen Supermacht bereit, genau das zu tun, was die andere Supermacht in Afghanistan getan hat und weswegen ihr vom Weißen Haus der kalte Krieg erklärt wurde.

Für die Sowjetunion, daran besteht ja kein Zweifel, bedeutete der Einmarsch in das südliche Nachbarland die militärische Absicherung ihres Einflusses, zu dem Afghanistan auch schon vorher gehörte. Und wie ist die erwähnte Erklärung Carters zu verstehen? Dazu schreibt selbst die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrem Aufmacher vom Wochenende in aller Deutlichkeit: „Mit dem militärischen Hilfsversprechen für Jugoslawien steckt Präsident Carter gegenüber der Sowjetunion die Grenze des amerikanischen Interessenbereichs unübersehbar ab.“ Amerikanischer Interessenbereich! So sieht es also aus mit der vielgepriesenen Unabhängigkeit und Blockfreiheit Jugoslawiens.

Und das ist erst die halbe Wahrheit. Denn Tito hat die Unabhängigkeit seines Landes nicht nur für Dollars an Washington verkauft. Er hat auch der sowjetischen Supermacht stets alle Möglichkeiten eingeräumt, wirtschaftlich und politisch in Jugoslawien einzudringen. Beide Supermächte haben heute in allen Bereichen des Staats-, Wirtschafts- und Militärapparats dieses Landes ihre Parteigänger, die sich einen erbitterten Kampf um die Nachfolge Titos liefern werden.

Und die Folge? Wenn heute Carter Jugoslawien zum amerikanischen Interessengebiet erklärt, wird Breschnew das nicht hinnehmen. Die Sowjetunion wäre keine imperialistische Supermacht, würde sie ihre Positionen in Jugoslawien kampflos räumen und dem amerikanischen Konkurrenten überlassen. Im Gegenteil, sie wird versuchen, das Land vollständig in ihren Machtbereich einzugliedern.

Das ist also das ganze Geheimnis der nervösen Spekulationen um das „Jugoslawien nach Tito“. Jugoslawien ist ein Zankapfel der beiden Supermächte — und Carter hat jetzt offen zu stehen gegeben, daß er bereit ist, den Kampf um die Herrschaft über Jugoslawien notfalls mit militärischen Mitteln zu führen. Diese Rivalität der beiden Supermächte stellt nicht nur für die jugoslawischen Völker, sondern für die Völker ganz Europas eine ernsthafte Gefahr dar.

Angeichts der Tatsache, daß die Führungsmacht der NATO heute schon offen ein mögliches militärisches Eingreifen in Jugoslawien ankündigt, ist es für uns dringlicher denn je, für den Austritt unseres Landes aus diesem Kriegspakt zu kämpfen.

Aus dem Inhalt

Loderer, VW und die Faschisten	4	Schwerer Schlag für Boykott-hetzer Carter	9
Wie Leber gegen die IG Bau-putschte	5	Mit der FEDEP für ein demo-kritisches unabhängiges Peru	10
Die türkischen Faschisten-verbände müssen aufgelöst werden!	6	Bonn finanziert den Faschismus in der Türkei	11
Der Mord an Thälmann ist noch immer ungesühnt	7	August Bebel, der Führer der deutschen Arbeiter	13
Sofortiges Verbot der Schönborn-NDSAP	7	Mietersprecher an die Luft gesetzt	14

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Post-scheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wö-chenentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingeht, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Zur Vertuschung von Umweltskandal

Hoechst setzt Justiz und Fernsehen unter Druck

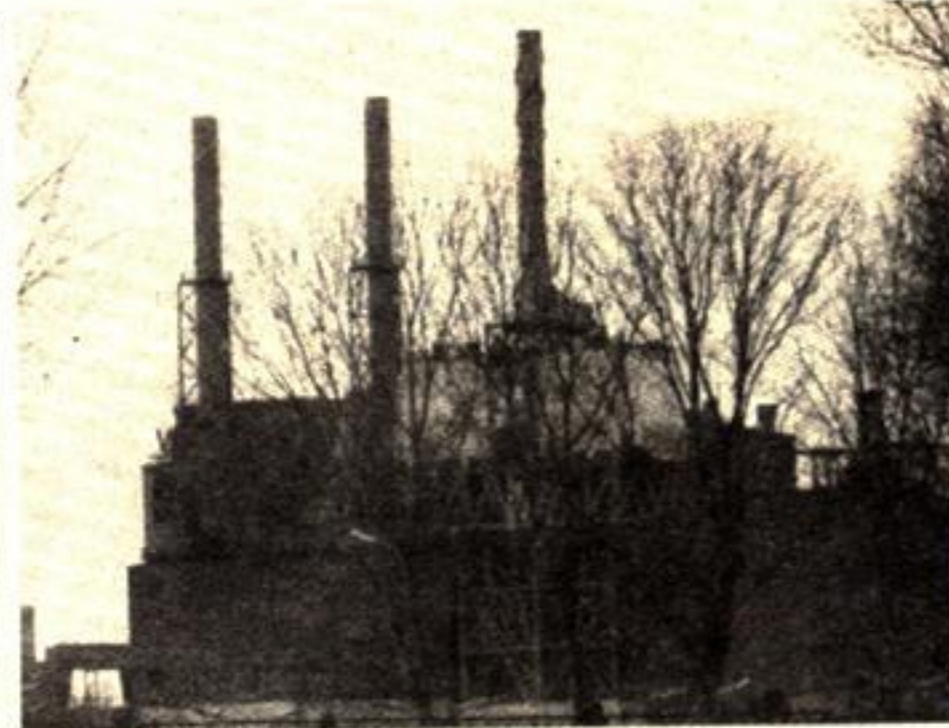
FRANKFURT/WIESBADEN. — Um verbrecherische Umweltverschmutzungen zu ver-tuschen, trat der Hoechst-Konzern mit aggressiven Zeitungsanzeigen und Erklärungen an die Öffentlichkeit. Das Unternehmen lieferte ein Anschauungsbeispiel dafür, wie große Kon-zerne versuchen, die Justiz und die Medien unter unmittelbaren Druck zu setzen.

Auslöser war eine spektakuläre Aktion der Staatsanwaltschaft: Aufgrund richterlicher Be-schlüsse hatten zwanzig Poli-zisten und drei Staatsanwälte bei dem Frankfurter Hoechst-Konzern und seiner Wiesbade-ner Tochtergesellschaft Kalle Durchsuchungen vorgenommen und Aktenordner beschlag-nahmt. Die Aktion erfolgte auf einen Hinweis, demzufolge die Firmen Kalle und Albrecht (ebenfalls eine Hoechst-Toch-ter) nachts die Schleusen ihrer Kläranlagen geöffnet und Gift in den Rhein geleitet hätten.

Der Konzern reagierte mit einer Zeitungsanzeigenaktion: In den Anzeigen war die Rede von einer „öffentlichen Diffa-mierungswelle“ und von „skan-dallüsteren Behauptungen“. — Im Gegenzug sah sich die Staatsanwaltschaft genötigt, Teilergebnisse aus dem Ermitt-lungsverfahren an die Öffent-lichkeit zu bringen.

Danach besteht der dringen-de Verdacht, daß in den Jahren 1978 bis 1979 etwa einmal monatlich ungeklärte Abwässer in einer unbekannten Menge ohne Erlaubnis durch Öffnen eines Schiebers in den Rhein ge-langten. Außerdem sei an über hundert Tagen bei Einleitung „geklärter Abwässer“ der zuge-lassene Grenzwert überschritten worden.

Neben der Staatsanwalt-schaft griff der Konzern auch



Zellophan-Hersteller Kalle in Wiesbaden-Biebrich

den Hessischen Rundfunk an, der am Tage der Durchsu-chungs- und Beschlagnahme-aktion einen Filmbericht über Hoechst gesendet hatte. In dem Bericht im Rahmen der „Hessenstimme“ hatte ein Ar-beiter ausgesagt, daß die Hoechst-Kapitalisten die Beleg-schaftsmitglieder mit den Mitteln der Entlassungsangst und der Arbeitshetze zur Einlei-tung von giftigen Abwässern in den Main zwingen. Der Arbeiter hatte ausführlich erläutert, wie es zu der ständigen Vergiftung des Mains durch den Hoechst-Konzern kommt.

In seinen Zeitungsanzeigen prangerte Hoechst nun diesen

Bericht als „Fall von tendenziö-ser Berichterstattung“ an. Hoechst kündigte eine Be-schwerde beim deutschen Presserat an. — Der Hessische Rundfunk wies dagegen in einer Erklärung nach, daß Hoechst mit Lügen und Fälschungen ver-sucht, die Enthüllungen durch die „Hessenschau“ unglaub-würdig zu machen. — Es ist dies übrigens schon der zweite Ver-such des Hoechst-Konzerns innerhalb der letzten Monate, auf den Hessischen Rundfunk offenen Druck auszuüben. Die erste Enthüllung über die große Main-Verseuchung im Dezem-ber 1979 hatte die Hoechst AG ebenfalls mit einem massiven Angriff beantwortet.

„Runderneuerung“ der Bundeswehrausrüstung

Apel: „Das kostet euer Geld“

Immer neue Lasten durch Bonner Rüstungskurs

Kriegsminister Apel gab letzte Woche in einem „Quick“-Interview bekannt, daß in diesem Jahr mit einer „Runderneuerung“ von Waffen und Geräten bei der Bundeswehr begonnen wird. Im Einzelnen nannte er unter anderem die Einführung des Panzers „Leopard 2“, des Kampfflugzeugs „Tornado“ und die Anschaffung einer neuen Generation von Fregatten für die Bundesmarine.

Apel bezifferte die Kosten dieser „Runderneuerung“ auf fünfzig Milliarden Mark. Und das ist noch nicht alles. Der Kriegsmini-ster verkündete weiter, daß „wir mit hohen Milliardenbeiträgen antreten müssen“, um die verstärkte Aufrüstung pro-westlicher Regime im Nahen Osten — vor allem der Türkei (siehe auch Artikel auf Seite 11) — zu gewährleisten. Hinsicht-lich dieser Programme werde es — so Apel — zu Konflikten mit dem Finanzminister kommen.

Das ist eine Umschreibung der Tatsache, daß die Verwirk-lichung dieser Rüstungsvorha-ben unweigerlich zu Einschränk-ungen an anderen Stellen des Staatshaushalts führen wird. Und in einer für die Bonner Minister seltenen Offenheit er-klärte Apel in dem erwähnten Interview auch, wer denn hier zur Kasse gebeten werden soll. Man müsse, so sagte er, den Menschen in unserem Land ganz klar machen: „Und das kostet euer Geld, das ist gratis nicht zu haben.“

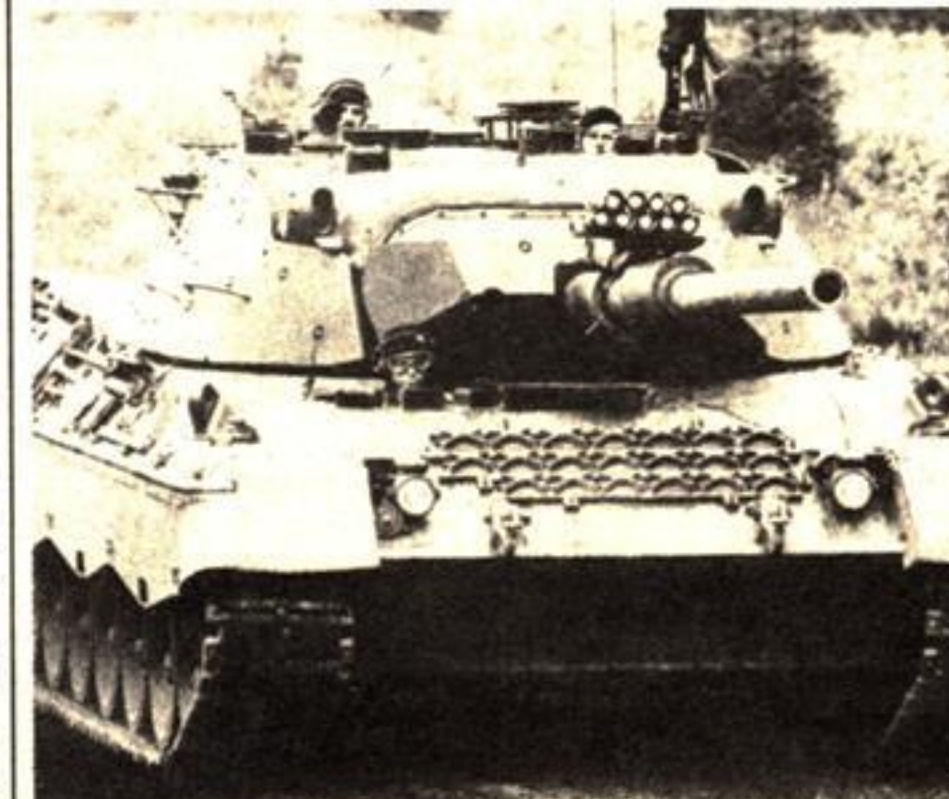
Unser Geld also soll es kosten, wenn die Monopolher-ren ihren Militärapparat in bis-her nicht gekanntem Maße auf-rüsten. Und dieses Geld — das haben die Bonner Debatten in der letzten Zeit deutlich zu er-kennen gegeben — werden sie

sich zuerst durch das Streichen von geplanten Steuererleichte-rungen und die weitere Kürzung der Renten holen wollen.

Und sie drängen nicht nur auf eine rigorose Umschichtung des Bundeshaushalts zugunsten der Rüstung. Die Bundeswehr soll auch personell weiter aus-gebaut werden. Apel stellt in seinem Interview „Überlegun-gen“ an, die Zahl der Berufssoldaten zu erhöhen, den Kriegsdienst zu

verlängern und auch Frauen dafür heranzuziehen.

Für solche Forderungen hat Apel auch die volle Unterstüt-zung des Bundeswehrverbands. Dessen Vorsitzender, Oberst Volland, verlangte in der ver-gangenen Woche darüber hin-aus erneut die Einziehung von in der Bundesrepublik lebenden Ausländern zum Kriegsdienst in der Bundeswehr sowie die Ein-führung der Wehrpflicht in allen NATO-Staaten.



Auch der Panzer „Leopard 2“ gehört zur „Runderneuerung“ der Bundeswehr. Ein Teil der älteren Panzer vom Typ „Leopard 1“ wird jetzt an das reaktionäre Regime in der Türkei geliefert.

Rüstungsaktien in schwindelnder Höhe

MÜNCHEN. — 95 Prozent der Aktien des Rüstungskonzerns Krauss-Maffai hält Großaktio-när Friedrich Karl Flick. Auf die restlichen 8000 freikursieren-den Aktien erfolgte ein beispiel-loser Run.

Am ersten Börsentag 1980 wurde die Aktie noch für 845 Mark gehandelt. Ende Januar war der Kurs auf stolze 1800 Mark geklettert. Wer an diese Aktien herankam, konnte aus seinem Geld mehr machen als jeder Goldspekulant. Im Gefol-ge des hysterischen Kriegsge-schreis von Carter und Dregger rüsten sich die Kriegsgewinnler, um ihren goldenen Schnitt am Massensterben zu machen.

Krankenhaus-notstand

HAMBURG. — Am Samstag, den 16. Februar, rückten 63 Sanitätssoldaten der Bundes-wehr in insgesamt zehn Ham-burger Krankenhäuser ein.

Diese Notstandsmaßnahme war notwendig geworden, nach-dem der Hamburger Senat jahrelang die Kostendämpfung im Gesundheitswesen prakti-ziert hatte, nachdem der ver-meintliche Bettenberg abgetra-gen war. Die Personaldecke ist infolgedessen so dünn gewor-den, daß trotz Arbeitshetze und Überstunden der Pflegedienst zusammenbricht, wenn mehrere Kollegen auf einmal wegen Krankheit ausfallen oder Kol-leginen in den Mutterschutz gehen.

6 000 gegen Aussperrung

Über 6 000 Gewerkschafter pro-testierten am Sonntag, den 17. Februar in Nürnberg, Bre-men und Hamburg auf DGB-Kundgebungen gegen die Aus-sperrung.

Während IG-Metall-Vor-standsmitglied Janssen in Nürn-berg den Unternehmern vohielt, die Bundesrepublik sei das streikärmste und aussperrungs-freudigste Land der Welt, er-klärte der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, die Aussperrung sei ein Vernichtungsinstrument der Unternehmer, sie müsse zu Fall gebracht werden.

Deshalb dürften die Gerich-te auch nicht das letzte Wort haben. Der Konzentration des Kapitals müsse die Konzentra-tion der gewerkschaftlichen Kräfte entgegengestellt werden.

Zitat der Woche

„Die Heirat von Klaus Bölling und Alexandra Rodenstock ist mehr als eine Prominenten-hochzeit. Sie ist ein gesellschaft-liches Ereignis — im besonderen Sinne. Die Hochzeit ist nämlich ein Zeichen für den politischen Frieden in unserem Staat.“

Klaus Bölling ist Sprecher und Vertrauter eines sozial-demokratischen Kanzlers und natürlich selbst Sozialdemo-krat.

Sein künftiger Schwiegervater dagegen ist oberster Reprä-sentant der Industrie, ein libera-ler Konservativer.

Ins primitive Feindbild von rechts und links paßt diese Hochzeit also nicht. Es wird deshalb sicher einige geben, denen diese Liebe ideologisch ein Ärgernis ist. Ihnen können wir nur raten, den Mund zu hal-ten. Denn die Bürger werden diese Hochzeit fabelhaft finden — aus den Gründen siehe oben!

(„Bild“-Kommentar am 15. Februar 1980)

Verleger erleidet Schiffbruch bei Attacken auf Betriebsrat

Streik stoppt Unternehmerwillkür

Einigkeit war Schlüssel zum Erfolg

WESTBERLIN.— Weil der „Tagesspiegel“-Verleger und Geschäftsführer der Mercator-Druckerei, Franz Karl Maier, bei Mitgliedern des Betriebsrats von Mercator willkürlich Gehaltskürzungen vornahm, verweigerten seit Montag, den 11. Februar die etwa 100 Setzer und Metteure aus Solidarität mit ihrem Betriebsrat die Arbeit. „Tagesspiegel“ und „Abend“ mußten bis einschließlich Freitag als Notausgaben im Schülerzeitungsformat und mit provisorischem Schreibmaschinensatz erscheinen. Da sah Maier sich gezwungen einzulenken. Die Betriebsräte sollen ihr volles Gehalt bekommen, die ganze Geschichte wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

Der Verleger des „Tagesspiegels“ und Geschäftsführer der Mercator-Druckerei, Franz Karl Maier, nach eigenen Worten ein „Kapitalist besonderer Prägung“, steht seit Jahren mit dem Betriebsrat der Mercator-Druckerei auf Kriegsfuß. Bis heute hat er sämtliche Initiativen der Betriebsräte zum Abschluß einer Betriebsvereinbarung über die Einführung neuer Techniken (Fotosatz) vollständig ignoriert.

Überhaupt weigert er sich standhaft, auch nur in irgendeiner Frage mündliche Verhandlungen mit den von der Belegschaft gewählten Betriebsräten zu führen.

Stattdessen sabotiert er deren Arbeit, wo er nur kann. Nun will er entdeckt haben, „daß diese Herren unter Mißbrauch ihres Amtes als Betriebsräte sich um die Arbeit gedrückt haben“, so Maier-Originalton am 12. Februar im Rundfunk. Er wirft den Betriebsräten vor, zu viele Arbeitsstunden für ihre Betriebsrats-tätigkeit abzurechnen.

Aufgrund seiner abenteuerlichen Einschätzung über die Arbeitsmoral der Betriebsräte hatte er deren Gehalt bereits im Juli und August 1979 nur unter

Vorbehalt ausgezahlt.

Beim genaueren Hinsehen erweisen sich die Maierschen Vorwürfe, der Betriebsrat arbeite zuwenig für sein Geld, als völlig absurd, denn nicht zuletzt Maier selbst hat ein gerüttelt Maß zum gewachsenen Umfang der Betriebsrats-tätigkeit beigetragen.

Maier, auch „Prozeß-Franz“ genannt — in den letzten sieben Jahren stand er 20mal vor dem Arbeitsgericht — bombardiert den Betriebsrat seit Monaten mit einer Flut von Briefen, Verwarnungen und Verweisen, oft mehrere Schreiben täglich.

Die unternehmerischen Motive des Verlegers liegen auf der Hand. Ihm ist der Betriebsrat als Interessenvertretung der Belegschaft ein Dorn im Auge. Seine Parole lautet: Der Betriebsrat muß weg!

Für 1980 hatte er sich wohl den entscheidenden Schlag vorgenommen. Am 5. Februar kündigte er dem Betriebsrat an (mit einem Schreiben!), daß die Betriebsräte bei der nächsten Lohn- und Gehaltsüberweisung mit Kürzungen zwischen 30 und 900 Mark zu rechnen hätten. Gesagt, getan: Am Montag, den 11. Februar stellte Be-

triebsratsvorsitzender Günter Kuttner fest, daß ihm 1080 Mark auf seinem Lohnstreifen fehlten. Sein Stellvertreter Joachim Kiesel sah sich um 950 Mark geprellt.

Das war der sprichwörtliche Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Die Setzer und Metteure der Frühschicht traten aus Solidarität mit dem Betriebsrat in den Streik. Die Mittagschicht solidarisierte sich. Da eskalierte Maier den Arbeitskonflikt. Um 17 Uhr marschierte Polizei auf und verwies die Streikenden des Hauses.

Am Dienstag, den 12. Februar erscheinen die in der Mercator-Druckerei hergestellten Zeitungen „Tagesspiegel“ und „Abend“ in kleinformigen Notausgaben. Die Streikfront steht. Für eine Betriebs-versammlung wird das polizeilich durchgesetzte Hausverbot kurzfristig aufgehoben. Maier spekuliert wohl auf ein Abbröckeln der Streikfront.

Doch die Kollegen bekräftigen einmütig ihre Entschlossenheit, erst die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die unverschämten Angriffe auf den Betriebsrat zurückgeschlagen sind. Erneut marschiert Polizei auf,



Das Bild zeigt einen Polizeieinsatz vor der Mercator-Druckerei während des Streiks 1976. Im Februar holte der Geschäftsführer erneut die Ordnungshüter in den Betrieb.

„geleitet“ die Streikenden aus dem Betrieb.

Der Betriebsratsvorsitzende verurteilt die Unternehmer-tacke als „unmoralischen Angriff auf die materielle Lage der Betriebsratsmitglieder“. Gerd Balletin, Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier äußert volles Verständnis für den ohne gewerkschaftlichen Beschluß ausgebrochenen Streik. Obwohl sich die Gewerkschaft aufgrund rechtlicher Bedenken nicht in der Lage sieht, Streikunterstützung zu zahlen, trägt das zur moralischen Aufrüstung bei.

Der Streik steht bis Freitag. Die Solidarität ist groß. Die Kollegen des „Weser-Kurier“ in Bremen spenden 1800 Mark, den Restposten des Solidaritäts-fonds ihres letzten Streiks.

Als Verleger Maier seinen „Tagesspiegel“ im Fremdsatz herstellen will, rührt sich keine Hand.

Der konsequente Kampf der Setzer und Metteure für ihren Betriebsrat zwingt Maier zur Aufgabe. Am Freitag lenkt er ein. Unter Beteiligung des Westberliner Senats wird ein Kompromiß ausgehandelt und von beiden Seiten akzeptiert, der die Erfüllung der wichtigsten Forderungen der Kollegen beinhaltet.

- Der von Maier einbehaltene Lohn der beiden Betriebsräte wird nachträglich gezahlt.
- Kein am Streik beteiligter Kollege wird entlassen.

In diesen Punkten führte der Streik zu einem klaren Sieg. Allerdings gesteht der Kompromiß Herrn Maier zu, den Streikenden eine Verwarnung auszusprechen. Weiter sieht er vor, die Frage der „Arbeitsmoral“ der Betriebsräte arbeitsgericht-

lich zu klären, jedoch mußte Maier sich verpflichten, bis zu einem Termin keine Lohnkürzung mehr vorzunehmen.

Ein Sprecher der Streikenden erklärte: „Unser Kampf ist sinnvoll gewesen. Wir haben jetzt bessere Bedingungen für die anstehenden Verhandlungen über eine Urlaubsregelung, über die Einführung neuer Techniken, über die Verbesserung des betrieblichen Klimas erreicht. Wir gehen mit einem gestärkten Selbstbewußtsein in den Betrieb zurück!“

Ein anderer Kollege erklärte unter dem Beifall der Streikenden: „Wir (werden) weiter wachsam bleiben müssen, denn Maier hat sich ja nicht über Nacht geändert. Wir müssen einig bleiben. Das war der Schlüssel zum Erfolg.“

Hoesch-Vorstand will RGO-Betriebsräte entlassen

Dr. Rohwedder stoppt Sozialplanverhandlungen

Betriebsratsspitze mauschelt/

RGO-Betriebsräte fordern innerbetriebliche Diskussion

DORTMUND.— Glaubt man der Dortmunder Ortspresse vom 16. Februar, so sind Teile der Belegschaft der drei Dortmunder Hoesch-Werke am Vortag in den Streik getreten, um ihrer Forderung nach Entlassung von zwei RGO-Betriebsräten Nachdruck zu verleihen. Sie hätten durch einen „Vertrauensbruch“ einen Abbruch der Sozialplanverhandlungen heraufbeschworen. Bei genauerem Hinsehen erweist sich die ganze Geschichte als Komplott von Unterneh-

Am 6. und 7. Februar wurde den Betriebsräten aller drei Hüttenwerke (Westfalehütte, Phönix, Union) ein Sozialplanentwurf vorgelegt, der von Betriebsratsspitze und Unternehmern ausgearbeitet war. Um die Verhandlungsposition des Betriebsrats den Unternehmern gegenüber so stark wie möglich zu machen, ist es erforderlich, die Vertrauensleute und überhaupt die Belegschaft in die Sozialplandiskussion miteinzubeziehen. Jede Geheimdiplomatie der Belegschaft gegenüber kann nur der Unternehmensleitung nützen.

Das sagten sich auch verschiedene Betriebsräte, nicht nur die von der RGO, und verteilten Fotokopien des Entwurfs an Vertrauensleute und verschiedene Kollegen.

Weder das Betriebsverfassungsgesetz verbietet solches Vorgehen, noch hatte der Betriebsrat Stillschweigen beschlossen.

Trotzdem brach der Hoesch-Vorstand die Verhandlungen ab — wegen Vertrauensbruch, wie es offiziell hieß. Eine schwere Provokation gegenüber Betriebsrat und Belegschaft, die

entsprechend zurückgewiesen werden muß.

In den drei Hüttenwerken wurde der Verhandlungsstopp während der Frühschicht am Freitag, den 15. Februar bekannt. Die Kollegen waren empört. Unterschriften zur sofortigen Wiederaufnahme der Verhandlungen wurden gesammelt. Die Kollegen versammelten sich bei ihren Betriebsräten und verlangten Aufklärung über die Hintergründe der Unternehmerprovokation.

Was dann einsetzte, war ein gezieltes, von Mitgliedern der Betriebsratsspitze angezettelt Komplot.

Sie schlossen sich der Unternehmerargumentation an, die RGO-Betriebsräte hätten den Verhandlungsabbruch verschuldet.

Sie hetzten insbesondere die älteren Kollegen auf und logen ihnen vor, die RGO-Betriebsräte hätten das vorzeitige Ausscheiden der 59jährigen aufs Spiel gesetzt.

Auf Union wurde sogar behauptet, große Teile der Belegschaft der Westfalehütte seien in den Ausstand getreten und würden in die Innenstadt marschieren, um die Entlassung der

mensleitung und Betriebsratsspitze mit Unterstützung der Presse zur Durchsetzung eines der Geschäftsleitung genehmen Sozialplans und zur Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte, die den Unternehmern von Anfang an schwer auf den Magen geschlagen waren. Mittlerweile hat der Hoesch-Vorstand die Kündigung der beiden RGO-Betriebsräte beantragt.

beiden RGOler zu fordern.

Hinter den Kulissen mischte die Geschäftsleitung kräftig mit. Die beiden RGO-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Böhmer, die seinerzeit mit 1300 Stimmen in den Union-Betriebsrat eingezogen waren, erhielten per Finschreiben eine Abmahnung. Inhalt war jedoch nicht der sogenannte „Vertrauensbruch“, sondern ein RGO-Flugblatt, auf dem die Betriebsratsspitze der Mausehpolitik bezichtigt wurde und der Hoesch-Chef Rohwedder angeblich verunglimpft würde, — von Anfang Januar!

Unterstellt, die Vorwürfe wären berechtigt, selbst dann wären die RGO-Betriebsräte die falschen Adressaten, denn das Flugblatt enthielt ordnungsgemäß einen presserechtlich Verantwortlichen, der für alle zu erwartenden rechtlichen Folgen zuständig ist.

Ein klarer Fall: Wieder einmal findet ein Versuch statt, die RGO-Betriebsräte auf krummen Wegen aus dem Werk zu entfernen. Doch dem Hoesch-Vorstand geht es auch um handfeste materielle Dinge.

Der Sozialplanentwurf enthält verschiedene Punkte, die

für die Kollegen nicht annehmbar sind. Deshalb hat der Hoesch-Vorstand das nur zu verständliche Interesse, die Verhandlungen geheimzuhalten. Ein Riesenskandal allerdings ist es, daß verschiedene IGM-Mitglieder in der Betriebsratsspitze dieses Spiel mitspielen, daß sie zusammen mit dem Hoesch-Vorstand die Entlassung der RGO-Betriebsräte betreiben.

Gut wiederum, daß Geheimdiplomatie seit der Anwesenheit der RGO im Betriebsrat nicht eben leichter geworden ist, im Gegenteil!

Am Samstag, den 16. Februar hielt die Betriebsgruppe Hoesch der RGO ihre erste Versammlung ab. Eine größere soll am Donnerstag, den 21. Februar folgen.

Die Betriebsgruppe klärt durch breite Flugblattaktionen die gesamte Hoesch-Belegschaft über das Komplott am Freitag auf. Folgende Forderungen hat sie erhoben:

- Innerbetriebliche Diskussion über den Sozialplan!
- Auf dieser Grundlage Weiterführung der Verhandlungen!
- Die RGO-Betriebsräte dürfen nicht entlassen werden!

Gekündigte Strauß-Gegnerin

Termin verschoben

FRANKFURT.— Weil sie einen Aufkleber mit der Aufschrift „Strauß, nein danke!“ auf ihre Arbeitsmaschine geklebt hatte, wurde die Kollegin Ute Nanay, Angestellte bei der Hauptverwaltung der IG-Bau-Steine-Erden in Frankfurt, fristlos gekündigt. (Der „Rote Morgen“ berichtete darüber — 7/80).

Die Gewerkschaftsgewaltigen hatten als Entlassungsgrund zunächst frühere angebliche „Ver-

fehlungen“ der Kollegin angegeben. Später hieß es: Wegen „Nichtbefolgung von Anweisungen von Vorgesetzten“ sei die Kündigung erfolgt. Ute hatte mehrere Aufforderungen ihrer Vorgesetzten, den Anti-Strauß-Kleber zu entfernen, nicht befolgt. — Mittlerweile hat nun bereits der erste Gürtetermin vor dem Arbeitsgericht stattgefunden — ohne Ergebnis. Für den 31. März ist ein zweiter Verhandlungstermin angekündigt worden.

Anzeigenkampagne zur Rechtfertigung des Aussperrungsterrors

Warnstreik gegen Unternehmerpropaganda

MÜNCHEN.— Voller Empörung stellten die Drucker und Setzer zweier Münchener Druckereien die Maschinen ab, als sie in die Spalten verschiedener Tageszeitungen Propagandaanzeigen zur Verteidigung der Aussperrung einrücken sollten.

Mit der massiven millionenschweren Anzeigenkampagne reagieren die Unternehmer auf die immer lauter werdenden Rufe nach dem Verbot der Aussperrung. Dabei sind die Vorwürfe, die Gewerkschaft würde mit ihrer Kampagne für das Verbot der Aussperrung die obersten Arbeitsrichter beeinflussen, offenbar vergessen.

Die IG Druck und Papier erklärte: „Wir sind uns der rechtlichen Lage bewußt, haben aber als Gewerkschafter Verständnis für das Verhalten der Kollegen.“

Zwar konnte der Abdruck der Hetzanzeige nicht verhindert werden, doch erschienen die bestreikten Zeitungen immerhin mit erheblicher Verzögerung.

Streik ist Angriff.
Aussperrung ist Abwehr.

Streik 53 30-11 11 2 11 Aussperrung

Zu überlegenen Teilnehmern der Gewerkschaften müssen die Arbeitgeber sein. Gegen den Streik, die Aussperrung ist eine Willkür gegen einen gewerkschaftlichen Angriff. Das Recht zur Aussperrung ergibt sich — ebenso wie das Recht zum Streik — aus dem Grundgesetz. Die Aussperrung ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Aussperrung ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Die Aussperrung ist ein Verstoß gegen die Verfassung.

Die deutschen Arbeitgeber

Gleiche Chancen für beide Seiten.

Faksimile der Unternehmeranzeige.

Metalltarifrunde: 6,8 Prozent vereinbart

Dieser Abschluß bedeutet Lohnabbau

IGM-Führung mißachtet Forderungen der Mitglieder

„Dieser Abschluß ist mehr als ein Zeichen, er ist eine Art Lohnführer.“ Das sagte Dieter Kirchner, Geschäftsführer des Unternehmensverbands Gesamtmetall, nach der Einigung in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie auf eine Lohnerhöhung von 6,8 Prozent. Die Herren von Gesamtmetall sind also mit dem Ergebnis nicht nur äußerst zufrieden, sie wollen es auch zum „Lohnführer“ für die anderen Branchen machen.

Die Arbeiter und kleinen Angestellten jedoch haben nicht den geringsten Grund zur Zufriedenheit — ungeachtet der Tatsache, daß der Abschluß auch vom NRW-Verhandlungsführer Herb und vom Vorstand der IGM in den höchsten Tönen gelobt wurde. Zwischen 12 und 17 Prozent hatten die Forderungen betragen, die von den Vertrauensleuten der IGM aufgestellt wurden. Dabei hatten sich die Kollegen überall vor allem für eine kräftige Anhebung der Löhne in den unteren Lohngruppen eingesetzt. Denn hier wird ja der ungehemmte Preisauftrieb am empfindlichsten spürbar. Um die Schere zwischen den hohen und niedrigen Lohngruppen nicht noch weiter auseinanderklaffen zu lassen, hatten viele Vertrauensleute Körper von vorneherein Festgeldforderungen aufgestellt (zum Beispiel bei Opel Rüsselsheim in Höhe von 250 Mark).

Die Forderung, mit der die IGM dann in die Tarifverhandlungen von NRW ging, betrug jedoch nur 9,6 Prozent, wobei die unteren Lohngruppen um mindestens 146 Mark angehoben werden sollten. Und was ist jetzt davon übrig geblieben? Lumpige 6,8 Prozent, was die Tarifierhöhung anbelangt. Durch die Steuerprogression und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge wird dieser Satz netto auf unter 6 Prozent abgewertet. Die Inflationsrate auf der anderen Seite beträgt gegenwärtig selbst nach offiziellen Angaben schon 5 Prozent. Und angesichts der jetzt schon angekündigten Preiserhöhungen wird sie in diesem Jahr kräftig weiterwachsen. Was wird also von der jetzt vereinbarten Lohnerhöhung zurückbleiben? Nichts.

Im Gegenteil — die Metaller können sich schon jetzt ausrechnen, daß sie im Laufe des Jahres Reallohneinbuße hinnehmen müssen. Zu diesem Ergebnis kam übrigens sogar das unternehmerfreundliche Magazin „Capital“. In seiner Dezemberausgabe rechnete es aus, daß — um den Reallohn zu halten — eine Tarifierhöhung von 7,3 Prozent notwendig wäre. So sieht es also wirklich aus. Und da besitzt der Verhandlungsleiter Kurt Herb die Unverschämtheit, den Metallern vorzulegen, das jetzt

erzielte Ergebnis würde nicht nur die Teuerung ausgleichen, sondern auch eine reale Beteiligung am Produktivitätszuwachs bringen.

Nichts von beidem leistet dieser Schandabschluß. Und die Metaller sind nicht nur doppelt, sondern dreifach betrogen worden. Denn in diese Lohnerhöhung sollte ja auch noch der Ausgleich für die im vergangenen Jahr erlittenen Lohneinbußen eingehen. Das hatte jedenfalls IGM-Chef Loderer immer wieder versichert, als im letzten Jahr an der Basis die Forderung nach einem Nachschlag erhoben wurde.

Und wie sieht es jetzt mit der notwendigen besonderen Anhebung in den unteren Lohngruppen aus? Die RGO hatte — als das letzte Unternehmerangebot vor dem Abschluß auf den Tisch kam — in einem Flugblatt geschrieben: „Die Unternehmer haben solch einheitliche Lohnerhöhung für Lohngruppe 2 bis 6 strikt abgelehnt. Sie sind nur bereit, einen einmaligen Betrag zu zahlen, der nicht in die Tariflöhne eingeht: 150 Mark für Lohngruppe 2 gestaffelt bis 25 Mark für Lohngruppe 6 — ein lächerliches Almosen. Wir wollen aber kein Almosen, wir wollen eine einheitliche Erhöhung des Tariflohns. Denn der Tariflohn, das ist die Ausgangsbasis bei den nächsten Tarifverhandlungen. Nach dem Tariflohn richtet sich die Leistungszulage und vor allem auch der Akkordrichtsatz.“

So stand die Sache also vor dem Abschluß. Und die Verhandlungskommission der IGM hat sich auch in dieser wichtigen Frage dem Diktat der Unternehmer gebeugt. Der Zuschlag für die unteren Lohngruppen geht nicht in den Tarifvertrag ein. Es ist bei dem Almosen geblieben, er wird nur gegenüber dem ursprünglichen Unternehmerangebot um ein paar Mark erhöht (Arbeiter in Lohngruppe 2 bekommen jetzt eine einmalige Zahlung von 165 Mark, in Lohngruppe 6 von 30 Mark).

Mit dem Abschluß von NRW war die diesjährige Metalltarifrunde gelaufen. Das Ergebnis von Düsseldorf wurde sofort in anderen Tarifbezirken übernommen. Angesichts der

Tatsache, daß sich während dieser Tarifrunde mehr als 100 000 Metaller an Warnstreiks beteiligt und so ihre Kampfbereitschaft unter Beweis gestellt haben, erhebt sich natürlich die Frage, wie ein so schändlicher Abschluß, mit dem sich die Unternehmer sowohl hinsichtlich der vereinbarten Lohnerhöhung wie auch in der Frage des Zuschlags für die unteren Lohngruppen durchgesetzt haben, überhaupt zustandekommen konnte.

Die Antwort darauf ist in der Politik der IGM-Führer zu finden, die nicht das geringste unternommen haben, um diese

Kampfbereitschaft der Kollegen einzusetzen. Sie haben im Gegenteil alles getan, um die Initiativen der Basis abzublocken, sie haben mit ihren Partnern von Gesamtmetall die übliche Farce der „harten Tarifverhandlungen“ aufgeführt und am Ende die Interessen der Metallkollegen doch nur an die Unternehmer verraten.

Die diesjährige Tarifrunde bei Metall zeigt einmal mehr, daß es für die Kollegen lebenswichtig ist, dieser Politik der Bonzen entgegenzutreten. Daß der Kampf dafür geführt werden muß, um solche Forderungen wie die nach einer Urabstimmung über jedes Verhandlungsergebnis durchzusetzen, Forderungen, die die Rechte der gewerkschaftlichen Basis erweitern.

Gewerkschaftliche Aktionen zum Frauentag



70 Jahre Internationaler Frauentag

DGB

Einheitsgewerkschaft:
Männer und Frauen
kämpfen gemeinsam
für ihre Rechte

Veranstaltung:

- 7. März
- 19.30 Uhr
- DGB-Haus
Großer Saal

Programm:

Referat:
Karin Roth
Hauptvorstand IGM

Co-Referat:
Helmut Ruge

Musik:
DGB-Songgruppe

- Informationsmarkt
- Diskussion

Der Versuch des DGB-Bundesvorstands, Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag zu unterbinden [der RM berichtete in seiner letzten Ausgabe darüber], ist erwartungsgemäß auf Empörung und Widerstand bei den gewerkschaftlich organisierten Frauen gestoßen. Daß aber nicht nur Frauenausschüsse der Einzelgewerkschaften an der Durchführung ihrer schon seit langem geplanten Aktivitäten festhalten, zeigt dieses Plakat. Auch der DGB München wird, trotz Verbot der Zentrale, seine Veranstaltung durchführen.

Neues Rundschreiben des DGB

Mit Geheimdienstmaterial gegen türkische Arbeitervereine

Gerade erst war ein Rundschreiben aus der DGB-Zentrale an die Basis vorgedrungen, in dem faktisch alle Aktivitäten zum Internationalen Frauentag verboten wurden, da war schon ein neues Schreiben in Umlauf gesetzt worden.

Absender: der DGB-Bundesvorstand; unterzeichnet diesmal von Karl Schwab. Inhalt: die Zusammenarbeit von DGB-Organisationen mit der „Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD“ (FIDEF) soll eingestellt werden. Und als Begründung dafür legt der Bundesvorstand Geheimdienstmaterial vor, nach dem die Arbeitervereine von der revisionistischen Partei der Türkei beherrscht werden.

In aller Offenheit bedienen sich die Vetter und Schwab hier der Dossiers, die von den staatlichen Spitzelorganen erschneifelt wurden, um gegen Kräfte

vorzugehen, deren Richtung ihnen nicht paßt. Und als Gipfel der Unverschämtheit werden in dem Rundschreiben die Arbeitervereine dann auch noch mit den türkischen Faschisten auf eine Stufe gestellt.

All das geschieht, wie auch die Kampagne gegen die „kommunistische Unterwanderung“, wie die Säuberung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit oder das Verbot des Frauentags im Namen der Einheitsgewerkschaft. Tatsächlich jedoch bedeutet es ein Zurückweichen vor den von Strauß vertretenen reaktionärsten Kräften in unserem Land, bedeutet es den Ver-

such, die Gewerkschaften auf den Kurs der Sozialpartnerschaft zu zwingen.

Ginge es nach Vetter und Schwab, dann hätte es wohl auch nicht zu der machtvollen Demonstration von deutschen und türkischen Gewerkschaften in Westberlin für den von den Faschisten ermordeten Kollegen C. Kesim kommen dürfen. Denn der gehörte auch den erwähnten Arbeitervereinen an. Aber die Gewerkschafter in Westberlin hatten eben eine andere Auffassung von der Einheitsgewerkschaft als die Herren Schwab und Vetter.

Der Gewerkschaftskommentar

Einer der größten westdeutschen Multis, der VW-Konzern, wird demnächst, nach Brasilien und Südafrika, in einem weiteren vom Faschismus beherrschten Land Produktionsstätten errichten — in Argentinien.

Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, der als Mitglied des Aufsichtsrats von VW dieser Entscheidung zugestimmt hat, sah sich jetzt gezwungen, in der neuesten Ausgabe des „Gewerkschafters“, der IGM-Funktionärszeitung, auf die starke Kritik an dieser Entscheidung zu antworten. Wir wollen hier nicht auf alle von Loderer in diesem Zusammenhang vorgetragenen Verdrehungen der Tatsachen eingehen, die stets nur ein Ziel haben — nämlich die internationale Tätigkeit des VW-Konzerns uneingeschränkt zu verteidigen.

Loderer, VW und die Faschisten

Hier soll nur auf eine Frage eingegangen werden, die Loderer in seinem Artikel aufwirft: „Die Frage lautet, ob ein Unternehmen wie VW durch sein Engagement einen positiven Beitrag zur Demokratisierung Argentiniens leisten kann“. Zwar gesteht auch der IGM-Vorsitzende ein, daß der Konzern „primär ein unternehmerisches Interesse verfolgt“. Aber dann werden solche Überlegungen angestellt: „Es ist auch im Falle Argentiniens äußerst schwierig, abzuschätzen, wie groß der Spielraum einer nicht antigerkschaftlich versteiften Geschäftsleitung dort sein kann.“

Das aber bedeutet doch: Der VW-Konzern wäre im Argentinien des Faschismus, des Streikverbots und des systematischen Arbeitermords immerhin noch eine Insel der Demokratie, wo eine „nicht antigerkschaftliche“ Konzernleitung sich und ihren Arbeiter gegebenfalls einen Spielraum innerhalb des faschistischen Staates erkämpfen könnte. Nur, wenn Loderer wirklich Schwierigkeiten damit hätte, die Möglichkeit einer solchen Entwicklung in Argentinien abzuschätzen, warum fragt er dann nicht einfach die Gewerkschaftskollegen aus den anderen internationalen Filialen des Konzerns über ihre Erfahrungen?

Kommen wir zum Beitrag der VW-Bosse beim Kampf um Gewerkschaftsrechte in Brasilien. Dazu Devamir Ribeiro, Funktionär der Gewerkschaft von Sao Bernardo do Campo: „Am wenigsten verhandlungsbereit zeigte sich zunächst Ford. Diese Rolle übernahm dann immer mehr VW do Brasil. Nicht nur, daß VW jede Verhandlung mit den Streikenden und der Gewerkschaft ablehnte, sie ließen sich auch alle möglichen Druckmaßnahmen einfallen, um die Arbeiter wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen.“ Um solchem Druck auch die nötige Schlagkraft zu verleihen, verfügt VW do Brasil übrigens über eine Truppe von 400 Werkschützern, befehligt von zwei Obristen, die der Konzern vom faschistischen Militärregime übernommen hat. Und noch einmal Ribeiro: „Sobald sie (die VW-Bosse — RM) herausbekommen, daß die Arbeitnehmer einen Betriebsrat gebildet haben, werden die Mitglieder dieses Betriebsrats gefeuert.“

Das mag wohl genügen, um die segensreiche Tätigkeit der VW-Bosse für die Arbeiter in ihren internationalen Filialen zu illustrieren. Das Gerede vom positiven Beitrag des Konzerns bei der Demokratisierung faschistischer Staaten entlarvt sich angesichts der Wirklichkeit als faustdicke Lüge. Genau das Gegenteil ist der Fall. Um ihre Arbeiter in diesen Ländern bis aufs Blut ausbeuten zu können, bedient sich VW ebenso wie die anderen internationalen Multis der faschistischen Regime, ihres Gewaltapparats und ihrer Terrorgesetze.

Was kümmert es die Konzernbosse, wenn ihre illegal streikenden Arbeiter von der Polizei oder vom Militär niedergemetzelt werden? Sie wollen billige Arbeitskräfte, sie wollen Ruhe und Ordnung, wollen Streikverbot und die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Und nicht zuletzt deshalb investieren sie ja auch vorzugsweise in solchen Ländern, wo eine faschistische Diktatur ihnen so etwas garantiert.

All das weiß natürlich auch ein Loderer. Aber dennoch hat er nicht nur der VW-Investition in Argentinien zugestimmt, sondern er unternimmt jetzt auch noch den Versuch, die VW-Bosse, an deren Händen das Blut der brasilianischen und südafrikanischen Arbeiter klebt, als Vorkämpfer der Gewerkschaftsfreiheit anzupreisen. Und das ist beläufige kein einmaliger Ausrutscher. Wir haben nicht vergessen, daß der gleiche Loderer vor zwei Jahren eine Pilgerreise zu den Faschisten von Südafrika unternahm. Daß er die Arbeitsbedingungen der schwarzen Sklavenarbeiter unter der rassistischen Diktatur in aller Öffentlichkeit „weitgehend akzeptabel“ nannte.

Dieser Mann kennt nur ein Interesse: den Profit des Multis, dessen Aufsichtsratsmitglied er ist, zu mehren — und sei es durch die Billigung des antigerkschaftlichen Terrors und anderer faschistischer Unterdrückungsmethoden. Loderer kann nicht in Anspruch nehmen, für die Millionenmassen der IGM-Mitglieder zu sprechen. Denn die kennen im Gegensatz zu ihm die Bedeutung der internationalen Solidarität. Und die erfordert eben, daß die IGM und die anderen Gewerkschaften sich nicht zum Verteidiger der Multis machen, sondern den Kollegen in den ausländischen Filialen dieser Multis einen wirklichen gewerkschaftlichen Beistand geben, daß sie ihren Kampf unterstützen — gegen die Multis und gegen die einheimischen Regime.

DGB-Veranstaltung gegen Aussperrung

Im Rahmen der bundesweiten Aktivitäten des DGB gegen die Aussperrung fand am vergangenen Donnerstag auch in Hamburg eine Veranstaltung statt. Allerdings hatte der DGB völlig auf eine Mobilisierung verzichtet. Trotzdem kamen ungefähr 250 Kollegen, und es wurde insgesamt eine kämpferische Veranstaltung — weniger, was die Reden, als vielmehr was die Stimmung der anwesenden Kollegen betraf. Immer wieder wurden in Zwischenrufen aus dem Saal Aktionen gefordert, zum Beispiel Demonstrationen anläßlich der Verhandlungen vor dem Bundesarbeitsgericht im März.

Eine Gewerkschaft wird „gesäubert“

Wie Georg Leber gegen die IG Bau putschte

Die Memoiren des Kommunistenjägers Leber

„Vom Frieden“ nannte Georg Leber seine Memoiren, die er, wie jeder „wichtige“ Politiker, zum Abschluß seiner Laufbahn vorlegte. Der ehemalige Bonner Kriegsminister mußte wohl, nach bester NATO-Tradition, seinem Buch einen solchen Namen geben. Sehr ausführlich wird dabei sein eigener

Diesen Aufstieg hat er sich hart erarbeiten müssen, daran besteht kein Zweifel, und seine Karriere kann so manchem als Vorbild dienen, der sich nicht scheut, ein Knecht der Reichen in diesem Lande zu sein.

Der Hauptgrund für diesen steilen Aufstieg war seine Tätigkeit beim Hauptvorstand der IG BSE in den Jahren 1952 bis 1956. Vier Jahre, in denen er sich einer einzigen Aufgabe rückhaltlos widmete: Kampf den Kommunisten! Das war sein ganzes Sinnen und Trachten, daß war sein hauptsächlichs Ziel. Knapp über 30 Seiten widmet er in seinem Buch diesem Zeitabschnitt, und er schreibt sehr offen, auch wenn er zu Beginn noch behauptet:

„Nun waren wir vor zwei Aufgaben gestellt, denen nicht auszuweichen war: die Auseinandersetzung in der Gewerkschaft und die Auseinandersetzung mit den Unternehmern über den sozialen Inhalt der Bauwirtschaft.“ Das schreibt er nach seiner Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der IG BSE auf deren dritten ordentlichen Gewerkschaftstag 1955 in München. Danach aber ist von dem sozialen Inhalt der Bauwirtschaft, was immer das auch sein möge, nicht mehr die Rede.

Es wird nur noch von den Plänen der Kommunisten geschrieben und wie dagegen gekämpft wurde. Vor allem gegen einen Plan, der dem Bürokraten Leber offensichtlich arg in die Knochen gefahren war, denn er kommt immer wieder darauf zu sprechen: Offensichtlich hatte die Kommunistische Partei damals vor, einen nationalen Bauarbeiterkongreß zu organisieren.

Jeder normal denkende Arbeiter würde sich nun fragen, was da eigentlich besonderes daran sei. Schließlich haben ja auch die bürgerlichen Parteien wiederholt Arbeiterkonferenzen organisiert. Aber der stellvertretende Vorsitzende hatte Angst vor den kämpferischen Arbeitern in seiner eigenen Gewerkschaft — keine übertriebene Behauptung, sondern eine Tatsache, die immer wieder aus dem Text hervorgeht.

Denn, so fragt er sich, woher hatten die Kommunisten diesen starken Einfluß? Von Mainz bis zum Niederrhein, so gibt er zu, waren sie die führende Kraft in der Gewerkschaft. Und woher kam dieser Einfluß?

„Als Vertrauensleute zu wählen waren, wählte man natürlich jemand, den man kannte, der sich von einer guten Seite zeigte, und einem schon einmal geholfen hatte.“ (Seite 43) Und das eben waren, zu Lebers Bedauern, sehr oft Kommunisten.

Der Putsch

„Wir konnten die Lage im Grunde unverändert lassen und den Versuch machen, in einer ununterbrochenen Auseinandersetzung den Einfluß der Kommunisten zunächst einzudämmen, um ihn dann vielleicht zurückzudrängen. Das wäre bei

der Stärke, die sie schon gewonnen hatten, in unserem Falle sehr schwierig geworden.“ (44)

Und weiter: „In einem wichtigen Teil der Gewerkschaft hatten sie alles fest genug in der Hand, worauf es ankam. In vielen Großstädten hatten viele von ihnen die Hände an den Hebeln, auch wenn sie noch nicht, wie am Nordrhein und an der Ruhr, eine geschlossene Fläche beherrschten. Dort im Revier war der Herd, die Metastasen im Lande, aber wucherten schon.“ (44)

Wir wollen uns hier nicht am Stil Lebers aufhalten, auch nicht an seiner typischen Wortwahl, aus der Springerpresse übernommen. Wir wollen aber seine glatte und eindeutige Schlußfolgerung wiedergeben:

„Nach unserer Überlegung wäre die Auseinandersetzung im Rheinland schon nicht mehr zu gewinnen gewesen.“ (44)

Also bot sich Leber zur Erreichung seines Ziels nur noch eins an:

„Unsere dritte Möglichkeit bestand darin, den Landesbezirk Nordrhein und daran grenzende Verwaltungsstellen aufzulösen und alle Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer, Angestellte und auch alle ehrenamtlich tätigen Funktionäre ihrer Ämter und Funktionen zu entheben.“ (45)

Das also war der Plan Lebers, den er nun systematisch umzusetzen begann. So tagte denn am 14. Januar 1956 der Hauptvorstand der IG BSE in Hattingen/Ruhr in geheimer Weise — ohne seine beiden kommunistischen Mitglieder. Dort wurden die übrigen Mitglieder in zweitägiger Klausur auf Lebers Kurs eingeschworen, niemandem wurde erlaubt, sich der Stimme zu enthalten, niemand durfte die Tagungsstätte verlassen: ein Putsch!

Unter Berufung auf eine Notstandssituation wurde dabei folgender Beschluß gefaßt:

„Bezirksvorstand und Bezirksleitung der Industriergewerkschaft Bau-Steine-Erden im Bezirk Nordrhein werden mit Wirkung vom 16. Januar 1956 aufgelöst.“

Dergleichen werden mit diesem Zeitpunkt die Verwaltungsstellen Düsseldorf, Duisburg, Duisburg-Hamborn, Mülheim, Essen, Wuppertal, Niederberg, Moers und Mönchengladbach aufgelöst.

In den Auflösungsbeschlüssen sind alle Vorstände, Jugend- und Fachgruppen einbezogen. Das Dienstverhältnis aller Angestellten der Gewerkschaft in den aufgelösten Verwaltungsstellen ist mit Wirkung von diesem Zeitpunkt zu kündigen. Am gleichen Tag werden in den genannten Orten neue Verwaltungsstellen gegründet.“ (51)

Völlig eindeutig ergibt sich aus dieser Darstellung noch ein übriges: Daß Leber und seine Leute, von wem sie auch immer unterstützt wurden, ohne den Beschluß des Hauptvorstands abzuwarten, den Putsch bereits organisiert hatten. Denn: Die

persönlicher Aufstieg vom Gewerkschaftsfunktionär aus Limburg an der Lahn bis zum Vorsitzenden der Industriergewerkschaft Bau-Steine-Erden, zum Verkehrsminister und schließlich, als Krönung und Erfüllung seiner Wünsche, zum Kriegsminister beschrieben.

Tagung begann am 14. Januar, dauerte nach Lebers eigenen Angaben zwei Tage, also einschließlich des 15. Januars, und die Schließung erfolgte am 16. Januar in der Frühe, wie er selbst beschreibt, überall gleichzeitig. Ohne vorherige Organisation ein Ding der Unmöglichkeit, so eine breite Attacke läßt sich nicht über Nacht organisieren.

Das waren also die Vorstellungen von Leber und seinen Helfern über die Einheitsgewerkschaft. In aller Deutlichkeit wird hier die Tatsache erkennbar, daß es ihnen gar nicht um den Zusammenschluß aller Arbeiter und Angestellten in einer einheitlichen gewerkschaftlichen Kampforganisation ging. Nein — sie wollten alle diejenigen rücksichtslos niederschlagen, die sich nicht ihrer eigenen bürgerlichen Sozialpartnerschaftspolitik beugen wollten.

Und das taten sie dann mit dem Mittel eines reaktionären Putsches, indem sie kaltblütig alle Mitgliedsrechte, Statuten usw. beiseitelegten. Und da kommt der Säuberer Leber noch heute daher und beschuldigt die Kommunisten in seinen Memoiren der Spaltung. Angesichts der von ihm selbst ausgebreiteten Tatsachen ist das wahrhaftig nicht mehr mit einem gesunden Menschenverstand zu begreifen.

Was haben denn die Kommunisten getan? Sich für die Interessen der Bauarbeiter eingesetzt — das muß Leber

menarbeitete. Die waren zu dieser Zeit bekanntlich damit beschäftigt, das Verbot der KPD vorzubereiten, das dann auch noch in jenem Jahr erfolgte. Eine perfekte Arbeitsteilung also im gemeinsamen Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Die Reaktionen

Für den Morgen des 16. Januar war bereits eine Pressekonferenz organisiert worden, in der sich Leber neben den unbequemen Vorwürfen der Gewerkschaftspresse und der legalen kommunistischen Presse vor allem auch den Fragen des englischen Journalisten Delmer stellen mußte. Das war zwar ein Konservativer, aber Leber erinnerte sich dennoch nicht gern an ihn.

Der Grund dafür liegt darin, daß Delmer ganz direkt die Frage, wie es denn eigentlich mit den demokratischen Spielregeln der Gewerkschaft aussehe, so oft stellte, bis Leber zugeben mußte, daß man sich an keine Vorschriften, Satzungen oder sonst etwas gehalten habe.

Dieser Mann, der zum Allerschlechtesten gehörte, was die Sozialdemokratie jemals hervorgebracht hat, konnte schließlich nur noch eine einzige, sehr matte Entschuldigung vorbringen: die Kommunisten verletzten die parteipolitische Neutralität. Wie, das sagt er mit keinem Wort.

Aber, die viel „schlimme-

Antikommunisten in der Gewerkschaft

Die Kampagne gegen eine angebliche kommunistische Unterwanderung des DGB, die von der Reaktion breit geführt wird, ist seit einiger Zeit ständig verschärft worden.

Viele Gewerkschafter, unabhängig von ihrem eigenen Standpunkt, wehren sich gegen diese Vorwürfe, weil sie wissen, daß damit der gewerkschaftliche Kampf überhaupt diffamiert und die Grundlagen der Einheitsgewerkschaft beseitigt werden sollen.

Dabei ist allerdings auch von verschiedener Seite behauptet worden, diese Kampagne sei ausschließlich von außen gesteuert, es würde lediglich Druck auf die führenden Organe des DGB ausgeübt.

Das ist eine Beschönigung der Sachlage. Es gibt zahlreiche Beweise dafür, daß Funktionäre des DGB und einzelner Gewerkschaft-

ten sich sehr bereitwillig und aktiv an dieser Kampagne beteiligten. Das kann auch nicht überraschen, wenn man die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach 1945 kennt.

Antikommunistische und gewerkschaftsfeindliche Kräfte im DGB gab es schon immer.

Indem wir hier Auszüge aus den Memoiren eines der prominentesten Vertreter der antikommunistischen Wühl-tätigkeit im DGB — Georg Leber — veröffentlichen, wollen wir diese reaktionäre „Tradition“ dokumentieren.

Wir meinen, die beschriebenen Methoden sprechen für sich. Wir glauben aber auch, daß selbst aus diesen kurzen Auszügen deutlich wird, was für Menschen, was für Charaktere innerhalb der Gewerkschaft sich für Säuberungskampagnen einsetzen, und warum sie das tun.

von ihnen gewählten Funktionäre, und sie ließen sich von ihnen führen. An diesen oft langen Tagen und Abenden in tohrenden Sälen wurde mir noch klarer als ich vermutet hatte, daß wir die Hand der Kommunisten an der Gurgel der Gewerkschaften auf eine andere Weise nicht mehr los geworden wären.“ (54)

Nun, das sind offene Worte eines offenen Reaktionärs. Er erwähnt noch, daß andere Gewerkschaften von seinem Vorgehen gelernt hätten, auch wenn sie nicht gleich drastische Mittel hätten anwenden müssen — was zumindest zum Teil nicht stimmt —, und ist gleichzeitig stolz darauf, daß er auch andere Reaktionen erfahren durfte. Reaktionen wie diese:

„Herzlichen Glückwunsch zum entschlossenen Vorgehen — in voller Solidarität — Vorstand der IG Metall — Otto Brenner.“



Arbeiterdemonstration im Jahr 1956

selbst eingestehen. Und nicht sie, sondern er und seine Vorstandskumpane sind es gewesen, die einen brutalen Putsch gegen die IG Bau vorbereiteten und durchführten. Die Spalter also, das waren Leber und Konsorten — Spalter im Dienste der Unternehmerinteressen. Denn letztlich diente ihr Putsch doch nur dazu, die Bauarbeitergewerkschaft zu schwächen und ihre Kampfkraft zu lähmen.

Es sei hier der Vollständigkeit halber noch erwähnt — und das hat Leber in seinen Memoiren wohlweislich unterschlagen —, daß der Putschist von 1956 in seinem Kampf gegen die Kommunisten aktiv mit den Bonner Geheimdiensten zusam-

ren“ Reaktionen kamen erst noch.

„Wir mußten uns Tag für Tag und Abend für Abend in einer Vielzahl von Veranstaltungen, Versammlungen und Konferenzen unseren Mitgliedern stellen. Wir erlebten und erfuhren dabei, was die kommunistischen Funktionäre auf die Beine zu bringen vermochten, welchen Widerstand sie mobilisieren und organisieren konnten und wozu sie in der Hitze zum Bersten gefüllter Säle fähig waren. Fast immer war der Empfang schon feindselig. Dabei wußten wir, daß die Mehrzahl der Anwesenden natürlich keine Kommunisten waren. Aber sie übten Solidarität, es ging um die

Ein Telegramm unter Gesinnungsfreunden sozusagen.

Und Georg Leber, bescheiden wie er ist, nimmt nicht für sich in Anspruch, der Gewerkschaft einen großen Dienst erwiesen zu haben, nein, das war seiner Meinung nach, die man durchaus teilen muß, weit mehr. „Damit wurde nicht nur die Unabhängigkeit freier Gewerkschaften gesichert, sondern dem noch jungen freiheitlichen Staat ein wesentlicher Halt gegeben.“ (56)

Die Belohnung

Ein starkes Jahr später durfte Georg Leber, dieser gestandene Antikommunist, in den Bundes-

tag einziehen und wurde auch in den Hauptvorstand der SPD gewählt.

Voller Eitelkeit berichtet er von seiner ersten Großtat im Parlament. Er sei es gewesen, der die große Anfrage der SPD-Fraktion 1958 zur Lage der Bauwirtschaft verfaßt habe und über die dann zu seinem Bedauern, — sonst wäre er vielleicht noch früher weiter aufgestiegen — allerdings kein Wort verloren wurde.

Er rechnet sich als großen sozialen Verdienst für die Bauarbeiter an, daß er es gewesen sei, der für die ganzjährige Beschäftigung der Bauarbeiter gekämpft habe, kann allerdings auch nicht ganz verschweigen, daß die Bauarbeiter selbst dabei auch eine Rolle gespielt haben. Bezeichnend dabei ist, daß er wieder mal sehr in Sorge um Staat und Unternehmer war: Das vereinbarte Schlechtwettergeld sollte nicht wie ursprünglich geplant von den Bauunternehmern bezahlt werden, sondern aus dem Arbeitergeld der Arbeitslosenversicherung.

Mit dieser Sozialpolitik wurde er zwar nicht zum Freund der Arbeiter, die er fast immer nur als Objekt nennt, das man von irgendetwas zu überzeugen habe, wohl aber zu dem der Unternehmer.

Diese kurzen Bemerkungen zu Lebers Memoiren sollen nicht abgeschlossen werden ohne einen kurzen Einblick in das Fühlen und Denken dieses Mannes, das er — vielleicht ungewollt — preisgibt, wenn er über private Beziehungen zu Unternehmern schreibt.

„Damals wurde ich einmal von einem bekannten Herren aus der Industrie, den ich seit Jahren kannte, gefragt, ob ich nicht einmal Zeit hätte, zu einer Tasse Tee in sein Haus zu kommen. In seiner Familie sei öfters über mich gesprochen worden, und seine Frau würde sich sicher freuen, wenn sie mich einmal kennenlernen würde. Ich willigte ein, und wir vereinbarten einen Zeitpunkt.“

Ich wurde freundlich empfangen, fast wie ein guter Bekannter. Bei der Unterhaltung brachte die Gastgeberin das Gespräch auf Malerei. An den Wänden hingen schöne, alte, wertvolle Niederländer. Von hier ergab sich das Thema.“ (85)

Nun war er also da, aufgestiegen, gehörte dazu, durfte bei Kapitalisten Tee trinken und mit ihnen über Kunst reden. Das war wohl die Erfüllung für einen Mann wie Georg Leber.

Über die Rekrutierungsmethoden der Grauen Wölfe

Die türkischen Faschistenverbände und ihre Tarnorganisationen müssen aufgelöst werden!

80 Prozent aller schulpflichtigen Kinder aus der Türkei besuchen Koran-Schulen

Über 10 000 Menschen nahmen Anfang Januar in Westberlin an einem Gedenkmarsch für den von türkischen Faschisten brutal ermordeten Berufsschullehrer Celaletin Kesim teil. Der Tod des Kollegen Kesim, der Mitglied der IG Metall war, ist der vorläufige Höhepunkt des Terrors türkischer Faschisten in unserem Land, gegen den die westdeutschen Behörden — wenn überhaupt — nur zaghaft vorgehen. So war es den türkischen Faschisten, vor allem der MHP und den militanten

Im Oktober 1978 fand in der Dortmunder Westfalenhalle eine türkische Kulturveranstaltung statt, die sich bei näherem Hinsehen als Propagandaschau großen Ausmaßes der (früher an der Regierung in Ankara beteiligten) faschistischen MHP erwies. Hauptredner war MHP-Chef Oberst Türke persönlich, ein glühender Hitler-Verehrer, ein fanatischer Antikommunist, der die zweifelhafte Ehre besitzt, sich neben dem Junta-General Pinochet und dem italienischen Faschistenhauptling Almirante zu den Strauß-Freunden zählen zu dürfen.

Seine rassistischen und antikommunistischen Hetztiraden sind sogar im Verfassungsschutzbericht 1978 erwähnt, der sich ansonsten gegenüber faschistischen Bestrebungen eher zurückhaltend gibt.

12 000 Menschen, vorwiegend Türken, füllten damals die Westfalenhalle, ein beachtlicher Mobilisierungsgrad, geht man davon aus, daß die MHP über diverse Tarnorganisationen, auf die wir noch zu sprechen kommen, Ende 1978 weit über 20 000 Türken unter ihrem Einfluß hatte.

Die MHP und die Grauen Wölfe sind damit die größte und schlagkräftigste offen faschistische Organisation in unserem Land. Hier stellt sich die Frage, wie es Faschisten vom Zuschnitt

eines Türkes, die in der Türkei für zahlreiche Massaker verantwortlich zeichnen, gelingt, einen so großen Einfluß auf Teile der türkischen Arbeitsemigranten zu erlangen.

Kultur- und Idealistenvereine

Als vor einiger Zeit beim Essener Saalbau-Pächter mehrere Türken vorsprachen, um eine „Kulturveranstaltung mit Musik und Tanz“ anzumelden, hatte dieser keine Bedenken — wie sollte er auch — staunte später aber nicht schlecht, als er durch Mitglieder der IG Metall und des türkischen Arbeitervereins darauf hingewiesen wurde, daß es sich bei der vermeintlichen Kulturveranstaltung um ein Europa-Treffen türkischer Faschisten handelte. Glücklicherweise sahen sich die zuständigen Behörden in diesem Fall genötigt, die zunächst gegebene Genehmigung wieder rückgängig zu machen.

Womit wir bereits einem der wichtigsten Schachzüge der türkischen Faschisten auf der Spur sind.

Die türkischen Arbeitsemigranten, die erstens einer besonders schamlosen Ausbeutung durch die deutschen Unternehmer unterliegen, die zweitens auch nach getaner Arbeit auf das übelste ausgenommen wer-

den, zum Beispiel über Wuchermieten, die drittens aus einem völlig anderen Kulturkreis kommen, hegen in ihrer Mehrheit großen Haß auf ihr „Gastgeberland“.

Und genau hier setzen die türkischen Faschisten an. Sie haben zahllose Kulturvereine ins Leben gerufen, um den ausländischen Kollegen vorzuspiegeln, hier werde ihnen ein wenig Heimat vermittelt. Innerhalb dieser Kulturvereine versuchen sie dann, die Unzufriedenheit mit ihrer Lage in Westdeutschland zur Propagierung ihrer faschistischen Ideologie von der türkischen Herrenrasse und des militanten Kampfes gegen Kommunisten, Juden, Christen und andere „Untermenschen“ auszunutzen.

Gegenwärtig gibt es 171 solcher Kulturvereine mit 44 500 eingeschriebenen Mitgliedern. Damit sind diese Kultur- oder Idealistenvereine die mit Abstand größte Ausländerorganisation in Westdeutschland. Und die Kader der MHP und der Grauen Wölfe sind zielstrebig dabei, ihre Massenbasis weiter auszubauen.

Im Juni 1978 schlossen sich jene Kultur- und Idealistenvereine auf europäischer Ebene zusammen zur „Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa“. Die Zentrale befindet sich in

Grauen Wölfen, möglich, mehr oder weniger unbehelligt mit allerlei hinterlistigen Methoden einen beträchtlichen Teil der Arbeitsemigranten aus der Türkei für ihre Ziele zu mißbrauchen. Wo ihre Tricks nicht verfangen, gingen sie unverhohlen zu offenem Terror nach dem Vorbild von SA und SS über, der sich vor allem gegen antifaschistische Kollegen aus der Türkei richtet. Letztes Opfer war Kollege Kesim.

Frankfurt, Gutleutstraße 173.

Das Wort „demokratisch“ im Vereinsnamen ist etwa so ernst gemeint wie im Parteinaamen der NPD, die übrigens auch zu den Unterstützern der vermeintlichen türkischen Kulturträger gehört.

Ein Blick auf die Führer der Föderation genügt, um den europäischen Idealistenverein als faschistische Tarnorganisation zu erkennen. Der Vorsitzende der Föderation, Serdar Celebi, war früher hochgestellter MHP-Funktionär in Istanbul; auch der Generalsekretär Ramazan Öz gilt als MHP-Mitglied.

Faschistische Hetze im Namen des Islam

Ein anderer wichtiger Zweig der faschistischen Rekrutierungsmethoden ist die Massenarbeit unter dem Deckmantel des Islam. Dabei arbeiten die Faschisten eng mit der Süleymanilar-Sekte zusammen oder verschmelzen sogar mit ihr. In der Türkei werden islamische Geistliche, die dieser militanten Sekte angehören, sofort ihrer Ämter enthoben.

Träger der „Süleymanilar“ sind etwa 200 sogenannte „Islamische Kulturzentren“ in Westdeutschland. Ihre Zentrale sitzt in Köln.

„Aus Hilfsbereitschaft den Moslems gegenüber und zur Förderung der Verständigung zwischen Christen und Moslems“ überwieb Erzbischof Kardinal Höffner einen ansehnlichen Geldbetrag nach Köln. Die Bundesregierung gefiel sich darin, Vertreter der „Islamischen Kulturzentren“ am 23. April 1979 zu einem Anhörungsverfahren über die Zukunftschancen ausländischer Kinder einzuladen.

Andere prominente Politiker gehen da noch viel härter ran. Sie lassen den türkischen Faschisten ihre Unterstützung nicht über die Tarnorganisationen zukommen, sie pflegen in aller Öffentlichkeit den Kontakt zu prominenten Faschisten.

Am 1. Mai 1978 empfing Franz Josef Strauß den Massenmörder Türke zu einem Gespräch unter vier Augen.

Als Türke im November 1978 in Westberlin auf faschistischen Versammlungen auftrat, waren auch CDU-Abgeordnete zugegen und spendeten freundlich Beifall. Während Türke von seinen Anhängern mit dem Führergruß gefeiert wurde, hatte den CDU-Männern ein Vorstandsmitglied der MHP erklärt: „Sie glauben wie wir an Gott. Unsere Religionen sind verschieden, unsere Feinde sind die gleichen!“ Wahrhaftig ein Musterbeispiel schwarz-brauner Aktionseinheit!

Zurück zu den Islamischen Kulturzentren. Ihre wichtigsten Instrumente sind zweifellos die Koranschulen, die es mittlerweile in jeder größeren westdeutschen Stadt gibt. Nahezu 80 Prozent der schulpflichtigen Kinder aus der Türkei besuchen diese Koranschulen, die in



Eine türkische Koranschule in Berlin-Wedding: Mädchen und Jungen sind durch einen Vorhang getrennt. Neben reaktionären Moralvorstellungen trichtern die Hodschas den Kindern rechte Propaganda ein.

Wirklichkeit wahre Anstalten zur Gehirnwäsche sind, wo den Kindern mit drastischen Prügelstrafen und regelrechtem Psychoterror der fanatische Haß gegen alles Untürkische eingepflegt wird.

Koranschulen = Gehirnwäsche für türkische Kinder

Ein führender Funktionär der Islamischen Kulturzentren, H. R. Tüyoglu, erklärte im Juni letzten Jahres in Recklinghausen:

„Ich werde solange kämpfen und, falls erforderlich, mit meinen Anhängern sterben, bis es von Zypern bis Oslo überall Koranschulen und Moscheen gibt und die türkischen Fahnen wehn!“

Fünf Monate später ließ er sich in einer rechtsradikalen Zeitung vernehmen: „Wir haben schon vor Jahren dafür Sorge getragen, daß die dreckigen Antlitze der Judendiener dem islamischen Volk präsentiert werden!“

Die Koranschulen halten täglich drei- bis sechsstündige Kurse ab für schulpflichtige Kinder bis zwölf Jahren. Wer nicht aufpaßt, wird mit dem Rohrstock verprügelt. Den Kindern wird mit der wortwörtlichen Auslegung des Korans eine Ideologie des finstersten Mittelalters eingebläut. Sie müssen den Kontakt mit der ausländischen und daher feindlichen Umwelt auf das nötigste reduzieren, dürfen den Lehrern an westdeutschen Schulen — auch türkischen — kein Wort glauben. Jeder Andersdenkende wird als Kommunist verteuelt, den Kindern wird eingeredet, jeder habe das Recht, ja die heilige Pflicht, Kommunisten zu töten.

„Die türkischen Kinder, die ohne eine nationale und religiöse Kultur aufwachsen, müssen aus den Händen kommunistischer Lehrer und Priestererzieher gerettet werden. Denn der Feind nähert sich in hinterhältiger Verkleidung“, heißt es in einem Flugblatt des Vereins für Koranschulen in Westberlin.

Eltern, die sich weigern, ihre Kinder in diese Schulen zu schicken, die sogar in der Türkei verboten sind, werden unter Druck gesetzt und terrorisiert.

Die türkischen Faschisten hoffen, mit den Koranschulen zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Zum einen werden die türkischen Kinder schon im zarten Alter vollständig indoktriniert und bewegen sich nur äußerst verängstigt unter ihren deutschen Mitschülern, was die von der katastrophalen Sozialpolitik der westdeutschen Behörden verursachte Ghetto-Bildung geschickt ausnützt und verschärft; zum anderen sind die Absolventen der Koranschulen nicht in der Lage, auch nur annähernd an den deutschen Schulen erfolgreich mitzuarbeiten, weil ihre gesamte Energie schon in den Koranschulen aufgebraucht wird. Schon vom sprachlichen her sind die Kinder völlig überfordert. Während sie in den deutschen Schulen deutsch lernen und sprechen müssen, sprechen sie zu Hause in der Regel türkisch; in den Koranschulen wiederum dürfen sie nur arabisch, die Muttersprache des Islam, sprechen.

Hilfstruppen für Strauß

Bedenkt man, daß 80 Prozent aller schulpflichtigen Kinder aus der Türkei diese faschistischen Kaderschmieden durchlaufen müssen, wird ersichtlich, welche große Gefahr nicht nur für die türkischen Kollegen, sondern für die gesamte westdeutsche Arbeiterklasse heranwächst. Denn man kann sicher sein, daß es den türkischen Faschisten gelingen wird, ihren Einfluß mit Hilfe der Koranschulen erheblich zu erweitern, so daß wir es unversehens mit einer von MHP-Chef Türke dirigierte faschistischen Massenbewegung zu tun haben, und es ist keinesfalls auszuschließen, daß Politiker wie Franz Josef Strauß, der keinen Hehl aus seinen Sympathien zu den Grauen Wölfen macht, sich dieser Hilfstruppen zur Durchsetzung seiner Ziele bedienen wird. Von daher ist es dringend geboten, daß die westdeutschen Behörden auf der Stelle drastische Maßnahmen gegen die türkischen Faschisten und ihre Tarnorganisationen ergreifen. Die MHP, die Grauen Wölfe und ihre in Frankfurt und Köln stationierten Hilfsorganisationen müssen verboten und aufgelöst werden!



Im Oktober 1978 hatte MHP-Chef Türke (rechts) in der Dortmunder Westfalenhalle die Möglichkeit, unter den Augen der westdeutschen Behörden seine faschistische Ideologie von der Überlegenheit der türkischen Rasse und der Minderwertigkeit von Christen, Juden, Kommunisten und anderen „Untermenschen“ vor 12 000 Anhängern zu propagieren.



Ernst Thälmann. Das letzte Foto des Arbeiterführers wurde von seiner Tochter Irma heimlich im Gerichtsgefängnis Hannover aufgenommen.

Thälmann-Mörder weiter unbehelligt

Der Mord an Thälmann ist noch immer ungesühnt

Westdeutsche Behörden betreiben „Strafvereitelung“

Seit dem ersten Beginn der Ermittlungen im Jahre 1962 sind die Ermittlungsverfahren immer wieder eingestellt worden, sechsmal insgesamt, das letztemal im August 1979. Gegen die letzte Einstellung ist Einspruch erhoben worden, doch die Erfolgsaussichten sind angesichts der bundesrepublikanischen Praxis der Vergangenheitsbewältigung gering: Der Thälmann-Mörder Wolfgang Otto hat alle Aussicht, weiter in aller Ruhe seine stattliche Lehrerpension verzehren zu können — in seinem Einfamilienhäuschen im niederrheinischen Geldern, Am Harttor 23.

Der ehemalige Stabschef Otto war einer der beiden SS-Männer, die in der Nacht zum 18. August 1944 den unvergessenen Führer der deutschen Arbeiterklasse und Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, im Krematorium des Konzentrationslagers Buchenwald ermordeten (siehe auch „Roter Morgen“ 34/79). Otto ist nicht nur durch die Zeugenaussagen des ehemaligen Buchenwaldhäftlings Marian Zgoda überführt worden (siehe Kasten); die Beobachtungen Zgoda sind nach dem Krieg in allen Einzelheiten von dem ehemaligen SS-Mann Fricke bestätigt worden. Ihm gegenüber hatte Otto in einem Internierungslager die Beteiligung an der Ermordung Ernst Thälmanns eingestanden.

Trotz der eindeutigen Sachlage haben die westdeutschen Justizbehörden Wolfgang Otto, der bis 1962 an der katholischen Volksschule in Geldern die Kinder mit seinem Gedankengut indoktrinieren konnte, bis heute kein Haar gekrümmt. Dieses Verhalten kann man nur als „Strafvereitelung“ kennzeichnen — entsprechend einem Wort Prof. Dr. Friedrich Kauls, des Anwalts der Thälmann-Hinterbliebenen.

Bezeichnend sind die Begründungen, die von den westdeutschen Justizbehörden zur Einstellung der jeweiligen Ermittlungsverfahren gegeben wurden. Zwei Kostproben:

In der Einstellungsverfügung vom 10.1.64 heißt es — wohl um ihn unglaublich zu machen — über den Zeugen Zgoda: „Abgerundet wird das Bild des Zeugen, der heimatloser Ausländer ist, durch die Tatsache, daß er im Jahre 1951 wegen Verteilens kommunistischer Flugblätter in Erscheinung getreten ist.“

Zur dritten Einstellung der Ermittlungen am 14. November 1974 erklärten die Behörden, daß „die Erhebung der Anklage deswegen nicht in Betracht kommt, weil hinsichtlich der noch lebenden und ermittelten Beschuldigten Stoppe und Otto Strafverfolgungsverjährung eingetreten“ ist. Die Staatsanwälte entschuldigten geradezu die Mörder: „Sie hatten offensichtlich nur einem Befehl Folge geleistet, der durch den Führerbefehl legitimiert zu sein

schien.“

Dazu erklärte Prof. Dr. Kaul: „Natürlich war der Mord an Ernst Thälmann zur Zeit dieser Einstellung nicht verjähr, wie er überhaupt nie verjähren wird.“ Kaul wies darauf hin, daß von den westdeutschen Behörden eine große Zahl Tatbeteiligter noch nicht einmal einer Befragung unterzogen worden seien — ein durch den Tod verschiedener Tatbeteiligter und Zeugen unnachholbares „Versäumnis“.

Wie bei zahllosen anderen

Fällen der Nichtverfolgung und Förderung von Nazi-Verbrechen durch die westdeutschen Behörden kann man sich auch im Falle Otto nicht des Eindrucks erwehren, als würde Otto bewußt von ihnen geschützt.

Thälmanns Mörder Wolfgang Otto lebt in der Bundesrepublik angenehm und unbehelligt. Er muß zur Verantwortung gezogen und bestraft werden! Diejenigen, die ihn hüteln und schützen, zeigen damit nur ihre Komplizenschaft.

Was in der Nacht zum 18. August 1944 geschah

„O Uhr 10 Minuten kamen die beiden Kommandoführer des Krematoriums heraus und öffneten das Tor, um einen großen Personenwagen einzulassen. Dem Wagen entstieg drei Zivilisten, von denen offensichtlich zwei den dritten, der in der Mitte ging, bewachten. Den Gefangenen sah ich von hinten. Er war groß, breitschultrig und hatte eine Glatze.“

Inzwischen waren auch die übrigen SS-Leute auf den Hof gekommen und flankierten die Eingangstür des Krematoriums. Die Zivilisten ließen ihren Gefangenen vorgehen. In dem Augenblick, als er das SS-Spalier passiert hatte und das Krematorium betrat, fielen drei Schüsse hinter ihm vom Hof her...

20 bis 25 Minuten später verließen die Unterführer das Krematorium. Dabei sagte Hofschulte zu Otto: „Weißt du, wer das war?“ Otto antwortete: „Das war der Kommunistenführer Thälmann.“

Aus der Zeugenaussage des ehemaligen Häftlings Marian Zgoda vor dem Amtsgericht München am 6. November 1948.

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen
Menschenverbrechen in Konzentrationslagern
bei der Staatsanwaltschaft Köln

Am 1. März 1974
Jugendliche Angeklagte
Frankfurt am Main 1974
Frankfurt am Main 1974

- 130 (24) Js 540/61 (2) -

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt:

Ich habe das Ermittlungsverfahren erneut eingestellt.

Schließlich kommt die Erhebung der öffentlichen Klage, auch deswegen nicht in Betracht, weil hinsichtlich der noch lebenden und ermittelten Beschuldigten Stobbe und Otto Strafverfolgungsverjährung eingetreten ist. Beiden könnte — wenn überhaupt — nur der Vorwurf der Beihilfe zum Mord gemacht werden.

Es könnte sicherlich nicht festgestellt werden, daß sie mehr getan hätten, als ihnen befohlen worden war.

Aus einem Brief des Leiters der Zentralstelle des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen in Konzentrationslagern an Prof. Dr. Kaul.

Schluß mit der „Toleranz“!

Sofortiges Verbot der Schönborn-NSDAP

FRANKFURT.— Wie bereits berichtet („Roter Morgen“ 7/80) hat der einschlägig vorbestrafte Nazi Schönborn Ende Januar/Anfang Februar in Frankfurt eine „Nationalsozialistische Demokratische Arbeiterpartei“ (NSDAP) gegründet. Bis heute aber ist diese faschistische Nachfolgeorganisation der alten Gaskammerpartei nicht verboten worden, und ihre Initiatoren sind noch immer nicht hinter Gittern.

Schönborn ist einer der Drahtzieher der neonazistischen Aktivitäten in der Bundesrepublik; er ist als Verfasser übelster antisemitischer Hetzschriften und als Organisator abstoßender Aktionen bekannt geworden: er ließ Neonazis mit Eselsköpfen und einem Schild mit der Aufschrift: „Ich Esel glaube noch, daß in deutschen Konzentrationslagern Juden vergast wurden“ durch die Straßen patrouillieren; er setzte in Flugblättern und Postkarten demagogisch eine Geldprämie für „jede einwandfrei nachgewiesene Vergasung“ aus. — Jetzt traten er und seine Gruppe mit der Gründung einer NSDAP hervor.

Zu diesem Schritt ist Schönborn nicht zuletzt durch die „Toleranz“ der westdeutschen Behörden ermutigt worden.

Vor einem Frankfurter Gericht ist seine Hetze über die angeblich von „Idioten und Verbrechern“ erfundenen Juden-Vergasungen als „freie Meinungsäußerung“ erlaubt worden.

Ralf Platzdasch, mit Schönborn Betreiber eines Nazi-Ladens in Frankfurt-Bornheim, gründete im August 1979 einen „Nationalsozialistischen Schülerbund“. Die damals gegen diesen „NSB“ eingeleiteten Ermittlungen sind inzwischen im Sande verlaufen.

Schließlich hatte Innenminister Baum das Verbot der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann mit der militärischen Formierung dieser Bande begründet und betont, die „geistig-politische Auseinandersetzung“ habe Vorrang vor der Anwendung von Verboten. — Nicht einmal 12 Stunden nach dem Verbot der Hoffmann-Gruppe gab Schönborn die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialisti-

sche Arbeiterpartei“ bekannt. Überhaupt dürfte hinter dieser zeitlichen Übereinstimmung kein Zufall stehen. Schönborn und Hoffmann arbeiteten und arbeiten eng zusammen; die Ziele, die sie und ihre Banden verfolgen, sind gleich. Es ist zu vermuten, daß Schönborn mit seiner Gründung den Schlag, den die Neonaziszene mit dem Verbot der Wehrsportgruppe erhalten hat, aufzufangen versucht. Gleichzeitig mehrten sich die Anzeichen, daß die Schönborn-Nazis die illegale Bandenbildung im Raum Frankfurt weiter vorantreiben.

Angesichts dieser Neonazi-Aktivitäten wird jedoch von den Verantwortlichen abgewiegt. Hessens Innenminister Ekkehard Gries (FDP) sprach lediglich von einer „angeblichen“ Gründung der NSDAP durch Schönborn. Gries will nun erstmal „beobachten“ lassen, „ob sich diese Bestrebungen organisatorisch so verfestigen, daß Verbotsmaßnahmen zulässig und geboten“ seien. Schönborn hätte außerdem — so Gries — schon an die 20 Vereine gegründet, die alle nach kurzer Zeit wieder spurlos verschwunden seien.

Gries Äußerungen stellen eine ungeheuerliche Verharmlosung der Neonazi-Banden im allgemeinen und der Schönborn-Aktivitäten im besonderen dar. Sie machen deutlich, wie wenig die westdeutschen Behörden geneigt sind, gegen das braune Gesindel hart, schnell und entschlossen durchzugreifen.

Erstens handelt es sich bei Schönborns NSDAP nicht um eine „angebliche“ Gründung, sondern um eine tatsächliche. Das allein schon rechtfertigt ein Einschreiten. Die NSDAP und

alle anderen faschistischen Organisationen sind nach Artikel 139 des Grundgesetzes verboten und müßten bei Neugründung sofort aufgelöst werden.

Zweitens sind die verschiedenen von Schönborn gegründeten Organisationen nicht „spurlos“ verschwunden, sondern sie haben lediglich ihre Fortsetzung in den jeweils neuen Gründungen erfahren.

Die Systematik der Schönborn-Gründungen zeigt sich an der jüngsten NSDAP-Gründung selbst: Schönborn gab am 30. Januar bekannt, daß er mit 30 Frankfurter „Kameraden“ eine „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Demokratische Arbeiterpartei“ gegründet habe mit dem Ziel, die „NSDAP als legale moderne und demokratische Partei funktionsfähig zu machen“. Zwei Tage später erklärte die Frankfurter Staatsanwaltschaft, sie habe gegen die „Arbeitsgemeinschaft“ ein Verfahren wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen eingeleitet. Schönborn ließ daraufhin verlauten, die „Arbeitsgemeinschaft“ sei aufgelöst und unter seinem Vorsitz inzwischen eine „NSDAP“ gegründet worden.

So sieht die von Gries behauptete „spurlose“ Auflösung tatsächlich aus. Nicht Auflösung, sondern im Gegenteil organisatorische Verfestigung, Ausbau legaler und illegaler Stützpunkte, deren Fäden allesamt bei Schönborn zusammenlaufen — darum geht es. Nicht zuletzt auf Schönborns Aktivitäten ist es zurückzuführen, daß die Frankfurter Gegend sich allmählich zu einem Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten entwickelt hat.

CSU-Dementis können die Vorwürfe nicht aus der Welt schaffen:

Strauß forderte das Standrecht

Die Reaktion des Franz Josef Strauß und seiner Spezies auf die jüngsten schwerwiegenden Vorwürfe — Strauß hatte 1977 das Standrecht für politische Gefangene gefordert — wird immer merkwürdiger. Nun gehen die sonst so prozeßfreudigen Herren schon das Bundeskanzleramt um Schützenhilfe an.

Zur Zeit der Schleyerentführung, während der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ nach Mogadischu, im Verlauf einer Sitzung des Großen Krisenstabs am 14. Oktober 1977, hatte Strauß, im Stile chilenischer Polit-Gangster, einen ungeheuerlichen Vorschlag eingebracht. Verkleidet in die Form der Wiedergabe von Volkes Meinung forderte er Standgerichte, die für jede erschossene Geisel einen RAF-Häftling erschießen sollten. Diese Enthüllung machte, unter Berufung auf einwandfreie Quellen, der „Stern“-Redakteur Koch in dem im November erschienenen Buch „Das Duell“. Später verschärfte Koch den Vorwurf noch: Die Erschießung der Geiseln sei nicht „Volksmeinung“, sondern Straußens eigener und sich zu eigen gemachter Vorschlag gewesen. — Über die Enthüllungen berichtete der „Rote Morgen“ bereits am 25. Januar.

Auffallend war, daß der sonst so prozeßfreudige Strauß

gegen die Vorwürfe nicht juristisch vorging; die CSU begnügte sich zunächst mit einigen lauen öffentlichen Erklärungen und Dementis. Erst als der „Spiegel“ letzte Woche über die Strauß-Äußerungen berichtete, sahen sich Strauß und seine Kumpane zum Handeln veranlaßt. Unterstützt von Oppositionsführer Helmut Kohl forderte der CSU-Landesgruppenchef Zimmermann vom Chef des Bundeskanzleramtes, Schüler, die Bundesregierung solle die Darstellung des „Spiegel“ aus der Welt schaffen. Die Forderung laute — so Zimmermann — daß die Regierung „dem Spiegel“-Artikel jeden Hauch von Authentizität nimm“. Verärgert über den Geheimnisbruch betreffs der vertraulichen Krisenratgespräche drohte Zimmermann seinerseits Enthüllungen über Äußerungen von Bundeskanzler Schmidt im Krisenrat an.

Entsprechend den CSU-Forderungen ist Ende der letzten Woche das Bundeskanzleramt

der Version des „Spiegel“ entgegengetreten. In einem Leserbrief Schülers an den „Spiegel“ heißt es, die Aufzeichnungen der im angesprochenen Zeitraum im Krisenstab geführten Gespräche bestätigten die Darstellung des „Spiegels“ nicht.

In einer Mitteilung vom gleichen Tag in Hamburg blieb der Herausgeber des „Spiegel“, Augstein, jedoch bei dem in der Ausgabe vom 11. Februar enthaltenen Bericht und erklärte, dieser Bericht würde sich auf glaubhafte Aussagen von Teilnehmern des Krisenstabs stützen.

Strauß kann sich drehen und winden, wie er will: Die ungeheuerliche Forderung nach dem Standrecht haftet ihm an und stellt ihn bloß: Seht, das ist der Mann, der westdeutscher Kanzler werden will, ein Mann, der bereit ist, die Gesetze dieses Landes zu brechen und die Feinde des Bonner Staates exekutieren zu lassen.



Mehrere hundert Umschüler des Berufsförderungszentrums Essen marschierten vorletzten Mittwoch zum Arbeitsamt, um gegen ihre schlechte Lage zu protestieren.

Arbeitsamtdirektor pikiert:

„Mußten Sie denn gleich demonstrieren?“

Volkskorrespondenz aus Essen

Am Mittwoch, den 13. Februar, zogen über 300 Umschüler des Berufsförderungszentrums in Essen in einem Demonstrationszug zum Arbeitsamt. Sie protestierten gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage. Mit Parolen wie: „Die Sauerei ist riesengroß, wir wollen endlich unser Moos!“ machten die Umschüler ihrer Unzufriedenheit Luft.

Besonders empörend finden es die Umschüler, daß bei Fehlzeiten — selbst wenn es sich nur um eine Stunde Verspätung handelt — gleich der ganze Tag vom ohnehin unzureichenden Unterhaltsgeld abgezogen. Ebenfalls fordern sie, daß vergleichbar der Regelung für Arbeiter und Angestellte in den Betrieben bei Krankheit das Unterhaltsgeld weiter gezahlt wird.

Gegenwärtig ist es nämlich noch so, daß im Krankheitsfall das Unterhaltsgeld sofort gestoppt wird, und es nach dem Wiederantritt der Umschulung mindestens sechs Wochen, manchmal zwei bis drei Monate dauert, bis die ehemals kranken Umschüler wieder ihr erstes Geld bekommen.

Außerdem treten die Umschüler für eine Erhöhung des Unterhaltsgeldes ein. Sie fordern 80 Prozent vom realen Nettolohn vor der Umschulung, das heißt Berücksichtigung aller Lohnbestandteile wie Überstunden, Weihnachts- und

Urlaubsgeld. Die Umschüler verlangen ein Mindestunterhaltsgeld von 1200 Mark.

Die Demonstration fand guten Anklang bei der Essener Bevölkerung. Mit einem Flugblatt wiesen die Umschüler auf ihre unhaltbare Lage hin. Während der Kundgebung vor dem Arbeitsamt wurde eine Delegation der Umschüler vom Direktor des Arbeitsamtes empfangen. Er äußerte Verständnis für die Forderungen der Umschüler, aber „mußten sie denn gleich demonstrieren? Warum sind sie nicht einfach zu mir gekommen?“

Die Umschüler erhielten zumindest die Zusicherung, daß der Fehlzeitenlaß „liberal angewandt“ werde und die Bearbeitungszeiten im Krankheitsfall beschleunigt würden.

Als den in der Halle des Arbeitsamtes wartenden Demonstranten diese Versprechungen mitgeteilt wurden, war die allgemeine Reaktion von ziemlicher Skepsis gekennzeichnet:

„Na ja, wir werden sehen!“ Auf der anderen Seite bestehen aber die Umschüler auf der Erfüllung ihrer Hauptforderungen durch die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg und die Bonner Regierung:

- Der Fehlzeitenlaß muß fallen!
 - Unterhaltsgeldfortzahlung im Krankheitsfall!
 - Das Unterhaltsgeld muß 80 Prozent des tatsächlichen Nettolohns betragen, mindestens aber 1200 Mark!
 - Jährliche Erhöhung des Unterhaltsgeldes nach den durchschnittlichen Tarifabschlüssen!
 - Zwei Krankentage ohne Attest bei Unterhaltsgeldfortzahlung!
 - Bei Beginn der Umschulung muß das Unterhaltsgeld sofort bezahlt werden!
 - Volle Fahrtkostenerstattung! Vier bezahlte Wochenendfahrten für Internatler!
- Auf dieser Grundlage werden die Umschüler ihren Kampf in den nächsten Monaten fortsetzen.

Verbot und Auflösung des SS-„Totenkopf“ fordern!

Volkskorrespondenz aus Trier

KOBERN-GONDORF/MOSEL. — Die Truppenkameradschaft „Totenkopf“, eingetragener Verein im Bundesverband der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS e.V. im Verband Deutscher Soldaten plant vom 18. bis 20. April diesen Jahres (Hitlers Geburtstag) in Koblenz, einem kleinen Moselstädtchen, seine Jahreshauptversammlung. Bereits 1979 hatte ein ähnliches Treffen des „Totenkopf“ in Arolsen (Kreis Waldeck-Frankenberg) Aufsehen im In- und Ausland erregt.

So dumm sind wir nicht!

Diese „Kameraden“, Nachkömmlinge der KZ-Wachmannschaften, haben sich wieder einmal einen kleinen Ort im „Hinterland“, wie es im Nazi-Jargon begründet wird, ausgesucht, um unbehelligt und ungestört ihre Versammlungen abhalten zu können. Sie hoffen auf die Unwissenheit der örtlichen Verwaltung und ländlichen Bevölkerung.

Zum anderen tarnen sie sich wieder unter einem kulturellen Mäntelchen. Die Einladungen

laufen diesmal unter „7. Jahreshauptversammlung mit Suchdienst und Grabstättenforschung in Verbindung mit dem DRK (Deutschen Roten Kreuz)“. Eingeladen sind ehemalige Angehörige u.a. der 3. Panzer-Division und der 16. Panzer-Grenadier-Division, insgesamt rund 600 Personen. Das DRK in Bonn bestätigte der Presse eine Zusammenarbeit in einigen Suchdienstfällen, distanzierte sich jedoch von einer Mitwirkung in Koblenz-Gondorf.

Breiter Protest

Julius Günther, Vorsitzender der Jüdischen Kultusgemeinde in Koblenz protestierte als einer der ersten. Auch der Ortsbürgermeister und der gesamte Gemeinderat von Koblenz lehnen das „Totenkopf“-Treffen ab und haben Kontakt mit dem Gastwirt, in dessen Räumen das Meeting geplant war, aufgenommen. Landrat Klinkhammer meldete zumindest schon einmal „Bedenken“ an. Die SPD fordert mit Kreisverband Koblenz und Landtagsfraktionsführung ein Verbot des Treffens. Die rhein-

land-pfälzischen Jungsozialisten forderten ein Verbot des Treffens und Aufklärungsmaßnahmen an den Schulen des Landes.

Der DGB-Kreisverband Koblenz warnte vor der Gefahr, die „der politischen Entwicklung in der BRD durch solche Veranstaltungen droht“. Der DGB-Kreisverband Rhein-Ahr-Mosel will sich nach neuesten Berichten in den nächsten Tagen gegen das Treffen des „Totenkopf“ aussprechen, ebenfalls der Vorstand der Koblenzer „Naturfreunde“.

Wirksame Aktionen

Aktive Gewerkschafter und engagierte Antifaschisten fürchten jedoch, daß es beim „bloßen schriftlichen Protest bleibt“. „Da wird noch viel Wasser die Mosel runterfließen bis dahin“, meinte ein erfahrener Gewerkschafter der IG Metall, „... und was ist dann im April?“

Mitglieder der IG-Druck und Papier: „Die Gewerkschaft mußte direkte Gegenaktionen vorbereiten und dafür mobilisieren.“

Von der Polizei mißhandelt — vom Richter verurteilt

Volkskorrespondenz aus Krefeld

KREFELD. — Der 35jährige Chemieingenieur Peter Pfeiffer und seine Ehefrau wurden in der Nacht vom 19. auf den 20. November 1978 von mehreren Polizeibeamten zum Teil schwer mißhandelt. Peter Pfeiffer war vier Wochen, seine Frau eineinhalb Wochen arbeitsunfähig. Beide wurden ein Jahr später wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Körperverletzung vom Krefelder Amtsgericht zu einer Geldstrafe verurteilt, er zu 1200 Mark, sie zu 375 Mark.

Nach einer privaten Feier in Krefeld am 19.11.78 warteten die beiden auf ein Taxi. Sie gerieten in eine Polizeikontrolle.

Die Beamten wollten das Ehepaar festnehmen. Da dies nicht sogleich gelang, wurde Verstärkung angefordert. Dem Ehepaar wurden Handfesseln angelegt.

Schon beim Transport zur Polizeiwache — ein Grund für die Festnahme wurde nicht mitgeteilt — kam es zu ersten Mißhandlungen, in deren Verlauf Frau Pfeiffer unsittlich berührt wurde.

Als Peter Pfeiffer vor der Polizeiwache zusammenbrach, wurde er an den Haaren hereingezogen und später mit Schlagstöcken bearbeitet. Der dazugezogene Polizeiarzt, der eine Blutprobe vornehmen sollte, weigerte sich, die Pfeiffers in ein Krankenhaus zu überweisen.

Nach der Entlassung aus dem Polizeigewahrsam begab sich Peter Pfeiffer sofort in ärztliche Behandlung. Der Arzt fand Prellungen am ganzen Körper. Die Pfeiffers stellten Strafanzeige. Die Polizei reagierte mit Gegenanzeigen, die mit der Verurteilung der Pfeiffers endeten.

Zwei Zeugenaussagen, die die Angaben der Familie Pfeiffer bestätigten, wurden vom Richter als wirklichkeitsfremd abqualifiziert. Ein Zeuge aus Krefeld, der — wie sich später herausstellte, auch die Polizei alarmiert hatte — wurde ernst

genommen, obwohl er sich laufend in Widersprüche verwickelte. Noch während des Verfahrens gegen die Pfeiffers wurde das Verfahren gegen die Beamten eingestellt, wogegen der Chemieingenieur Beschwerde einlegte.

Der Krefelder Zeuge hatte ein Jahr zuvor die Polizei gerufen, weil er angeblich gesehen habe, daß Peter Pfeiffer betrunken Auto fahren wollte. Fragt sich nur, warum die Polizei ihn am Taxi-Stand fand.



Aus einer harmlosen Verkehrskontrolle...



...kann es schneller als man denkt ein böses Erwachen geben

Bezirkstag der IG DruPa / Bielefeld

Bei den Wahlen stolperten die Bonzen

Volkskorrespondenz aus Bielefeld

Der erste von zwölf Bezirkstagen der IG Druck und Papier in Nordrhein-Westfalen, die den Landesbezirkstag im Juni dieses Jahres und den Gewerkschaftstag im Oktober 1980 vorbereiten sollen, fand jetzt in Bielefeld statt. Vorausgegangen war ihm die Ortsdelegiertenkonferenz der IG DruPa in Bielefeld. Sie hatte viel Unmut unter den Kollegen ausgelöst: Außer den Delegierten — von 220 stimmberechtigten waren 80 erschienen — durfte kein IG DruPa-Mitglied das Versammlungslokal betreten.

Diese „Aussperrung“ einer ganzen Reihe von interessierten Kollegen hatte der geschäftsführende Ortsvereinsvorstand verfügt, denn die dort vertretenen rechten Sozialdemokraten hatten berechtigte Sorge, daß ihnen auf der Delegiertenkonferenz von einigen oppositionellen Kollegen, wie Kollegen der RGO, die Rechnung aufgemacht würde.

Sonderlich demokratisch gaben sich die IG-DruPa-Funktionäre an der Spitze des Bezirks Bielefeld dann auch nicht. Die Wahlen zum neuen Bezirksvorstand — der mit dem Ortsvereinsvorstand zumeist identisch ist, weil der Bezirk Bielefeld nur einen Ortsverein, nämlich Bielefeld, hat — waren vom alten Bezirksvorstand sorgsam in einer Klausurtagung vorbereitet worden.

Die rechten Sozialdemokraten im Vorstand hatten für alle Funktionen, wie für die Delegierten zum Landes- wie Gewerkschaftstag, „ihre Leute“ ins Rennen geschickt. Wollte ein Kollege gegen die Vorschläge des Bezirksvorstandes stimmen, mußte er Kandidaten benen-

nen, die dann einem der Vorschläge des Bezirksvorstandes in Persönlichkeitswahl gegenübergestellt wurden.

Zunächst schien die Rechnung der Bonzen auch aufzugehen. Die Wahlen zum Bezirksvorstand gingen ohne Probleme über die Bühne, einmal davon abgesehen, daß vor allem die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes eine ganze Reihe Nein- bzw. Enthaltungsstimmen hinnehmen mußten. Unmut wurde dann aber laut, als es zu den Delegiertenwahlen zum Landesbezirks- sowie Gewerkschaftstag kam. Gegenvorschläge wurden gemacht, und anstelle des alten Bezirksvorsitzenden wurde eine Kollegin gewählt, die als Betriebsrätin in einem Zeitungsverlag sich schon eine Menge Vertrauen erworben hatte.

Die Situation spitzte sich noch weiter zu, als es um die Wahlen zum Beisitzer im DGB-Kreisvorstand ging. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende und Betriebsratsvorsitzende eines Druckbetriebes, als rechter

Sozialdemokrat bekannt, wurde gezwungen, seine Kandidatur zurückzuziehen, da trotz seiner Drohung nicht zu kandidieren, wenn es Gegenkandidaten gebe, ein anderer Kollege seine Kandidatur nicht zurückzog.

Die Delegierten haben gezeigt, daß ihnen vieles an der Politik dieser rechten Sozialdemokraten absolut nicht mehr paßt. Und diese Tendenz wird sich in den kommenden Jahren verstärken, wenn die Delegierten neu bestimmt werden und noch mehr fortschrittliche und revolutionäre Kollegen zu den Delegiertenkonferenzen entsandt werden. Auch die Branchenzeile Druck der KPD/ML wird sich dafür einsetzen, daß solche Kollegen delegiert werden, die wirklich die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten vertreten.

Erwähnt werden sollte noch, daß eine Reihe fortschrittlicher Forderungen und Anträge an den Landesbezirkstag verabschiedet wurde. Unter anderem die Forderung nach einem gerichtlichen und gesetzlichen Verbot der Aussperrung.

IOC: Die Spiele in Moskau finden statt!

Schwerer Schlag für Boykottthetzer Carter

Bölling: Bonn weiter an der Seite Washingtons

Eine schwere Niederlage erlitt die Boykottpolitik Washingtons am vergangenen Dienstag in Lake Placid. Einstimmig sprach sich das Internationale Olympische

Der Entscheidung voraus ging ein Auftritt des US-Außenministers Vance vor dem IOC, der in der internationalen Sportgeschichte wohl einmalig sein dürfte. Kraft seines Amtes als Vertreter des amerikanischen Präsidenten — der in Lake Placid erst gar nicht erschienen war — sollte Vance die Winterspiele eröffnen. Stattdessen jedoch hielt er eine Hetzrede gegen die Durchführung der Sommerspiele und versuchte, das IOC massiv unter Druck zu setzen.

Begleitet wurde dieser Auftritt des Außenministers von Äußerungen des Präsidentenberaters Joseph Onek, der ganz offen davon sprach, seine Regierung würde das IOC „zerstören“, wenn es nicht endlich vor Carter kapitulieren würde. Diese Politik der unverhohlenen Drohungen und des Drucks verfehlte jedoch jeden gewünschten Erfolg. Die IOC-Mitglieder gaben ihrer Empörung über diese Politik nach der Vance-Rede Ausdruck. So sagte die Präsidentin Monique Berlioux: „Wir waren geschockt.“ Und der Kanadier McKenzie verurteilte den Auftritt des US-Außenministers als „grobe Unhöflichkeit“.

Das IOC wies dann einstimmig — auch mit den Stimmen der beiden amerikanischen Vertreter — die Boykottforderungen Carters zurück und bestätigte die Durchführung der Spiele in Moskau. Darüber hinaus wurde das Nationale Olympische Komitee der USA aufgefordert, sich ebenfalls nicht dem Druck Carters zu beugen und an den Sommerfestspielen teilzunehmen. Wie sehr die Kriegshetzer aus Washington in den internationalen Sportorganisationen isoliert sind, zeigt sich deutlich an der Tatsache, daß während der zweitägigen Debatte, die dem Beschluß vorausging, im IOC sich nicht eine

einige Stimme für Carter erhob.

Die Entscheidung von Lake Placid entspricht ohne Zweifel dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Sportler auf der ganzen Welt. Immer deutlicher ist in der letzten Zeit geworden, daß die Carter-Regierung die Olympischen Spiele zu einem Feld des imperialistischen Konkurrenzkampfes mit der anderen Supermacht machen will.

Komitee (IOC) dafür aus, daß der Vertrag mit der Stadt Moskau über die Durchführung der Sommerspiele eingehalten wird.

Krieg immer weiter voran. Und das nicht nur militärisch, mit Flugzeugträgern und Ledernacken. Gegenwärtig wird in den USA eine beispiellose Kriegshysterie entfacht, um das amerikanische Volk auch psychologisch auf die Kriegsabenteuer des US-Imperialismus vorzubereiten. Und genau aus diesem Grund passen den Herren in Washington auch die Olympischen Spiele absolut nicht in

kein amerikanischer Sportler überhaupt erst in die Versuchung kommen kann, an den Sommerspielen in Moskau teilzunehmen, wurde jetzt erneut die Beschlagnahme aller Pässe von Sportlern angekündigt, die sich nicht dem Carterschen Diktat fügen wollen.

Trotz dieses offenen und brutalen Drucks der US-Regierung auf die internationale Sportbewegung hat sich Klaus Bölling, der Sprecher der Bundesregierung, nach der IOC-Entscheidung beeilt, die volle Solidarität Bonns mit den amerikanischen Boykottthettern zu erklären. Wie bereits berichtet, haben sich schon drei Bundesminister — Apel, Genscher und Lambsdorff — öffentlich für den Boykott von Moskau ausgesprochen. Die Entscheidung des IOC ist auch für diese Herren ein Schlag ins Gesicht.

Zugleich aber ist sie eine Ermunterung für alle diejenigen, die verhindern wollen, daß aus der Olympiade ein Instrument imperialistischer Machtpolitik gemacht wird. Der einstimmige Beschluß von Lake Placid bildet eine gute Grundlage dafür, daß auch in unserem Land verstärkt der Kampf gegen die Boykottthetzer und für die Erhaltung der Olympischen Spiele geführt werden kann. „Der Sport muß sich jetzt wehren!“ Diese Aufforderung von Thomas Keller, dem Präsidenten der internationalen Sportfachverbände, haben wir vor zwei Wochen angeführt. Jetzt — nach dem Beschluß des IOC — steht mehr noch als zuvor die Aufgabe auf der Tagesordnung, daß alle Sportler und Olympia-Freunde sich gegen den Druck aus Bonn zusammenschließen und gemeinsam mit ihren Organisationen fordern:

Die Sommerspiele in Moskau müssen stattfinden — unter der Teilnahme der Sportler aus Westdeutschland!

Wir, Mobutu und Pinochet, Präsidenten von Zaire und von Chile, boykottieren die Olympischen Spiele in Moskau...

... im Namen der Menschenrechte!



Die Drohungen von Onek zeigen zudem, daß Washington seinen Schlag auch direkt gegen die internationale Sportbewegung führen will. Es ist ja sicher kein Zufall, daß Carter ausgerechnet am Tag der Eröffnung der Winterspiele seinen berühmten Ledernacken den Marschbefehl für den Einsatz am Persischen Golf gab.

Die amerikanische Supermacht treibt die allgemeine Mobilisierung für einen neuen

den Kram, in denen ja — trotz aller Mängel — doch ein völkerverbindender Charakter zum Ausdruck kommt.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß Carter und seine Leute nicht im Traum daran denken, den einstimmigen Spruch des IOC anzuerkennen. Sie haben vielmehr mit neuen Drohungen geantwortet. So ist jetzt schon die Durchführung einer Gegenolympiade angekündigt worden. Und damit

Der Boß wird sich zu Hause sicher nicht nur einmal die Haare gerauft haben. Und erst, als er wieder auf amerikanischen



„Bin neugierig, wen er als nächsten losschickt!“

Washington und die Olympischen Spiele

Der Kriegstreiber und Baptistenprediger Carter macht wieder einmal in Menschenrechten. Es sei für ihn unerträglich, die amerikanische Olympia-Mannschaft nach Moskau fahren zu sehen, während die Sowjetunion in einen Krieg gegen das afghanische Volk verstrickt ist. Und all die kleinen Carters im „freien Westen“ plappern es ihm nach und geben sich ebenfalls höchst entrüstet. Da ist doch in aller Bescheidenheit die Frage erlaubt: Was ist denn mit den Spielen in Lake Placid? Was war mit Denver und Squaw Valley? Hier eine kleine Gedächtnishilfe:



1958. Squaw Valley, ein amerikanischer Winterkurort bereitet sich auf die Olympischen Spiele vor. Am anderen Ende der Welt, im Libanon, landen derweil Einheiten der berühmten Ledernacken, um die fortschrittlichen Kräfte des Landes niederzuschlagen.



1970. Der amerikanischen Stadt Denver wird die Austragung der Winterspiele zugesprochen. In Vietnam ist die Armee dieses Landes dabei, den Unabhängigkeitswillen eines kleinen Volkes im Blut zu ersticken.



1974. Lake Placid bekommt den Zuschlag für die Austragung der diesjährigen Winterspiele. Die Pentagon-Generäle weiten ihren barbarischen Feldzug auf Kambodscha aus.



1980. In Lake Placid beginnt die Olympiade. Am gleichen Tag werden die Ledernacken wieder in Marsch gesetzt. Einsatzziel: der Persische Golf. (Unser Bild zeigt junge Amerikaner, die gegen die Kriegsvorbereitungen der Carter-Regierung demonstrieren.)

Die Mission des Muhammed Ali

Noch eine Schlappe für Carter

Die Chefplaner im Weißen Haus haben den Plan wohl für eine ganz ausgekochte Idee gehalten. Da steckte ihr Boß Carter ziemlich böse in der Patzsch. Hatte er doch wochenlang für seinen Boykott getrommelt und doch nur die allergeringsten Freunde für den Feldzug gegen die Olympiade gewinnen können. Eine nicht sehr feine Gesellschaft allerdings: General Pinochet und einige andere Herren seines Kalibers. Und man wollte den Feldzug doch unter dem Banner der Menschenrechte führen!

In dieser vertrackten Situation muß dann wohl jemand auf den Gedanken gekommen sein, man sollte es doch einmal in Afrika versuchen. Und der Sendbote war auch schnell gefunden: Muhammed Ali. Es ist zwar noch nicht lange her, da hatte man eben diesen Ali ins Gefängnis geworfen, weil er nicht für die Verwirklichung der Menschenrechte der Wallstreet-Bosse nach Vietnam ziehen wollte. Aber über diesen dunklen Punkt in seiner Vergangen-

heit gingen die Planer im Weißen Haus großzügig hinweg.

Immerhin verfügte ja Ali über die wichtigste Voraussetzung für einen solchen Auftrag — eine schwarze Haut nämlich. Und hinter dieser schwarzen Haut — so dachte man sich das aus — ließen sich die eigenen Absichten wohl erfolgreich verbergen. Also wurde Ali losgeschickt, der Boß persönlich setzte ihn per Telefonanruf in Trab. Und auch Ali selbst mußte wohl jenen dunklen Punkt in seiner Vergangenheit vergessen haben, so eifrig machte er in Afrika Stimmung für seinen Präsidenten.

Aber dann stellte man ihm Fragen. Warum denn die USA nicht den Sportboykott gegen die südafrikanischen Rassisten unterstützt hätten? Warum amerikanische Konzerne die Schwarzen in Südafrika ausbeuten würden? Ali staunte. Davon habe er ja gar nichts gewußt. Und statt sich um seinen Auftrag zu kümmern, versprach er sofort, er würde Millionen Schwarze in den USA zum Boykott gegen diese Kon-

zerne mobilisieren. Ali vergaß auch, warum gerade er nach Afrika geschickt wurde — eben wegen seiner schwarzen Haut. Stattdessen erzählte er jedem, der es hören wollte, die Schwarzen in den USA wären ein Volk ohne Stimme in der Politik.

Der Boß wird sich zu Hause sicher nicht nur einmal die Haare gerauft haben. Und erst, als er wieder auf amerikanischen

Boden stand, entsann sich Ali seiner patriotischen Tugenden. Den wartenden Reportern erklärte er: „Man kann (in Afrika) nicht fernsehen, das Wasser läuft nicht richtig, die Toilettenspülung funktioniert nicht, die Straßen, die Autos — die versuchen es richtig zu machen, aber es gibt nichts Größeres als Amerika.“ Gut gemeint, Ali, aber das nützt Mr. Carter nun auch nichts mehr.

Peru unter der Diktatur des Imperialismus und der Bourgeoisie

Der „linke“ Mantel der Militärjunta ist reine Demagogie

Als im Oktober 1968 in Peru eine Gruppe von Offizieren unter der Führung des Generals Velasco Alvarado putschte, war überall zu lesen, dies wäre der „erste linke Militärputsch der Geschichte Lateinamerikas“. Diese Propaganda wird bis heute, vor allem auch aus Moskau, fortgesetzt. Daran änderte sich noch nicht einmal dann etwas, als vor fast fünf Jahren Alvarado seinerseits von General Morales Bermudez abgelöst wurde.

In der Bundesrepublik werden zahlreiche Bücher verbreitet, die sich mit der „Revolutionierung des Erziehungswesens“, der „Agrarreform“ und der internationalen Kartellpolitik der peruanischen Regierung befassen und den Eindruck erwecken, dort würden zumindest eine Reihe sozialer und kultureller Reformen durchgeführt, die der werktätigen Bevölkerung nutzen. Wie verhält es sich damit?

Die Erneuerung des Erziehungswesens hat nie stattgefunden. Nach wie vor ist die Schul- und Kulturpolitik der Militärjunta davon geprägt, daß sie die Linie der „Hispanisierung“ der großen Mehrheit der indigenen Bevölkerung betreibt, daß die kleine kreolische Minderheit, aus der auch die einheimische Bourgeoisie stammt, alle Privilegien besitzt. Ketschua und Aymara, die zwei wichtigsten indianischen Sprachen, die von der Mehrheit der Einwohner ge-

sprochen werden, gelten nach wie vor, auch in dem neuen Verfassungsentwurf, nicht als offizielle Sprachen.

Ebenso ist die viel gerühmte Agrarreform reine Demagogie. 10 Millionen Hektar Land wurden den Großgrundbesitzern abgenommen. 3 Millionen davon holten sich diese sofort wieder zurück, entsprechend einer Regelung, die es ihnen erlaubte, ihren Besitz innerhalb ihrer Familie bzw. Sippe aufzuteilen. Weitere rund 1,5 Millionen Hektar kamen, trotz Versprechungen, überhaupt nie zur Verteilung. Jenen Großgrundbesitzern, denen tatsächlich Land abgenommen wurde, wurde das Land abgekauft, unter der Bedingung, daß sie sich bereit erklärten, das vom Staat erhaltene Geld in einem Industrieunternehmen zu investieren. 28 Prozent der bäuerlichen Familien bekamen durch die „Agrarreform“ Land zugesprochen, insgesamt rund zwölf Prozent des verteilten Bodens, wobei etwa zwei Prozent an private Bauern gingen, und die anderen zehn Prozent an die Dorfgemeinschaften der indianischen Bauern, denen einst die Hazienderos das Land abgenommen hatten. Die restlichen 88 Prozent gingen an die staatlichen Kooperativen, die von Offizieren, ehemaligen Großgrundbesitzern und deren früheren Verwaltern geleitet werden. Das erhaltene Land mußten die Bauern bezahlen, so

daß sie gegenüber dem Staat eine wachsende Agrarschuld haben.

Die peruanische Militärregierung trat den internationalen Erzeugerkartellen von Kupfer, dem Hauptbergbauprodukt des Landes, Quecksilber, Eisenerz und Wolfram bei, was aber keineswegs zu einem unabhängigen Kurs führte.

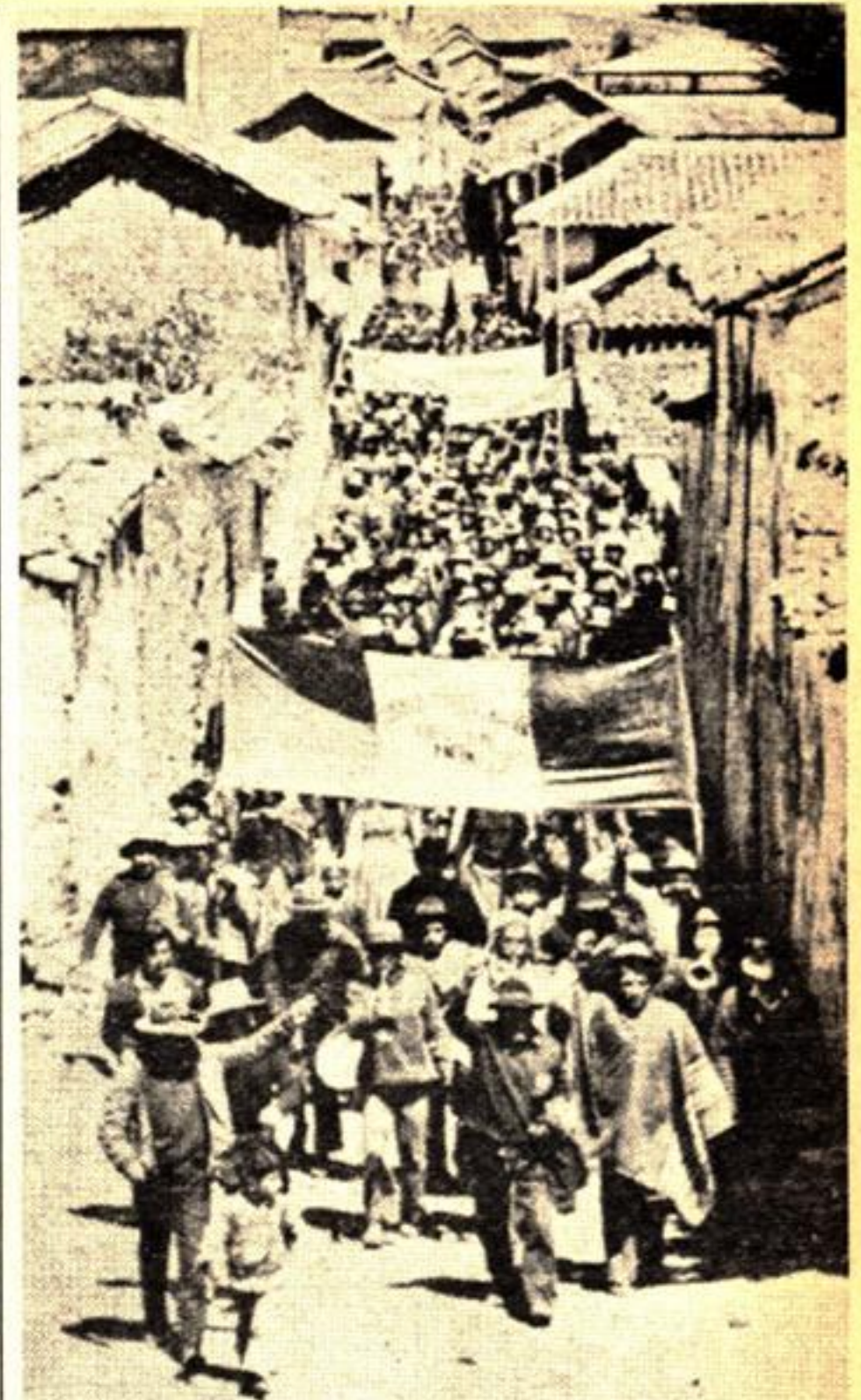
So werden rund 94 Prozent der in den Minen benutzten Technologie importiert, und es bestehen rund 60 Verträge, die die Nutzung dieser Technologie bestimmen und beschränken, die es vor allem der peruanischen Industrie verbieten, sie bei der Herstellung von Exportwaren zu benutzen. Die ebenfalls verstaatlichte Erdölindustrie, die wachsende Bedeutung besitzt, da in den Selvas enorme Vorkommen lagern, ist ebenfalls durch verschiedene Mittel an den US-Imperialismus gebunden. Durch Verträge über Technologie, elektronische Datenverarbeitung usw. und durch die Bereitstellung von Spezialisten verfügt die amerikanische Rockefeller/Morgan-Finanz-

gruppe nach wie vor über einen bedeutenden Einfluß auf die Erdölindustrie (und auch den Bergbau). Kurz nach der Verstaatlichung des Erdöls hielt sich eine Delegation der Occidental Petroleum im Jahre 1975 längere Zeit im Lande auf und plante gemeinsam mit einer Tokioter Bank, die 200 Millio-

nen US-Dollar investierte, den Aufbau von Pipelines und einer Raffinerie.

Auch über zahlreiche andere Fäden ist der US-Imperialismus die dominierende Kraft im Lande, das sich in einem halbkolonialen Zustand befindet. Eine wachsende Verschuldung, vor allem an die Export-Import Bank der USA, ist dabei ein wesentlicher Faktor. Das „Instituto de Estudios Peruanos“, das als wissenschaftliches Gremium die gesamte sogenannte Landreform organisierte, wurde nicht nur von der Rockefeller Foundation gegründet und finanziert, sondern auch zwei Drittel des Personals werden von dieser finanzkapitalistischen Organisation berufen.

Diese Situation hat nach anfänglichen großen Hoffnungen den wachsenden Widerstand der Völker Perus hervorgerufen. Anfang 1980 sind in den peruanischen Hochebenen der Andenkordillieren rund 1 Million Hektar Land von kleinen Bauern und Landarbeitern besetzt worden, die so ihre Forderung nach einer wahren Landreform durchsetzen wollen. Seit 1975 wurden in den Minen Perus wieder eine wachsende Zahl von Streiks durchgeführt. 1979 war das bislang streikreichste Jahr. Angesichts der Inflation, die 1979 mehr als 60 Prozent betrug, kämpften die Arbeiter für Lohnerhöhungen. Die „neue“ Regierung Mo-



Landbesetzung in Anta (Cusco) im Dezember 1977. Die Bauern fordern: „Für Land, nationale Befreiung, Volksdemokratie und Sozialismus!“

rales Bermudez hatte bereits im Juli 1976 das Streikrecht aufgehoben, konnte aber trotz Militärgewalt die Entwicklung der Kämpfe nicht aufhalten. Deshalb wird jetzt das Manöver mit der Rückgabe der politischen

Macht an die politischen Parteien durchgeführt, wofür am 20. Mai 1980 Wahlen angesetzt sind. Dazu wurde auch eine konstituierende Versammlung gewählt, die eine neue „zivilisierte“ Verfassung schaffen soll.

Die Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien

Mit der FEDEP für ein demokratisches, unabhängiges Peru

Die Peruanische Kommunistische Partei (ML) verbreitert ihren Masseneinfluß

Die politische Situation in Peru ist bemerkenswert, weil es nur eine einzige Partei im Lande gibt, die die herrschende Militärjunta des Generals Bermudez als eine faschistische Camarilla bekämpft. Alle anderen, einschließlich der revisionistischen und der trotzkistischen Parteien, beurteilen sie als fortschrittlich, reformistisch, eben: positiv. Die Peruanische Kommunisti-

Nachdem die Partei in einem langen Kampf auch die Einflüsse jener Kräfte zurückgeschlagen hatte, die Anhänger der „Theorie der drei Welten“, des Maoismus, waren, ging sie daran, in breitem Maßstab die Massen zu organisieren. Alle Revisionisten, seien es in den sechziger Jahren die chruschtschowistischen oder in den siebziger Jahren die maoistischen gewesen, hatten versucht, das Programm der PKP (M-L) zu verändern, in dem Peru als ein halbkoloniales Land bezeichnet wird, wo der US-Imperialismus herrscht und die einheimische Bourgeoisie mit ihm zusammenarbeitet, von ihm abhängt. Sie hatten behauptet, daß Peru eine echte Kolonie sei, ohne eigene Bourgeoisie, und so wollten sie den Weg frei machen für die Zusammenarbeit mit den peruanischen Kapitalisten.

Die Partei leistete und leistet eine umfangreiche Arbeit und kämpft an verschiedenen Fronten, um den Zusammenschluß der Werktätigen im Kampf gegen die Militärjunta, die Kapitalisten und die US-Imperialisten voranzutreiben.

Dabei haben die peruanischen Kommunisten insbesondere in der Bauernbewegung einen großen Einfluß. Die in den 50er Jahren entstandenen ländlichen Gewerkschaften und Vereinigungen sowie die alten Dorfgemeinschaften waren nach dem 68er Putsch von den anderen Parteien im Stich gelassen worden, und die Junta schlug

die Linie ein, sie wirtschaftlich auszuhungern. Allein die peruanischen Kommunisten setzten den Kampf um eine echte Landreform fort und erreichten die Führung in der „Confederacion Campesina de Peru“, der legitimen Vereinigung der peruanischen Landbevölkerung. Sie standen an der Spitze der Bewegung zur Landbesetzung und des Boykotts der Schuldenrückzahlung an den Staat.

Bei der nationalen Konferenz der „Föderation der Minen- und Metallarbeiter Perus“ im Juli 1979 wurde beschlossen, einen Streik in nationalem Maßstab für die Wiedereinstellung aller entlassenen Minenarbeiter und die Freilassung aller gefangenen Gewerkschaftsaktivisten durchzuführen. Ein Beschluß, an dessen Zustandekommen die peruanischen Kommunisten maßgeblich beteiligt waren und dessen Durchführung den Kampf des peruanischen Proletariats gegen den Staat der Junta entscheidend voranbringen wird. Die peruanischen Kommunisten arbeiten in den vier offiziell zugelassenen Gewerkschaftsverbänden mit dem Ziel, aus der größten Gewerkschaft, der „Confederacion General del Trabajo de Peru“ die Einheitsgewerkschaft des Proletariats zu machen. Die PKP (M-L) ist auch die einzige Partei im Lande, die den Aufbau einer Interessen- und Kampforganisation der peruanischen werktätigen Frauen mit allen Kräften unterstützt, der „Volksfront der

Frauen“.

Angesichts der Veränderungen im Lande, die sich äußerlich zunächst im Regierungswechsel von 1975 zeigten, um in der Zeit danach in immer breitere Kämpfe überzugehen, beschloß die Peruanische Kommunistische Partei (M-L), mit allen Kräften dafür zu arbeiten und zu kämpfen, die verschiedenen demokratischen, revolutionären und gewerkschaftlichen Organisationen, die den Kampf gegen das Regime führen, zusammenzuschließen.

So entstand die Frente Democrático Peruano (FEDEP), als Volksfront des Kampfes gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus. Der FEDEP schlossen sich zahlreiche Organisationen und auch zahlreiche einzelne Persönlichkeiten des demokratischen Lebens an.

Die FEDEP ist die breite Organisation der peruanischen Werktätigen, die als Ziel hat, die unmittelbaren und mittelbaren Forderungen des Volkes zu erkämpfen und den Kampf auf den Weg der Volksrevolution zu leiten.

Entsprechend der flexiblen Taktik der PKP (M-L) arbeiten die Kommunisten darauf hin, daß die FEDEP bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung für eine neue Verfassung in einer Linksunion mit anderen Gruppierungen kandidierte. Diese Linksunion erreichte eine beträchtliche Stimmenzahl und elf Abgeordnete in

der Versammlung, von denen vier der FEDEP angehören. Unter ihnen auch Genosse Saturnino Paredes Macedo, ZK-Mitglied der PKP (M-L), Vorsitzender der „Confederacion Campesina de Peru“.

Die Abgeordneten der FEDEP in der Konstituierenden Versammlung verbreitern die Basis des Kampfes für demokratische Rechte, den die FEDEP im ganzen Lande organisiert. So ist die FEDEP die einzige Organisation, die dafür kämpft, allen Bürgern Perus, auch den Analphabeten, das Wahlrecht zuzugestehen. Die FEDEP-Abgeordneten brachten auch einen Antrag ein, die indianische Ketschua-Sprache und andere indianische Sprachen als vollwertige Sprachen zu betrachten, gegen die rassistische Diskriminierung der indianischen Bevölkerung durch die spanische Staatssprache, die noch nicht einmal von der Hälfte der Bevölkerung gesprochen wird, aber Amts- und Schulsprache ist.

In Anbetracht der komplizierten Situation, die durch die zahlreichen Kämpfe für die herrschende Klasse und den US-Imperialismus entstanden ist, versuchen die Reaktionäre verschiedene Manöver, um bei den jetzt anstehenden Wahlen einen ihnen genehmen Wahlausgang zu sichern.

Die Militärjunta führt organisatorische Absprachen mit der APRA durch, der früher größten Partei im Lande, deren Be-

gründer Haya de la Torre sich als wahren Marxisten bezeichnete und für die „unerläßliche“ kapitalistische Entwicklung Perus in Zusammenarbeit mit den USA eintrat. Diese Partei, die vor allem sozialdemokratische Züge trägt, hat die Mittelschichten, das Kleinbürgertum als Anhänger. Aber auch ausgesprochene Vertreter der herrschenden Oligarchie sind stark vertreten. Darüber hinaus ist sie die einzige Partei, die wirklich organisiert ist und deren Sicherheitsdienst auf Versammlungen der eigenen aber auch anderer Parteien mit brutaler Gewalt gegen jede Opposition vorgeht. Die traditionelle Partei der herrschenden Klasse, die Partido Popular, ist bei diesen Gesprächen anwesend, besitzt aber relativ wenig Einfluß im Volk.

Um den Kampf des Volkes zu bremsen, haben die verschiedenen opportunistischen Führer unterschiedlicher politischer Gruppierungen im Auftrag der Oligarchie eine breite Spaltertätigkeit entfaltet. Während Trotzkisten und Maoisten die Wiederholung der Linksunion sabotieren und vor allem gegen die FEDEP kämpfen, sind die prosozialistischen Revisionisten darangegangen, die Organisationen der Landbevölkerung zu spalten, neue Organisationen zu schaffen.

Gegen alle diese Maßnahmen führt die PKP (M-L) und mit ihr die FEDEP einen entschlossenen und tiefgehenden Kampf für die Volkseinheit, ge-

gen die Diktatur. So wird die FEDEP mit einem breiten revolutionär-demokratischen Programm zu den Maiwahlen antreten, in denen neben Forderungen gegen die Inflation und die Arbeitslosigkeit, vor allem auch die nach einer wirklichen Landreform, nach Gleichberechtigung der indianischen Bevölkerung und nach Auflösung der „Sinamas“ enthalten sind.

„Sinamas“ ist jenes faschistische Superministerium, das nicht nur die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik des Staates und der staatlichen Betriebe verwaltet, sondern auch alle Massenorganisationen, einschließlich der Gewerkschaften, kontrolliert, eine Superzentrale der Unterdrückung und Bespitzelung.

So stehen heute in Peru die Partei der Kommunisten und die von ihr geführten breiten Organisationen der werktätigen Bevölkerung als wahrhaft revolutionäre Organisationen im Kampf gegen die Militärdiktatur und alle Versuche ihrer „zivilisierten“ Fortsetzung. Die Kommunisten und Revolutionäre genießen heute bei der Bevölkerung deshalb hohes Ansehen, weil sie von Beginn an den wahren Charakter der Junta gezeigt haben und sich ein großer Teil des Volkes allmählich von der Richtigkeit dieser Aussagen überzeugen konnte, und weil die Partei niemals den Kampf eingestellt hat und nie zum Weg der friedlichen Überwindung des Feindes riet.

Militärhilfe in Milliardenhöhe

Bonn finanziert den Faschismus in der Türkei

Izmir: Militäreinsatz gegen Arbeiter

Offener Bürgerkrieg herrscht in der westtürkischen Küstenstadt Izmir. Ende letzter Woche wurde die bislang größte Militäraktion gegen die werktätige Bevölkerung der Stadt gemeldet: 10 000 (!) Soldaten traten — unter-

stützt von Panzern, Hubschraubern und Aufklärungsflugzeugen — zum Sturm auf eine von streikenden Arbeitern besetzte Textilfabrik an.

Das reaktionäre Demirel-Regime hat den Menschen von Izmir offen den Krieg erklärt. Obwohl diese Stadt eine der wenigen in der Türkei ist, in denen noch nicht das faschistische Kriegsrecht herrscht, ist sie doch faktisch seit Beginn des Jahres vom Militär besetzt.

Den Hintergrund für die gegenwärtigen Kämpfe in Izmir bildet eine brutale Säuberungsaktion des Regimes. In der staatseigenen Textilfabrik Tiris sind mit einem Schlag 10 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt worden — weil sie als links gelten! Und von vorneherein hat das Regime seinen Gewaltapparat in Bewegung gesetzt, um jeden Widerstand der Arbeiter gegen diese Säuberung mit nackter militärischer Gewalt zu brechen.

So wurde schon in den ersten Januartagen das Gewerkschaftshaus in Izmir von der Armee gestürmt. Hundert Arbeiter wurden in die Transportwagen gezerrt und ins Gefängnis geworfen. Einige Tage später trat das Militär dann zum ersten Mal zum Sturm auf das Tiris-Werk an, wo die Arbeiter inzwischen in den Streik getreten waren. Bei diesem Überfall wurden 525 Arbeiter verhaftet. Das nächste Ziel der Armee war dann die Universität, wo sich die Studenten mit den Arbeitern solidarisiert hatten. Soldaten besetzten das gesamte Gelände und schleppten 270 Studenten weg.

Am 11. Februar weiteten sich die Kämpfe dann auf die ganze Stadt aus. Die Armee hatte das Arbeiterviertel Cigli eingekreist und wollte es besetzen. Aber die Arbeiter von Tiris, unterstützt von zehntausenden Bewohnern des Viertels, leisteten erbitterten Widerstand und lieferten den Truppen eine fünfständige Straßenschlacht. Daß sich ihr Widerstand auch mit Massenverhaftungen und Armeebajonetten nicht brechen läßt, zeigte sich beim Sturm der schwerbewaffneten Militäreinheiten auf Tiris am vergangenen Donnerstag.

Die streikenden Arbeiter des Werkes verteidigten sich hartnäckig gegen die große Übermacht der reaktionären Truppen. Und sie bekamen Unterstützung aus der ganzen Stadt. Alle Betriebe waren durch einen Generalstreik lahmgelegt worden; die Arbeiter strömten auf die Straßen, um ihren vom Militär eingekreisten Klassenbrüdern zu Hilfe zu eilen. Und auch diesmal schlossen sich die Studenten den Kämpfen an. In den wichtigsten Straßen der Stadt wurden Barrikaden errichtet, um das Militär am Vorücken zu hindern. Und wieder entwickelten sich heftige Straßenschlachten, in deren Verlauf die Werktätigen zum Teil auch bewaffneten Widerstand leisteten. Mehrere Werktätige wurden während dieser Kämpfe von der Armee ermordet; 2 000 Arbeiter wurden verhaftet und nach chilenischem Vorbild in einem Stadion eingepfercht.

Die Kämpfe von Izmir werfen ein bezeichnendes Bild auf die heutige Lage in der Türkei.



2 000 Arbeiter wurden in Izmir verhaftet und nach chilenischem Vorbild in einem Stadion zusammengepfercht.

19 Provinzen des Landes stehen jetzt schon unter Kriegsrecht — selbst die letzten demokratischen Rechte der Werktätigen sind dort aufgehoben. Zu Beginn des Jahres haben die faschistischen Generäle in aller Offenheit angekündigt, daß sie wieder — wie schon 1971 — eine Militärdiktatur errichten werden, wenn es der Regierung nicht gelingen würde, den „Terror“ im Land zu beenden. Regierungschef Demirel hat diese Aufforderung sehr gut verstanden, er weiß auch, was mit dem „Terror“ gemeint ist. Nicht etwa die Mordaktionen der „Grauen Wölfe“ und anderer faschistischer Banden. Nein — Demirel kündigte vor einigen Wochen dem „Kommunismus“ den Kampf an. Und Kommunist ist eben jeder, der sich gegen das Regime wehrt, so wie die Arbeiter von Izmir.

Der Terror des Regimes gegen die Völker der Türkei hat inzwischen solche Ausmaße angenommen, daß selbst Demirels Amtsvorgänger Ecevit die Methoden des Regimes mit denen „der grausamsten Nazi-Generäle oder Gestapo-Offiziere“ verglich. Mit Billigung Demirels — so erklärte Ecevit — würden Bürger der Türkei „getötet, verletzt und gefoltert.“

Natürlich sind diese Tatsachen auch den Herren in Bonn nicht verborgen geblieben, wenn auch die gleichgeschaltete Presse unseres Landes den Eindruck erwecken will, als sei der Klassenkampf der Werktätigen in der Türkei gegen ihre Unterdrücker nur eine Serie von Attentaten, die „Links“- wie „Rechtsextremisten“ gleichermaßen begingen. Aber obwohl in der Türkei der offene faschistische Terror wütet, obwohl das Land am Rand einer neuen Militärdiktatur steht, ist Bonn jetzt angetreten, den Gewaltapparat der faschistischen Generäle noch weiter auszurüsten.

Den Hintergrund dafür bildet das Bestreben des westlichen Militärpakts, die Türkei zu einer waffenstarken Bastion der NATO im Nahen Osten auszubauen und das Land zum Aufmarschfeld für künftige Aggressionen gegen die Völker dieser Region zu machen. Und

im Rahmen der Arbeitsteilung innerhalb des westlichen Lagers bei den gemeinsamen Kriegsvorbereitungen, hat die Bundesregierung die Aufgabe übernommen, das türkische Regime bis an die Zähne zu bewaffnen.

Einschlägige Erfahrungen liegen bereits vor. So sagte Innenminister Baum schon im vergangenen Juni seinem Amtskollegen Günes „jede mögliche Unterstützung bei der Ausbildung und Ausrüstung der Polizei“ zu. Einer Polizei also, die nach der Erklärung des sozialdemokratischen Parteiführers Ecevit „tötet, verletzt oder foltert.“ Auch die Militärhilfe ist aus Bonn schon seit 1964 ununterbrochen nach Ankara geflossen; sie wurde auch 1971 nach der Errichtung der offenen faschistischen Militärdiktatur nicht gestoppt. Bis jetzt hat sie den gewaltigen Umfang von einer Milliarde Mark angenommen, dazu kommen noch Rüstungsgüter im Wert von 500 Millionen Mark.

Und jetzt soll dieser bundesdeutsche Waffenstrom noch weiter anschwellen. Nach allem, was bislang aus Bonn bekannt wurde, wird die Waffenhilfe für die Türkei allein in diesem Jahr eine runde Milliarde Mark betragen. Geliefert wird alles, was

und für die blutige Unterdrückung des Volkes notwendig ist — vom Bomber bis zum Schützenpanzer, von Raketen bis zur Munition für Maschinengewehre.

In Bonn wird all dies mit dem schönen Wort „Türkeihilfe“ umschrieben. Das hört sich dann so an, als ginge es um eine Hilfsaktion für die in wirtschaftlicher Not lebenden Massen. Die hätten Hilfe allerdings wirklich bitter nötig. Denn Demirel und seine imperialistischen Hintermänner haben die Wirtschaft des Landes vollständig ruiniert. Fast die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung ist heute arbeitslos. Die Versorgung mit Brennstoffen ist weitgehend zusammengebrochen; dort wo es noch Heizöl gibt, ist es für die meisten Werktätigen unerschwinglich — und das bei Minustemperaturen von 30 Grad, die gegenwärtig im Osten des Landes herrschen. Darüber hinaus werden viele Gegenden des Landes nicht mehr ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden.

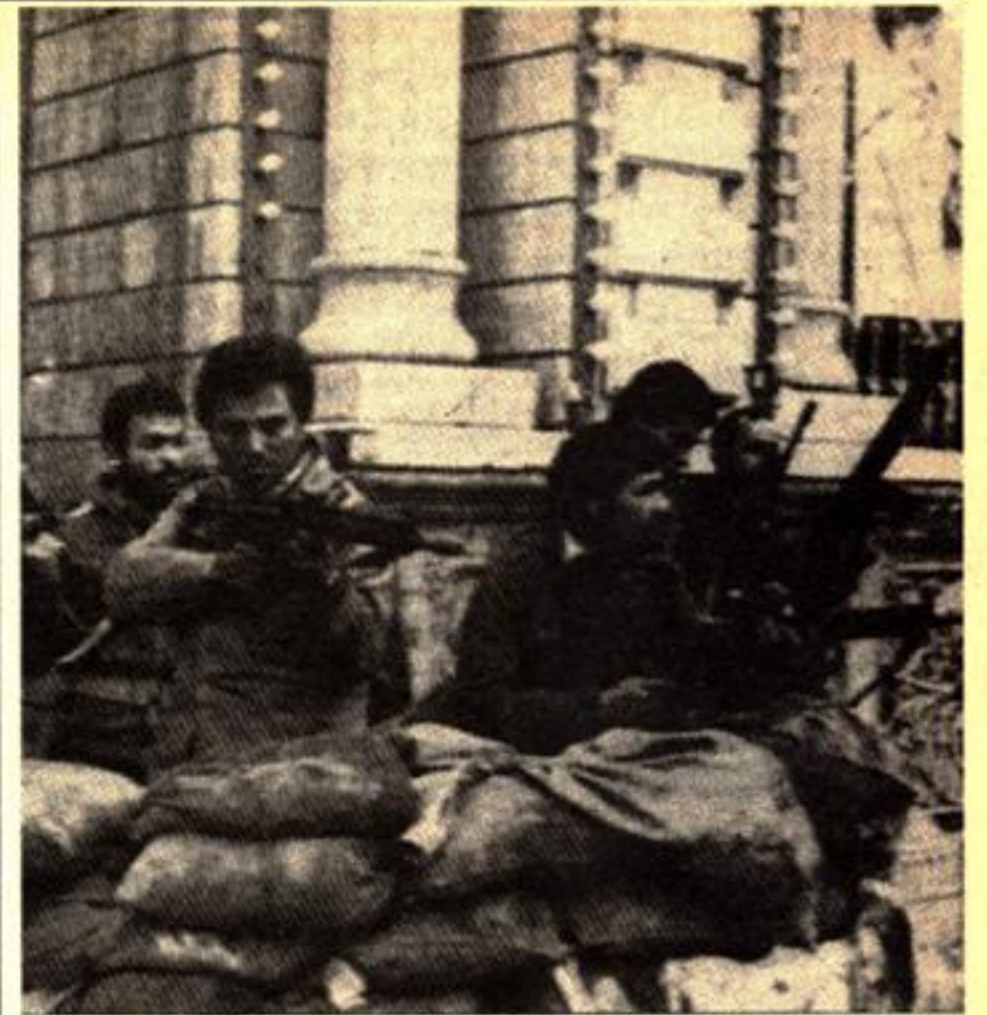
Die Menschen in der Türkei hungern und frieren — aber Bonn schickt ihnen Panzer und Raketen. Und wenn sie sich wehren, werden sie zusammengeschlagen und zusammengeschossen — mit Waffen made in Germany. Vielleicht geraten sie auch einem Folterknecht in die Hände, der seine Ausbildung und sein Diplom vom BKA bekommen hat. Solcherart ist also die Bonner „Türkeihilfe“. Und wir — die Werktätigen — sollen diese Hilfe für Aggression und Arbeitermord auch noch mit unseren Steuergeldern bezahlen. Wir werden tagtäglich zum Verzicht auf Steuererleichterungen aufgerufen, damit die Türkei zur Festung im Krieg um das Öl gemacht wird, damit Demirel die gerechten Kämpfe unserer Klassenbrüder niederschlagen kann.

Das dürfen wir nicht zulassen. Zum Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr gehört auch der Kampf für die Forderung:

Keine Militärhilfe für die türkischen Faschisten!



Zwei Opfer des faschistischen Terrors der türkischen Armee in Izmir.



Februar 1979: Barrikadenkämpfer mit Schnellfeuergewehren vor dem Parlament in Teheran.

Massenkundgebungen im Iran

Jahrestag der Revolution

In der vergangenen Woche jährte sich zum ersten Mal der Tag, an dem die Völker des Iran im revolutionären Kampf das Blutregime des Schahs gestürzt haben. Aus Anlaß des Jahrestages wurden überall im Land Kundgebungen durchgeführt, auf denen dieses historische Ereignis gefeiert wurde.

Die amerikanischen Imperialisten, die vor einem Jahr mit Reza Pahlavi eine ihrer treuesten Marionetten verloren haben, leisteten auch ihren Beitrag zum Jahrestag der Revolution:

Sie setzten Einheiten der Leder-nacken zum Persischen Golf in Marsch. Gerade diese Tatsache unterstreicht wieder einmal in aller Deutlichkeit, daß der amerikanische Imperialismus seine kriegerischen Absichten gegen den befreiten Iran keineswegs aufgegeben hat.

Die iranischen Massen wissen das sehr wohl. Ihre Kundgebungen in den letzten Wochen waren nicht nur Gedenkfeiern, sondern auch Kampfansagen an den amerikanischen Imperialismus.

US-Botschaft in Teheran

Neue Einzelheiten über Spionagetätigkeit

Die Dokumente, die in der Teheraner US-Botschaft gefunden wurden, haben längst bewiesen, daß diese Botschaft ein Zentrum der Verschwörung gegen den Iran gewesen ist. Obwohl inzwischen eine Reihe dieser Dokumente veröffentlicht worden sind, weigert sich die Bonner Presse, deren Inhalt wiederzugeben. Im folgenden bringen wir die Übersetzung eines Schreibens, das der Botschafter Laingen an den US-Außenminister Vance gerichtet hat. Das Schreiben beweist eindeutig, daß diese beiden Figuren der amerikanischen Diplomatie aktiv an der Spionagetätigkeit und den Verschwörungen gegen den Iran beteiligt waren.

Telex des Botschafters an das Außenministerium, August 1979:

„Einstufung geheim. Ich stimme der Zuweisung von Malcolm Kalp und William Daugherty, wie in der bisherigen Korrespondenz beschrieben, zu. Angesichts der sehr günstigen Möglichkeit, in dieser Mission von einer sauberen Vergangenheit in Sachen Geheimdienst auszugehen zu können, aber auch angesichts der großen Empfindlichkeit hier am Ort gegenüber jedem Hinweis auf CIA-Aktivitäten, ist es von größter Bedeutung, daß so verdeckt wie irgend möglich gearbeitet wird. Daher ist es keine Frage, daß wir diesen beiden Beamten die Titel eines zweiten und dritten Sekretärs geben müssen. Das müssen wir einfach. Ich meine, daß wir die Tätigkeit der Leute am besten dadurch tarnen, daß wir ihnen Stellen innerhalb der Botschaft zuweisen. Das paßt durchaus zum jetzigen Stellenplan. Wir sollten jedoch für die absehbare Zukunft bei der gegenwärtigen Zahl von Geheimdienststellen bleiben und so wenig Hilfskräfte wie möglich beschäftigen, jedenfalls so lange, bis wir sehen, wie die Dinge hier laufen. Wir versuchen, innerhalb der Botschaft die Geheimdienststellen so wenig wie möglich bekannt zu machen. Dieser



Versuch bezieht sich vor allem auf Daugherty, wegen des neuen Programms, von dem ich in Kenntnis gesetzt worden bin, und dessen Ergebnis sein Einsatz ist. Ich denke, ich brauche das Ministerium nicht daran zu erinnern, daß das alte und anscheinend unlösbare Problem, Geheimdienst-Beamte an der Botschaft einzusetzen, unvermeidlicherweise unsere eigenen Anstrengungen hier am Ort komplizieren und zu einem gewissen Grade schwächen wird, gleichgültig, wie viel wir dafür tun, es zu vermeiden. Laingen.“

Soweit der US-Botschafter an seinen Außenminister. Der hier erwähnte Agent Daugherty, der mit dem „neuen Programm“ beauftragt wurde, ist übrigens eine der „Geiseln“ in der besetzten Botschaft.

Wenn wir die Entwicklung unserer Partei seit dem IV. Parteitag bewerten, so sind wir in dieser Periode ein gutes Stück vorwärts gekommen. Während sich die kleinbürgerliche „Linke“, die aus der revolutionären Studentenbewegung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre stammende

Zirkelbewegung in einem Zustand zunehmender Desorganisation, Spaltung und Auflösung befindet und den Marxismus für in der Krise befindlich erklärt, festigt die Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus ihre Reihen und erhöht ihre Kampfkraft.

Schärft die Wachsamkeit, sichert die Einheit

Erklärung der Zentralen Parteikontrollkommission

Zwar gelang es der Partei noch nicht, das „Stalinaufgebot“, d.h. die Neuaufnahme proletarischer Genossen zur weiteren Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei im gewünschten Maßstab zu erreichen, so daß in der Perspektive in der gesamten Partei ein Verhältnis von acht proletarischen zu zwei intellektuellen Genossen erreicht wird. Dadurch wurde eine Verlängerung des „Stalinaufgebots“ notwendig. Doch sind die Genossen überall bemüht, die Beschlüsse des IV. Parteitages umzusetzen, so daß wir an vielen Abschnitten die ersten Erfolge sehen können.

So begann die Partei durch die aktive Unterstützung und Mitarbeit beim Aufbau der RGO wie auch bei der Schaffung von Volksfrontgruppen gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ihren Einfluß, ihre Verankerung in der Arbeiterklasse, in den werktätigen Massen zu verbessern, steigerte sie ihre eigenen Aktivitäten wie zum Roten Antikriegstag und den Veranstaltungen zum Stalinjahr. Verstärkt wird von den Genossen in den Gewerkschaften gearbeitet. Im gesamten Bundesgebiet und Westberlin wurden die Neuwahlen der Leitungen erfolgreich abgeschlossen und diese in ihrer großen Mehrheit mit proletarischen Genossen besetzt.

Die Partei wird dadurch gestärkt, daß sie sich von opportunistischen Elementen säubert

Diese Entwicklung war nur möglich infolge eines ersten ideologischen Kampfes und der damit verbundenen Trennung von opportunistischen und schwankenden Elementen. Ein Teil dieser Schwankenden verließ, nachdem durch den IV. Parteitag ihre parteifremden Ideologien zerstört wurden, von selbst die Partei. Andererseits mußte die Partei eine Überprüfung der Parteimitgliedschaft vornehmen, bei der Aufhebungen von Kandidaten- und Mitgliedschaften, aber auch einzelne Ausschlüsse erfolgten. In dieser Aktion hat die Partei sich von denen befreit, die den Boden der Prinzipien des Marxismus-Leninismus verlassen haben. Sie hat sich aber auch bis zu einem gewissen Grade von jenen getrennt, die längere Zeit hindurch passiv und gleichgültig waren und eine potentielle Reserve des Opportunismus in der Partei bildeten.

Unverkennbar haben sich die Reihen der Partei durch diese Säuberung von opportunistischen Kräften gefestigt und einige Grundeinheiten konnten nach monatelangen Debatten,

ständiger Nörgelei und sinnlosem Geschwätz endlich mit planmäßiger organisierter Arbeit beginnen.

Was waren die Ursachen für diese Entwicklung, die zu besagten Austritten, Aufhebungen von Mitgliedschaften und notwendig gewordenen Ausschlüssen fraktioneller Elemente führten?

Die Ursachen dafür sind die gleichen geblieben, wie sie der Genosse Ernst Aust bereits in seinem Referat auf dem 5. Plenum des ZK im Juli 1978 benannte und wie sie dem ultralinken Sektierertum zugrunde lagen, nämlich einmal „der früher starke, heute weniger starke, aber immer noch vorhandene Einfluß der vom Marxismus-Leninismus abweichenden Auffassungen Mao Tse-tungs auf unsere Partei.“

Die meisten jener Ultralinken, die im Laufe des vergangenen Jahres die Partei verließen, waren damals im Rausch der Ausstrahlungen der chinesischen sogenannten Kulturrevolution, unter dem Einfluß der sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen, der linken Studentenbewegung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre zur Partei gestoßen. Sie waren ideologisch wenig gefestigt und meinten in ihrem kleinbürgerlichen Revolutionarismus, es genüge, sich mit Propaganda, mit revolutionären Erklärungen und Aufrufen an die Massen zu wenden, und diese würden automatisch zur revolutionären Tat schreiten, wobei sie dann die großen Führer wären.

Da dies nicht geschah, und sie sich auch nicht ideologisch weiterentwickelten, bestätigten sich auch bei uns klar die Worte des Genossen Stalin: „Der Ultralinke tritt für die Revolution nur deshalb ein, weil er den Sieg der Revolution bereits für morgen erwartet. Es ist klar, daß er in Verzweiflung gerät und von der Revolution enttäuscht sein muß, wenn eine Verzögerung der Revolution eintritt, wenn die Revolution nicht bereits morgen siegt.“

Hinzu kam der Schock über die rapide kapitalistische, großmachthauvinistische Entwicklung Chinas, die Erkenntnis oder besser die Nichterkenntnis des anti-marxistisch-leninistischen Gehalts der Mao-Tse-tung-Ideen und ihr Unvermögen aus Fehlern zu lernen. Die meisten von ihnen wollten auch gar nicht lernen. Sie benutzten — als die Partei daranging, die ultralinken Fehler, den opportunistischen Einfluß der Mao-Tse-tung-Ideen auf die Partei, zu korrigieren und auszumerzen — die Gelegenheit, dies als Vorwand für ihren „notwendigen Austritt“ zu nehmen. Wobei man zu und nach den Austritten und Ausschlüssen ein verschiedenes Verhalten der einzelnen ehemaligen Mitglieder gegenüber der Partei feststellen kann.

Wie stehen sie heute zur Partei?

Da ist einmal die Gruppe der Ausgetretenen, die resignieren, die den Mut verloren haben oder die angesichts der zu erwartenden Verschärfung der Klassenkämpfe ganz einfach zurückstecken. Manche von ihnen sind so ehrlich, dies offen zuzugeben. Sie wiederum kann man grob in zwei Kategorien unterteilen: Da sind einmal jene, die nach einer kurzen vorübergehenden Mitarbeit als Sympathisanten, in Massenorganisationen — oder auch gleich, ohne diese Zwischenstation — ins bürgerliche Leben zurückkehren. Für sie ist ihre Mitgliedschaft in der Partei eine abgeschlossene Periode ihres Lebens. Andererseits aber äußern sie sich der Partei gegenüber auch nicht feindlich.

Da sind zum anderen jene, die sich zwar aus der Partei, aber nicht völlig zurückgezogen haben. Sie sind ebenfalls nicht zu Feinden geworden, sondern arbeiten in den demokratischen Organisationen, in der RGO, RHD oder in der Volksfront oder versuchen, die Partei auf die eine oder andere Art zu unterstützen. Dort fühlen sie sich zu Hause und können ihre Mitarbeit entsprechend entfalten. Hierzu kann man auch jene rechnen, die selbst noch nicht für eine Mitgliedschaft in der Partei reif genug waren und wo es die Partei — aus welchen Gründen auch immer — nicht verstanden hat, sie voll zu überzeugen und sie für eine Unterstützung der Politik der Partei zu gewinnen. Sie haben sich jedoch nicht von der Partei direkt entfernt, sondern sympathisieren mit ihr, haben Kontakt zu unseren Genossen, studieren unsere Materialien und sicher werden eine Reihe von ihnen eines Tages gute Genossen werden, die auch in komplizierten Situationen ihren Mann stehen. Man sollte in der jetzigen Zusammenarbeit mit ihnen keinesfalls überheblich sein und ihnen nicht ihre zeitweiligen Unklarheiten oder ihr vorübergehendes Zurückweichen vorwerfen.

Da ist zweitens die Gruppe von Opportunisten und Schwächlingen, die ihren Ausschluß bzw. Austritt damit zu rechtfertigen, zu begründen versuchen, daß sie der Partei — um ihre ultralinke Politik zu retten, um sich einen Vorwand für ihren Rückzug zu schaffen — Revisionismus und Rechtsopportunismus vorwerfen. Damit meinen sie die korrekte Ausrichtung der Partei auf ihrem IV. Parteitag: Die Zurückweisung der dem Marxismus-Leninismus widersprechenden Mao-Tse-tung-Ideen, den Kampf gegen das linke Sektierertum, und damit verbunden, die Verbesserung der Ar-

beit in den Gewerkschaften, des Aufbaus und der Arbeit in Massenorganisationen; die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei usw. usf.

In ihrer Sucht, sich für ihr opportunistisches, parteifeindliches Verhalten rechtfertigen zu müssen, suchen sie Genossen und ehemalige Bekannte auf, um sie gegen die Partei zu beeinflussen, um sie zur fraktionellen Arbeit aufzufordern. Nachdem sie damit nicht ankommen, tönen sie noch einige Zeit in revolutionären Phrasen, versuchen sich zu organisieren, zerstreuen sich aber genau so schnell, um schließlich gänzlich in der Versenkung zu verschwinden. Nur Einzelpersonen bleiben von solchen Gruppen hin und wieder übrig und versuche, Gerüchte und Verleumdungen gegen die Partei auszustreuen. Im allgemeinen ist das Verhalten dieser Leute natürlich parteifeindlich, nur muß man berücksichtigen, daß — wie uns die Erfahrung beispielsweise mit den Liquidatoren lehrte — einige von ihnen infolge mangelnder ideologischer Reife zu falschen Auffassungen gelangten, sich echt irrten. Ihnen darf man nicht — wenn sie ihre Fehler selbstkritisch einsehen und aktiv korrigieren — die Rückkehr zur Partei versperren.

Keine Schonung Verrätern und Provokateuren

Bei der letzten Gruppe können wir von aktiven Parteifeinden und Verrätern sprechen. Als sie noch der Partei angehörten, säteten sie Mißtrauen, verbreiteten bewußt resignative Stimmung und versuchten sich fraktionistisch zu betätigen, wobei sie teilweise mit außerhalb der Partei wirkenden Agenten des Klassenfeindes in Verbindung standen. Die ideologische Linie dieser hauptseitig rechtsopportunistischen Kräfte bildete sich kurz vor dem IV. Parteitag und kurz danach prägnant heraus. Unter dem Vorwand der „notwendig weiterzuführenden Diskussion“, versuchten sie die einstimmig gefaßten Beschlüsse der gewählten Leitungen, des Zentralkomitees wieder und wieder in Frage zu stellen, zu sabotieren, ihre Durchführung zu verhindern, um ihre opportunistischen Ansichten und den Keim der Spaltung in die Partei hineinzutragen. Sie mißbrauchten die Erkenntnis von Fehlern gegen die Partei, statt aus ihnen die Lehren zum Beginn seiner neuen Arbeit zu ziehen. Die richtigen Entscheidungen und Beschlüsse unseres Politbüros wurden von ihnen verschwiegen, ignoriert oder verdreht. Ihre Kritiken waren nie konstruktiv, sie waren immer gegen Personen gerichtet und hatten nicht die Verbesserung der Arbeit oder die Korrektur von

Fehlern zum Ziel. Der scharfe und intensive Kampf zwischen den gesunden Kräften der Partei und diesen opportunistischen Elementen beschleunigte ihre Entfernung.

Heute haben sich diese Leute zu aktiven Parteifeinden entwickelt. Sie versuchen Genossen der Partei von außen her zu Fraktionsbildungen zu bewegen und ihre feindlichen Papiere in der Partei zu verbreiten. Einzelne von ihnen arbeiten inzwischen für die von Franz Strobl (Österreich) geleitete bundesdeutsche Agentenorganisation „Gegen die Strömung“, diesem Gruppchen, in dem sich unter Anleitung revisionistischer Agenten sowohl wegen rechts- als auch „links“-opportunistischer Anschauungen und Fraktionsbildung ausgeschlossene und ausgetretene Elemente vereinen. Das Ziel, das sich dieses obskure revisionistische Häuflein nebst den MLPÖ- und anderen Provokateuren stellt, ist nicht etwa die praktische Heranführung der Massen an die sozialistische Revolution auf der Grundlage eines marxistisch-leninistischen Programms, sondern einzig und allein die Zerschlagung der KPD/ML, die Zersetzung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung, die Verhinderung der Festigung ihrer Einheit auf korrekter Grundlage. Dabei arbeiten sie mit den gleichen Mitteln der persönlichen Diffamierung, Fälschung, Verdrehung, Lüge und Verleumdung wie die übelsten Revisionisten, Trotzkiten und andere Agenten des Kapitalismus. Nur stehen ihre Möglichkeiten in keinem Verhältnis zu ihren Absichten.

Im Verlauf der Diskussionen, Überprüfungen und Untersuchungen hat sich ergeben, daß die Ausgeschlossenen und Ausgetretenen fast ausschließlich — bis auf ganz seltene Ausnahmen — in kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen sind. Insofern erweisen sich die Worte des Genossen Stalin erneut als wahr: „Die Quelle der Fraktionsmacherei in der Partei sind ihre opportunistischen Elemente. Das Proletariat ist keine nach außen abgeschlossene Klasse. Es erhält ständigen Zustrom durch Elemente aus dem Kleinbürgertum und der Intelligenz, die durch die Entwicklung des Kapitalismus proletariisiert wurden.“ Das hätte nichts Schlechtes sein müssen, wenn wir imstande gewesen wären, diese Menschen zu treu ergebenden Parteigenossen zu erziehen. Leider war die Partei hierzu — in erster Linie wegen der Fehler des linken Sektierertums — nicht in der Lage. Doch es besteht ebenfalls kein Zweifel daran, daß aus den Reihen dieser Schichten auch in unserer Partei hervorragende Kommunisten und Revolutionäre hervorgegangen sind.

Ständig ideologische Erziehungsarbeit leisten

Es ist die Pflicht aller Grundeinheiten und aller Parteimitglieder, die Partei von parteifeindlichen fremden Elementen zu reinigen. Wir als Mitglieder der Kommunistischen Partei müssen auch wissen, daß organisatorische Maßnahmen allein nicht ausreichen, um die marxistisch-leninistische Ideologie rein zu halten. Die organisatorischen Maßnahmen müssen einhergehen mit der ständigen ideologischen Erziehungsarbeit auf der Grundlage unseres Sta-

tuts und Programms. Im Statut hat sich unsere Partei in freiwilliger Selbstverpflichtung, unter Beachtung der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, die Regeln ihres Lebens geschaffen. Es enthält die Rechte und Pflichten der Parteimitglieder, den Parteaufbau und die Regeln der innerparteilichen Demokratie. In unserem Statut heißt es:

„Mitglied der KPD/ML zu sein, ist eine hohe Ehre und eine große Verpflichtung. Mitglied der KPD/ML kann sein, wer das Programm und das Statut der Partei anerkennt, sich den Beschlüssen der Partei bewußt unterordnet, aktiv in einer der Grundorganisationen arbeitet und regelmäßig Beiträge zahlt.“

Großen Wert müssen deshalb alle unsere Parteileitungen darauf legen, daß es gerade in der heutigen Situation notwendig ist, alle Parteimitglieder — ohne sie zu überfordern — zu einer aktiven Mitarbeit zu mobilisieren. Wenn die Partei ihrer Aufgabe, an der Spitze der Massenorganisationen zu kämpfen, gerecht werden will, so ist das nur möglich, wenn unsere gesamte Partei aktiv wird und alle Parteimitglieder im Rahmen ihrer Möglichkeiten bewußt die Linie, die Beschlüsse der Partei in die Praxis umsetzen.

Bei den Untersuchungen der Austritte und Ausschlüsse hat sich immer wieder gezeigt, daß viele Parteigenossen die Tätigkeiten und parteifeindlichen Diskussionen sowie die Nichtbeachtung von Parteibeschlüssen usw. oft recht sorglos und mit großer Duldsamkeit betrachten. Daher sei hier noch einmal erwähnt, daß es zum Prinzip des demokratischen Zentralismus gehört, daß sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet. Das heißt, daß alle Beschlüsse, welche von der Mehrheit gefaßt werden, auch von der Minderheit durchgeführt werden müssen. Würden wir nicht so handeln, wäre die Einheit unserer Partei in Frage gestellt. Sie würde dadurch, daß ein Teil sich an gefaßte Beschlüsse nicht gebunden fühlt, in ihrer Aktivität gehemmt und in ihren Reihen würde Zerfahrenheit eintreten.

Jedes Parteimitglied hat natürlich das Recht, über zu fassende Beschlüsse seine Meinung zu sagen und zu diskutieren. Sind Beschlüsse aber gefaßt, müssen sie durchgeführt werden. Das gleiche gilt für Beschlüsse, welche von übergeordneten Parteiorganen gefaßt sind. Jedes Parteimitglied muß den gewählten Parteileitungen Vertrauen entgegenbringen, muß sich bemühen, die Richtigkeit der gefaßten Beschlüsse zu erkennen und so viel Disziplin besitzen, selbst wenn es im Moment noch nicht von der Richtigkeit des Beschlusses überzeugt ist, diesen durchzuführen. Die Disziplin gilt für alle von oben bis unten. Es gibt bei der Durchführung von Parteibeschlüssen nicht zweierlei Disziplin. Alle Mitglieder unserer Partei haben die Pflicht, gleichgültig in welchen Funktionen sie sind, für die Durchführung der Parteibeschlüsse zu kämpfen. Ihre Pflicht erwächst aus ihrem aus Überzeugung erfolgten freiwilligen Beitritt zur Partei. Handeln wir nach diesen Prinzipien, bleiben Erfolge nicht aus.

Gegen den Liberalismus

Eine zweite Gefahr ist immer wieder der Liberalismus gegen-

über kleinbürgerlichen Anschauungen und Verhaltensweisen. So erfreulich es ist, daß offene und ehrliche Diskussionen unser ideologisches Leben kennzeichnen, so genau müssen wir darauf achten, daß wir in grundsätzlichen Fragen eine feste kommunistische Haltung einnehmen. Das sind in erster Linie

- die Verteidigung der inneren Struktur der Partei und der bolschewistischen Prinzipien, wie sie in unserem Statut niedergelegt sind;
- die Durchführung der Politik wie wir sie in unserem Parteiprogramm beschlossen haben.

Die Arbeit auf diesen Grundlagen festigt auch die Einheit in unseren Reihen, sie entzieht den Feinden den Boden aller unwahren Behauptungen,

In dem Artikel der ZPKK auf dieser Seite wird auch die Verlängerung des Stalin-Aufgebots angesprochen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit noch einmal auf einen Fehler hinweisen, der uns im RM 2/80 unterlaufen ist. Dort wurde die Frist für das Stalin-Aufgebot mit dem 1. Mai dieses Jahres angegeben. Richtig jedoch muß es heißen: Das Stalin-Aufgebot bis zum 1. Mai nächsten Jahres verlängert worden.

aller Gerüchte, Verleumdungen und Intrigen, die diese gegen unsere Partei offen und geheim, direkt und indirekt spinnen.

Wir haben bereits gesagt, daß die direkten Parteifeinde und auch aus der KPD/ML ausgeschlossene oder ausgetretene schwankende Menschen ihnen persönlich bekannte Parteigenossen, Freunde der Partei oder sogar ihnen im Zusammenhang mit der Partei bekanntgewordene persönlich fremde Personen anschreiben, aufsuchen oder telefonisch ansprechen mit der Absicht, sie entweder zur fraktionellen Arbeit zu gewinnen, sie zu verunsichern oder um sich zu „recht fertigen“, warum ihr Ausschuß zu unrecht erfolgt sei oder weshalb sie „austreten mußten“. Über das Lügengewebe, das sie sich zusammengezimmert ha-

ben, brauchen wir hier nicht zu sprechen. In fast allen Fällen aber hat sich erwiesen, daß die Genossen, die noch meinten, mit ihnen sachlich reden zu können, hinterher von diesen Leuten charakterlos in Klatsch, Gerede und Gerüchte verwickelt wurden.

Es ist daher nur allzu richtig, wenn die Partei immer wieder auf die Gefahren der Querverbindungen, der Cliquenbildung und Vetterwirtschaft hinweist und auf die Notwendigkeit, daß wir die Sache der Arbeiterklasse stets über Freundschaften und persönliche Beziehungen stellen müssen. Genosse Lenin sagte zum Parteiausschuß der beiden Fraktionisten Sinowjew und Kamenew: „Ich würde es als eigene Schmach ansehen, wollte ich aus Rücksicht auf meine früheren engen Beziehungen zu diesen ehemaligen Genossen schwanken, sie zu verurteilen. Ich sage offen, daß ich beide nicht mehr als Genossen betrachte und mit aller Kraft sowohl im ZK als auch auf dem Parteitag für den Ausschluß der beiden aus der Partei kämpfen werde.“ (Bd. 26, S. 204 — 215)

Durch die Entfernung der klassenfremden Elemente hat sich die Einheit unserer Partei gefestigt, und die Aktivität der Partei wurde gehoben. Dieses positive Ergebnis muß uns lehren, ideologische Schwächen nicht sorglos zu betrachten, sondern sie mutiger aufzuzeigen, um die Quellen des Opportunismus rechtzeitig zu erkennen. Deshalb muß unsere gesamte Kraft auf die Erfüllung der aktuellen Kampfaufgaben gerichtet sein. Der praktische politische Kampf selbst stellt das beste Mittel zur ideologischen Festigung und Erhöhung der revolutionären Wachsamkeit dar. Wir sind die Partei der deutschen Revolution und das legt uns der Arbeiterklasse gegenüber diese Pflicht auf.

Zentrale
Parteikontrollkommission

PS

Um Fraktionen und ihre Tätigkeit in ihren Erscheinungsformen tiefer zu erkennen, empfehlen wir allen Genossen das erneute Studium des Artikels „Fraktionen und Fraktionstätigkeit“, TO Nr. 3/1978.

Die Aufgaben der ZPKK

Die Zentrale Parteikontrollkommission kämpft für die Erziehung der Partei zur revolutionären Wachsamkeit gegen jede fraktionistische Tätigkeit und feindliche Einflüsse. Sie kontrolliert die Politik der Partei und schlägt den Leitungsorganen Maßnahmen vor gegen alle Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der Linie der Partei sowie zur Behebung von Mißständen im Parteiapparat und auf allen Ebenen der Partei. Sie nimmt die Aufgabe der zentralen Revision wahr und hat das Recht, die Geschäftsführung und das Finanzgebahren aller Parteileitungen und Parteieinrichtungen zu kontrollieren.

(Aus dem Statut der KPD/ML)

„Der Weg der Partei“ 6 / 79 erschienen

Das jetzt erschienene Heft des theoretischen Organs unserer Partei enthält zwei Beiträge.

Der erste, „Von Stalin lernen, heißt siegen lernen“, ist eine Rede, die Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML aus Anlaß des hundertsten Geburtstags J.W. Stalins hielt. Es wird eine Würdigung des Werks und der Verdienste dieses großen Führers der internationalen Arbeiterklasse vorgenommen. Den weitaus größten Teil der Rede Ernst Austs jedoch macht eine grundlegende Analyse der Beziehungen Stalins zur deutschen

Arbeiterbewegung aus. Für viele Leser wird es überraschend sein, wie intensiv sich Stalin mit dem Klassenkampf in unserem Land beschäftigt hat, wie vielfältig und für die Arbeit der Kommunisten außerordentlich fruchtbar seine Anregungen waren. Genosse Aust untersucht, indem er die Bedeutung Stalins für die deutsche Arbeiterbewegung herausarbeitet, auch die Politik der KPD in den verschiedenen Perioden ihres Kampfes. Allerdings geschieht das nicht im historisch betrachtenden Sinne, sondern immer im Blick auf die heutigen Auf-

gaben des Klassenkampfes. So können einige Lehren gezogen werden, die von großer Bedeutung für die Arbeit jedes Kommunisten sind.

Der zweite Beitrag, 700 Jahre Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, beschäftigt sich mit einem wenig bekannten Abschnitt der deutschen Geschichte: dem über hundert Jahre geführten Befreiungskampf der Bauern im Hauensteiner Land (Hotzenwald).

„Der Weg der Partei“ 6/79 Einzelpreis 3,— Mark

Zu beziehen über den Verlag Roter Morgen

Am 22. Februar jährt sich zum 140. Mal der Geburtstag August Bebels, des großen und unvergessenen deutschen Arbeiterführers. Über Jahrzehnte hinweg stand er — ein gelernter Drechsler — an der Spitze der revolutionären Sozialdemokratie in unserem Land. Ihm kommt nicht nur ein großes Verdienst für die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands auf den Grundlagen des Marxismus zu. Er hat auch stets für ihre Entwicklung zu einer wahren proletarischen Massenpartei und für ihre Reinhaltung vom Opportunismus gekämpft.

August Bebel war nicht nur ungemein beliebt bei seiner Klasse und bei seinem Volk. Auch die Klassiker des Marxismus haben stets mit großer Hochachtung von ihm gesprochen und in ihm das Vorbild des proletarischen Kämpfers gesehen. Im folgenden veröffentlichen wir auszugsweise einen Aufsatz von J.W. Stalin, der am 23. März 1910 aus Anlaß des 70. Geburtstags von Bebel geschrieben wurde. Der Auszug beschäftigt sich mit der revolutionären Tätigkeit August Bebels nach der Gründung der Partei.

J.W. Stalin

August Bebel, der Führer der deutschen Arbeiter

Von da ab verschmilzt das Leben Bebels mit dem der Partei, seine Leiden und Freuden werden eins mit denen der Partei. Bebel selbst wird zum Liebling der deutschen Arbeiter, die er begeistert; denn, Genossen, man kann nicht umhin, einen Mann zu lieben, der soviel dafür getan hat, die Arbeiter auf ihre eigenen Füße zu stellen, sie von der Vormundschaft der liberalen Bourgeoisie frei zu machen und ihnen eine eigene Arbeiterpartei zu geben.

Das Jahr 1870 brachte für die junge Partei die erste Prüfung. Es begann der Krieg mit Frankreich, die deutsche Regierung forderte vom Reichstag, dessen Mitglied auch Bebel war, Gelder für den Krieg, es galt, sich ausdrücklich für oder gegen den Krieg auszusprechen. Bebel begreift natürlich, daß der Krieg nur für die Feinde des Proletariats von Vorteil ist, indessen werden alle Schichten der deutschen Gesellschaft, von Bourgeois bis zu den Arbeitern, von einer falschen patriotischen Begeisterung erfaßt, und die Verweigerung der Geldmittel für die Regierung wird als Vaterlandsverrat bezeichnet. Doch ohne Rücksicht auf die „patriotischen“ Vorurteile, ohne Furcht, gegen den Strom zu schwimmen, erklärt Bebel von der Parlamentartribüne aus mit lauter Stimme: „Als Sozialist und Republikaner bin ich nicht für den Krieg, sondern für den Bruderkrieg der Völker, nicht für die Feindschaft gegen die französischen Arbeiter, sondern für die Vereinigung unserer deutschen Arbeiter mit ihnen.“ Vorwürfe, Spott, Verachtung — das war die Antwort sogar von Seiten der Arbeiter auf das mutige Auftreten Bebels. Doch Bebel, den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus getreu, läßt nicht einen Augenblick lang das Banner bis zu den irrigen Auffassungen seiner Klassenbrüder sinken — im Gegenteil, auf jede Art und Weise bemüht er sich, sie zu der klaren Erkenntnis zu bringen, wie verwerflich der Krieg ist. In der Folgezeit sahen

die Arbeiter ihren Fehler ein und liebten ihren standhaften, starken Bebel um so mehr. Die Regierung hingegen belohnte ihn mit zwei Jahren Festung, wo er aber nicht müßig dasaß, sondern das berühmte Buch „Die Frau und der Sozialismus“ schrieb.

Am Ende der siebziger und in den achtziger Jahren wird die Partei vor neue Prüfungen gestellt. Alarmiert durch das Anwachsen der Sozialdemokratie, erläßt die deutsche Regierung „Ausnahmegesetze gegen die Sozialisten“, löst die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auf, unterdrückt alle sozialdemokratischen Zeitungen ohne Ausnahme, hebt die Freiheit der Versammlungen und Vereine auf und zwingt die gestern noch legale sozialdemokratische Partei in die Illegalität. Mit all diesen Maßnahmen wollte die Regierung die Sozialdemokratie zu erfolglosen, verderblichen Handlungen provo-



Bebel (rechts) mit seiner Frau Julie (5. v. l.), Friedrich Engels (4. v. l.), Clara Zetkin (3. v. l.), seiner Tochter und deren Mann im September 1893

zieren, sie demoralisieren und zugrunde richten. Besondere Standhaftigkeit und beispiellose Voraussicht waren notwendig, um nicht den Kopf zu verlieren, um zur rechten Zeit die Taktik zu ändern und sich richtig den neuen Verhältnissen anzupassen. Viele Sozialdemokraten gaben den Provokationen nach und verfielen in Anarchismus. Andere verflachten völlig und sanken bis zu den Liberalen herab. Bebel jedoch stand unentwegt auf dem Posten, munterte die einen auf, maßigte den unklugen Feuereifer der anderen, entlarvte die Phrasendrescherei der dritten und steuerte die Partei geschickt auf dem richtigen Weg immer vorwärts, nur vorwärts. Zehn Jahre später mußte die Regierung der wachsenden Kraft der Arbeiterbewegung nachgeben und die „Ausnahmegesetze“ aufheben. Die Linie Bebels hatte sich als die einzig richtige erwiesen.

Das Ende der neunziger Jahre und die ersten Jahre nach der Jahrhundertwende brachten der Partei eine weitere

Prüfung. Aufgemuntert durch den industriellen Aufschwung und die verhältnismäßig leichten wirtschaftlichen Siege, begannen die gemäßigten Elemente in der Sozialdemokratie die Notwendigkeit des unversöhnlichen Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution zu verneinen. Man brauche keine Unversöhnlichkeit, man brauche keine Revolution, meinten sie, man brauche eine Zusammenarbeit der Klassen, wir brauchen eine Verständigung mit der Bourgeoisie und der Regierung, um gemeinsam mit ihnen die bestehende Ordnung auszubessern — laßt uns deshalb für das Budget der bürgerlichen Regierung stimmen und uns an der bestehenden bürgerlichen Regierung beteiligen. Damit untergruben die Gemäßigten die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus, die revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie. Bebel sah die ganze Gefahr der Lage und erklärte, zusammen mit anderen

stockten Junker geißelt, den Liberalen die Maske vom Gesicht reißt und die „Reichsregierung“ anprangert, seine langjährige Tätigkeit in den Gewerkschaften — alles dies spricht dafür, daß Bebel, als treuer Hüter der Interessen des Proletariats, überall da auf dem Plan erschien, wo der Kampf am heißesten, wo seine stürmische proletarische Energie am notwendigsten waren.

Dafür eben wird Bebel von den deutschen und internationalen Sozialisten so geschätzt.

Natürlich beging Bebel auch Fehler — wer begeht keine (nur die Toten machen keine Fehler) —, aber all die kleinen Fehler verblassen im Vergleich zu den gewaltigen Verdiensten um die Partei, die gegenwärtig, nach 42jähriger Führung durch Bebel, mehr als 600 000 Mitglieder zählt, über ungefähr 2 Millionen gewerkschaftliche organisierte Arbeiter verfügt, das Vertrauen von 3 bis 4 Millionen Wählern genießt, mit einer Handbewegung in Preußen hunderttausendköpfige Demonstrationen auf die Beine bringt.

Und es ist bezeichnend, daß die Tage der Jubiläumsfeier Bebels mit den Tagen zusammenfielen, an denen die Macht der deutschen Sozialdemokratie am stärksten zum Ausdruck kam, mit den Tagen der beispiellos organisierten Massendemonstrationen für das allgemeine Wahlrecht in Preußen.

Bebel kann mit Fug und Recht sagen, daß er nicht vergebens gearbeitet hat.

So sieht das Leben, so sieht das Wirken des alten, ja sehr alten, aber seelisch noch äußerst jungen Bebels aus, der nach wie vor auf seinem Posten steht und auf neue Schlachten und neue Siege wartet.

Nur das kämpfende Proletariat konnte einen Bebel gebären, so lebendig, ewig jung, ständig vorwärtsblickend, wie es auch selbst ist.

Nur die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus konnte der rastlosen Natur Bebels, der unermüdlich zur Zerstörung der alten, verfaulenden, kapitalistischen Welt drängt, diesen weiten Schwung verleihen.

Bebel zeugt mit seinem Leben und seinem Werk von der Kraft und der Unbesiegbarkeit des Proletariats, von der Unvermeidlichkeit des Triumphs des Sozialismus...

Laßt uns denn, Genossen, unserem teuren Lehrmeister, dem Drechsler August Bebel, unseren Gruß entbieten!

Möge er uns russischen Arbeitern, die solche Bebels der Arbeiterbewegung besonders nötig haben, als Vorbild dienen!

Es lebe Bebel!
Es lebe die internationale Sozialdemokratie!



Mit Polizei aus der Wohnung und aus dem Weg geräumt: Marlies und Walter Bitzer.

Weil er für die Mieterinteressen eintrat

Mietersprecher an die Luft gesetzt

Zwangsräumung mit Polizei / 84 Festnahmen

DORTMUND. — 84 Festnahmen — das ist die Bilanz eines spektakulären Polizeieinsatzes im Vogelpothsweg 14 im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld am 11. Februar. Veranlaßt hatte den Einsatz die Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (DoGeWo) mit dem Ziel, den unbequemen Vorsitzenden des Mieterates „Alte Zeche Dorstfeld“, Walter Bitzer, samt seiner Frau aus der Wohnung zu vertreiben.

Bitzer war der von SPD-Ratsherren mehrheitlich beherrschten DoGeWo schon seit einiger Zeit unangenehm aufgestoßen — wegen seines Eintretens für die Belange der Mieter. Seine „Vergehen“: Er scheute sich nicht, mit Miet- und Wohnproblemen auch an die Öffentlichkeit zu treten; er scheute sich nicht, zusammen mit anderen Mietern wegen unerträglicher Wohnbeeinträchtigungen durch Verschulden des Vermieters die Miete zu vermindern.

Die DoGeWo kündigte ihm fristlos; die Sache ging vor Gericht. Vor dem Amtsgericht bekam Bitzer Recht; das Landgericht aber bestätigte die Kündigung durch die DoGeWo. Begründung: Bitzer hätte das „partnerschaftliche Vertrauensverhältnis“ zu seinem Vermieter verletzt. Diese Begründung ist bisher einmalig in der westdeutschen Rechtssprechung. Würde sie allgemein, hieße das, daß kein Mieter oder Mietersprecher mehr sich gegen Maßnahmen von großen Wohnungsgesellschaften wehren oder gar mit den Problemen an die Öffentlichkeit treten könnte, ohne zugleich schon den Kündigungsgrund zu liefern! (Über die Hintergründe der Räumung am Vogelpothsweg siehe auch nebenstehende Artikel.)

Mit dem Spruch des Landgerichts stand der Vollstreckung der fristlosen Kündigung rechtlich zunächst nichts mehr im Wege. Der Zwangsräumung am 11. Februar jedoch stellten sich rund hundert Demonstranten entgegen.

„Keine Räumung der Wohnung von Walter und Marlies Bitzer!“ schallte es dem Gerichtsvollzieher entgegen. Die

Demonstranten saßen dichtgedrängt in der Wohnung Bitzer im 4. Stock und blockierten auch den Flur und das Treppenhaus davor. Der Gerichtsvollzieher mußte zunächst wieder unversichert abziehen.

Nun erstattete der DoGeWo-Abteilungsleiter Fritz Artkämper Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Eine Hundertschaft Polizei rückte an. Der Einsatzleiter forderte die Demonstranten auf, binnen zehn Minuten das Stockwerk zu räumen; die Demonstranten jedoch rührten sich — auch nach nochmaligen Aufforderungen — nicht von der Stelle. Daraufhin griff die Polizei teils mit brachialer Gewalt ein.

„Ich bekomme keine Luft mehr“, stöhnte ein junger Mann im Spezialgriff eines Po-

lizisten. Ein anderer wurde mit auf dem Rücken gedrehten Armen über den Fußboden geschleift; andere wurden an Haaren und Ohren aus Wohnung und Haus gezerrt. Vorher war die Presse aufgefordert worden, den Ort der Auseinandersetzung zu verlassen, damit die Arbeit der Polizei nicht behindert würde.

Die 84 Festgenommenen wurden zur Feststellung ihrer Personalien auf das Dortmunder Polizeipräsidium gefahren. Ihnen steht nun eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch und möglicherweise auch wegen Widerstands ins Haus. Walter Bitzer und seine Frau Marlies mußten zunächst in das Städtische Notquartier Bövinghausen umsiedeln.

Breite Solidarität

„Was die Wohnbaugesellschaft wollte, hat sie erreicht“ meinte ein Zeuge des Geschehens, „so schnell wird keiner mehr die Courage aufbringen, in einem Mieterrat gegen Mißstände anzugehen!“

Darin allerdings mag er sich irren. Die Solidaritätsfront, die vor allem auch im Widerstand gegen die Zwangsräumung in Erscheinung trat, ist sehr breit — breit im wahren Sinn des Wortes. Menschen unterschiedlicher politischer Richtungen und weltanschaulich unterschiedlicher Gruppen haben sich im Kampf gegen die Machenschaften der Wohnungsgesellschaften zusammengefunden.

Auch finanziell wird der Kampf der betroffenen Mieter unterstützt. So spendeten Mieter aus Dorstfeld 600 Mark, die

Rote Hilfe Deutschlands 500 Mark, verschiedene andere Organisationen zusammen rund 300 Mark.

Der Mieterrat richtet nun verstärkt seine Energie darauf, den Skandal der Dorstfelder Zwangsräumung breiter bekanntzumachen, die Solidarität zu verstärken und so Druck auf die Verantwortlichen auszuüben. Die Forderung steht weiter: Rücknahme der fristlosen Kündigung des Ehepaares Bitzer! — Mit seinen Aktivitäten hofft der Mieterrat auch, den anderen angegriffenen und bedrohten Mietersprechern in Dortmund den Rücken zu stärken. (Über den Fall des 77jährigen Mietersprechers Hans Prohl, dem die „Neue Heimat“ fristlos gekündigt hat, berichteten wir im „Roten Morgen“ 5/80).

Die Bonzenballade

DOGEWO — Gemeinnutz, stadtbekannt und auch noch eigen, verfängt sich immer mehr im Schmutz und Verfallungsreigen.

Es-Pe-De, oh, wie sozial, führt die Aufsicht in der Stadt, baute auch den Hannibal, stellt dafür den Aufsichtsrat.

Plündert Konten ungeniert, denn das bringt Tantiemen, Mieter werden rausbugsiert, doch nur die unbequemen.

Das Gesetz der alten Zeche heißt: Bist du auch noch so verdrossen, Mieter, halt's Maul und bleche, sonst wirst du abgeschossen!

Zwangsräumung im Vogelpothsweg 14

Die Vorgeschichte

Aus einem Flugblatt

Vorgefallen ist folgendes:

• Ab Juli 1978 haben Walter Bitzer und mit ihm weitere 33 Mieter aus dem Hannibal II in Dortmund-Dorstfeld wegen unerträglichen Baulärms und anderer noch andauernder Beeinträchtigungen ihre Miete gemindert. Ihr gutes Recht wird jeder Mitbürger sagen, und die Vermieterin kann dies ja zivilrechtlich prüfen lassen. (Übrigens — inzwischen ist die Prüfung erfolgt und die Mieter haben Recht bekommen.)

• Um die Miete auch wirklich mindern zu können, widerrief W. Bitzer die Einzugsverpflichtung, die in unseren Häusern laut Vertrag jeder Mieter unterzeichnen muß. Die DoGeWo erklärt ohne Umschweife: Das ist uns gleich — wir buchen grundsätzlich ab! Natürlich will sich der Mieter rat „Alte Zeche Dorstfeld“ e.V. und mit ihm Walter Bitzer ein solches Vorgehen nicht gefallen lassen, und er stellt, weil ihm auch noch andere Fälle bekannt werden, Strafanzeige. Auch hier wird wohl jeder sagen: Das ist in unserem Staat ein Recht, das jedem zustehen muß. Die Anzeige wird in der Mieterratszeitung abgedruckt.

• Schließlich wird im Oktober 1978 in den Fluren des Hannibal ein neuer Farbanstrich aufgetragen, der nicht nur wochenlang stinkt, sondern auch gesundheitliche Schädigungen zur Folge hat, wie Ärzte, Diplomchemiker bestätigen. 64 Mieter, darunter Walter Bitzer, stellen Strafanzeige gegen UNBEKANNT. Der Staatsanwalt stellt Körperverletzung fest.

• Am 6. 11. 1978 trifft bei Marlies und Walter Bitzer ein Schreiben der „GEMEINNÜTZIGEN“ ein: Wir kündigen Ihnen fristlos die Wohnung. Die Sache geht vor Gericht.

Das Amtsgericht Dortmund lehnt die Kündigungsklage der DOGEWO ab. Das wichtigste Argument des Gerichts: Gegen eine Großvermieterin wie die DOGEWO (die sich zu 67 Pro-

zent in den Händen der Stadt befindet, und in deren Aufsichtsrat die SPD-Ratsvertreter die Mehrheit haben), muß sich der Mieter, um seine Rechte zu wahren, auch öffentlich wehren dürfen.

Das Urteil geht in die Berufung. Richter Thiele nimmt einen großen Pinsel zur Hand und macht auch Weiß Schwarz und aus Schwarz Weiß. Aus konsequentem Auftreten des Mieterrates zur Wahrung der Mieterinteressen und aus den beiden Strafanzeigen werden „Beleidigungen und bewußte Herabsetzungen der Vermieterin“. Wer nicht vertrauensvoll und partnerschaftlich mit einer Wohnungsgesellschaft — und sei sie auch noch so groß und mächtig — zusammenarbeiten wollen, der verliert sein Wohnrecht — basta! Dies Urteil widerspricht allen bisher gefällten Urteilen in ähnlich gelager-



Der Vogelpothsweg mit den Neubauten, in denen die Zwangsräumung stattfand.

ten Fällen. Was es heute für Walter Bitzer und seine Frau bedeutet, und wenn es Schule macht, liegt auf der Hand: Dann müssen alle engagierten Mieter und Mietersprecher auf deutsch gesprochen den Wohnungsgesellschaften in den Hintern kriechen. Wer sich da noch konsequent und parteilich für die Sache der Mieter einsetzt, fliegt raus!



Die Flüstertüte brauchte er, um das Pfeifkonzert zu übertönen: Fritz Artkämper, Abteilungsleiter der DoGeWo.



Mit brachialer Gewalt machte die Polizei den Weg zur Zwangsräumung frei.

Neue Taschenbücher Engelmann: Hotel Bilderberg



(rororo 4471, 4,80 Mark)

Das Buch: Am Anfang gibt's eine versuchte Flugzeugentführung. Mittendrin treibt eine finstere Gestalt mit schallgedämpftem Revolver ihr Unwesen. Und zum Schluß wird knallhart mit Millionenbeträgen um eine geheimnisvolle Namensliste gepokert.

Es passiert schon einiges in Bernt Engelmanns Tatsachenroman „Hotel Bilderberg“, der jetzt als Taschenbuch vorliegt. Und doch sind diese Luftpiraten oder Revolvermänner nur ein Beiwerk; auch das Interesse des Lesers wendet sich bald jenen Figuren des Romans zu, die über ein erheblich höheres

Maß an krimineller Energie verfügen als jene. Denn diese Figuren tragen Namen, die wir tagtäglich in den Schlagzeilen lesen. Und der Coup, um den sich hier alles dreht, hat denn auch ganz andere Dimensionen als etwa der berühmte britische Postraub — es ist der Lockheed-Skandal.

Zur Erinnerung: Der amerikanische Rüstungskonzern Lockheed hatte sich riesige Aufträge dadurch gesichert, daß er an hohe Politiker und Militärs in der ganzen westlichen Welt saftige Bestechungsgelder zahlte. Und den größten Schnitt machte der Konzern mit dem Verkauf des „Starfighters“ in der Bundesrepublik — zu einer Zeit, als Strauß auf der Bonner Hardthöhe als Kriegsminister residierte.

Engelmann hat sich als Schauplatz für seinen Roman das niederländische Hotel Bilderberg ausgesucht, einen Knotenpunkt im Geflecht des internationalen Finanzkapitals (siehe auch nebenstehenden Auszug). Hier treten nun einige der oben erwähnten Figuren lebhaft auf, so etwa Prinz Bernhard von den Niederlanden oder sein Jagdfreund, ein prominenter Politiker aus Westdeutschland von untergesetzter Statur, der nicht gerne gesehen

werden möchte. Am Rande spielt alles mit, was in der internationalen Finanz-Mafia Rang und Namen hat, von David Rockefeller bis zum Baron Edmond de Rothschild.

„Hotel Bilderberg“ ist ein Tatsachenroman, mit Betonung auf Tatsachen; und das bedeutet: Die hier aufgerollte Geschichte des Lockheed-Skandals ist hieb- und stichfest, ist einwandfrei belegt. Und das war wohl auch notwendig. Denn eine der Hauptfiguren ist eben Franz Josef Strauß, dessen politischer Aufstieg, dessen finanzielle und amouröse Abenteuer hier ausführlich geschildert werden. Und dieser Mann ist ja bekanntlich sehr prozeßfreudig.

Engelmanns Roman ist nicht nur eine lehrreiche, sondern auch eine sehr spannende und vergnügliche Lektüre. Der Autor deckt anhand des Lockheed-Skandals das schmutzige Geschäft der Korruption auf. Und er gewährt auch ansonsten manchen Blick hinter die glänzenden Kulissen der Welt des Finanzkapitals. So ganz nebenbei nämlich wird hier auch eine besondere Art von Geschichtsunterricht betrieben. Wir erfahren, wie die Rockefellers, die Rothschilds, die Du Ponts oder die niederländische Königsfa-

milie zu ihrem sagenhaften Reichtum gekommen sind und wie sie ihn stetig vermehrt haben. Und sicher werden manchem die Augen übergehen angesichts des Ausmaßes von kaltblütigem Raub, von Mord und Totschlag, von Betrug und Prostitution, das hier ausgebreitet wird. Gegen die Aktionen dieser Leute ist — wie gesagt — der britische Postraub nur ein harmloser Bubenstreich gewesen.

Der Autor: Bernt Engelmann ist einer der bekanntesten kritischen Publizisten in der Bundesrepublik. Mit „Großes Bundesverdienstkreuz“ (rororo 1924) hat er vor Jahren einen zweiten Tatsachenroman geschrieben, in dem die unaufhaltsame Karriere einiger ehemaligen Nazi-Größen im Bonner Staat beschrieben wird. Daneben hat Engelmann verschiedene Bücher über das westdeutsche Monopolkapital geschrieben. Mit seinen „Anti-Geschichtsbüchern“ hat er den Versuch unternommen, die deutsche Geschichte aus der Sicht der Unterdrückten darzustellen. Auf das letzte Werk in dieser Reihe, das gerade jetzt erschienene Buch „Wie wir wurden, was wir sind“, wird der RM in einer der nächsten Ausgaben eingehen.

WER WIRD DEUTSCHER MEISTER?



SEIN KAMPF

Seit Jahren kämpft der „Werger“ mit dem Problem, einen guten, preiswerten, leicht zu verarbeitenden Werkstoff zu finden. Der Werger hat sich für das Aluminium entschieden. Das Aluminium ist ein Leichtmetall, das sehr leicht zu verarbeiten ist. Es ist auch sehr stabil und langlebig. Das Aluminium ist ein Material, das in vielen Bereichen eingesetzt wird. Es ist ein Material, das sehr vielseitig ist. Es ist ein Material, das sehr leicht zu verarbeiten ist. Es ist ein Material, das sehr stabil und langlebig ist. Das Aluminium ist ein Material, das in vielen Bereichen eingesetzt wird. Es ist ein Material, das sehr vielseitig ist. Es ist ein Material, das sehr leicht zu verarbeiten ist. Es ist ein Material, das sehr stabil und langlebig ist.

Seit Jahren kämpft der „Werger“ mit dem Problem, einen guten, preiswerten, leicht zu verarbeitenden Werkstoff zu finden. Der Werger hat sich für das Aluminium entschieden. Das Aluminium ist ein Leichtmetall, das sehr leicht zu verarbeiten ist. Es ist auch sehr stabil und langlebig. Das Aluminium ist ein Material, das in vielen Bereichen eingesetzt wird. Es ist ein Material, das sehr vielseitig ist. Es ist ein Material, das sehr leicht zu verarbeiten ist. Es ist ein Material, das sehr stabil und langlebig ist.

Seit Jahren kämpft der „Werger“ mit dem Problem, einen guten, preiswerten, leicht zu verarbeitenden Werkstoff zu finden. Der Werger hat sich für das Aluminium entschieden. Das Aluminium ist ein Leichtmetall, das sehr leicht zu verarbeiten ist. Es ist auch sehr stabil und langlebig. Das Aluminium ist ein Material, das in vielen Bereichen eingesetzt wird. Es ist ein Material, das sehr vielseitig ist. Es ist ein Material, das sehr leicht zu verarbeiten ist. Es ist ein Material, das sehr stabil und langlebig ist.

Mit diesem Plakat wirbt der ASTA der Hochschule für Bildende Künste Hamburg (Lerchenfeld 2, HH 76, Tel. 040/2290841) für ein Anti-Strauß-Fest mit Ausstellung, Veranstaltung, gemeinsamer Arbeit (Workshop), das Ende April stattfinden soll. Der ASTA fordert Grafiker, Maler, Musiker, Literaten, Film, Theatermacher usw. auf, das Vorhaben mit Beiträgen zu unterstützen: „Holt alte Arbeiten wieder aus der Schublade, setzt euch mit uns in Verbindung!“, heißt es auf dem Plakat. Die Veranstalter streben ein breites demokratisches, fortschrittliches und antifaschistisches Spektrum an. Wahlunterstützung für die SPD allerdings lehnen sie ab.

Künstler gegen Strauß

„Freiheit statt Strauß“ — ja.
„SPD statt Strauß“ — nein!

Die Kanzlerkandidatur des Franz Josef Strauß als Zeichen des Vormarsches der Reaktion in Westdeutschland hat auch die Künstler, Schriftsteller, Grafiker, Sänger, Theaterleute, Schauspieler usw. herausgefordert: Mit ihrem Namen, mit entsprechenden Darbietungen und Werken stellen sie sich in immer größerer Zahl dem auftrumpfenden „Retter der Nation“ entgegen.

Mehrere neue Bücher gegen den Unionskanzlerkandidaten sind bereits „in der Mache“: So bereitet Bernt Engelmann für die Bundestagswahl ein neues „Schwarzbuch“ vor; Heinar Kipphardt als Herausgeber legt eine Textsammlung mit dem Titel „Aus Liebe zu Deutschland — Satiren zu Franz Josef Strauß“ vor. Das Buch wird im Verlag „Autoren Edition“ erscheinen.

„Der Kandidat“ soll ein Film heißen, den die vier Regisseure Alexander Kluge, Volker Schlöndorff, Stefan Aust und Alexander von Eschwege zusammen drehen.

Aus Anlaß der Strauß-Kandidatur hat der „Verband Deutscher Schriftsteller“ München zum Tagungsort für seinen V. Kongreß gewählt, der Ende Februar stattfindet. Der Kongreß wird zweifellos Zeichen im Kampf gegen die Reaktion, deren Firmenschild Strauß ist, setzen.

Auch die von dem Grafiker Klaus Staack ins Leben gerufene Initiative „Freiheit statt Strauß“ hat unter den Kulturschaffenden großen Anklang gefunden. 5000 haben bisher bereits für diese Aktion mit Rang und Namen gezeichnet, darunter die Schriftsteller Peter Rühmkorf, Ludwig Fels, Uwe Johnson, Luise Rinser, Bernt Engelmann, Günter Wallraf, der Bochumer Theaterdirektor Claus Peymann, der Sänger Udo Lindenberg, die Filmmacherin Margarete von Trotta, Volker Schlöndorff und Wolfgang Staudte.

An der Staack-Initiative aber zeigt sich auf der anderen Seite auch die Schwäche und die Unklarheit des Engagements vieler Kunst- und Kulturschaffenden. Ihr Auftreten gegen Strauß ist nämlich verbunden mit einem mehr oder weniger zähneknirschenden Eintreten für die SPD als „kleineres Übel“. Staack: „Wir sind kein Jubelverein für die Regierung, aber unsere Hoffnungen liegen trotz mancher Enttäuschung bei der SPD.“

Aber auch den bundesdeutschen Kunst- und Kulturschaffenden — und der Grafiker Volland hat dies in einem Offenen Brief an Staack formuliert (siehe „Roter Morgen“ 4/80) — dürfte am eigenen Leib hinlänglich klargeworden sein, daß die SPD, repräsentiert in der Regierung Schmidt, nicht die Alternative zu Strauß sein kann. Es ist eine Tatsache, daß unter einer SPD-Regierung mit Zensur, Berufsverboten, Ausstellungs- und Aufführungsverboten, Senderverboten, Maßregelungen fortschrittlicher Autoren und Journalisten usw. usw. erst das heute herrschende reaktionäre Klima im Kulturbereich geschaffen worden ist. Die SPD hat mit ihrer Anbiederungspolitik gegenüber den reaktionärsten Kräften überhaupt erst die Voraussetzung für die Straußkandidatur geschaffen. Und wer garantiert, daß die SPD sich nach den Wahlen nicht wieder mit den Unionsparteien zu einer großen Koalition zusammenschließt — mit einem Franz Josef Strauß in der Regierungsverantwortung?

Die „Bilderberger“ und der Mann mit der Liste

Leseprobe

Aus: Bernt Engelmann „Hotel Bilderberg“

„Ach was“, widersprach Pat, „ich brauche ihr doch von den Hintergründen nichts zu sagen. Wenn ich sie nachher einfach frage, ob der Prinz noch im Hotel ist, so wird sie das ganz natürlich finden. Jede Amerikanerin interessiert sich für eine königliche Hoheit. Sie wird sich dann beim Empfangschef erkundigen... übrigens, was meinst du mit ‚Bilderberger‘ Mike? Das Hotelpersonal?“

Mike lachte und tauschte einen raschen Blick mit seinem Kollegen. „Hast du denn noch nichts vom Bilderberger-Klub gehört, Pat?“ fragte Mike.

Pat schüttelte den Kopf. „Nein“, sagte sie dann, „ist das eine Bildungslücke?“

„Nicht, wenn man sich vornehmlich mit Lokalberichterstattung und Jugendkriminalität befaßt“, gab Mike lächelnd zur Antwort und fügte, an seinen Kollegen gewandt, hinzu: „Erzähl du es ihr, Jimmy!“

„Also gut. Im Jahre 1954 fan-

den ein paar einflußreiche Amerikaner, daß die Beziehungen innerhalb des atlantischen Bündnisses dringend einer Verbesserung bedürften. George Ball, der spätere Außenminister, wandte sich deshalb an den Prinzen Bernhard und bat ihn, so diskret wie möglich ein Treffen der wichtigsten Wirtschaftsführer, Politiker und Meinungsmacher der westlichen Welt einzuberufen. Die Konferenz kam bald darauf zustande, und zwar hier, im Hotel de Bilderberg.“

„Tatsächlich?! Warum ausge-rechnet hier?“

Pat war sehr verwundert. „Weil es so schön abgelegt ist“, gab Jimmy zur Antwort, „und weil sich — von uns dreien einmal abgesehen — kaum ein Journalist hierher verirrt. Seit damals hat dieser Klub jedes Jahr ein- bis zweimal getagt, stets an einem anderen Ort und immer hinter verschlossenen Türen. Die Bilderberger, wie sie sich nennen, verstehen sich als eine Art geheimer Lenkungs-ausschuß

der westlichen Welt, und Prinz Bernhard ist zwar seit der Gründung der Präsident dieses seltsamen Klubs, aber keineswegs sein wichtigstes Mitglied — mehr ein Aushängeschild. Damit du dir eine Vorstellung von dem wirtschaftlichen Einfluß machen kannst, den die Bilderberger haben, will ich dir mal ein paar Namen nennen. Zu den amerikanischen Mitgliedern gehören beispielsweise Henry Ford II, David Rockefeller und die führenden Männer der ‚Exxon‘, der früheren ‚Standard-Oil‘-Gruppe.“

„Ist von den du Ponts de Nemours auch jemand dabei?“ wollte Pat wissen.

Jimmy Meyrowitz sah sie etwas erstaunt an, dachte einen Augenblick lang nach und sagte dann:

„Also, in den letzten Jahren ist tatsächlich von den du Ponts keiner mehr dabei gewesen. Aber früher war Lamont du Pont Copeland, damals das Oberhaupt des Clans und zugleich amtierender Konzern-

chef, ein recht aktives Mitglied... Ansonsten aber ist nahezu alles, was Rang und Namen hat, bei den Bilderbergern: Leute wie der Bankier Edmond de Rothschild aus Paris, sein Kollege Marcus Wallenberg aus Schweden, der ‚Fiat‘-Chef Giovanni Agnelli aus Turin, der Tanker-König Stavros Niarchos aus Griechenland oder auch Prinz Philip, der Gatte der Königin Elisabeth von Großbritannien. Natürlich werden stets, neben den ganz reichen Leuten, etliche wichtige Politiker, hohe Militärs, Beamte aus dem State Department, Spitzenleute der CIA sowie einige Fachleute auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit, der psychologischen Kriegsführung, der Rüstung und der Politologie zu den Treffen eingeladen. Und hin und wieder sind auch amtierende Staatsmänner mit von der Partie.“

„Zum Beispiel Henry — Staatssekretär Henry Kissinger vom State Department“, warf Mike Levyson ein.

Weismann-Verlag muß retuschieren

Einstweilige Verfügung gegen Bundeswehrroman

„Per einstweiliger Verfügung eines ehemaligen Angehörigen der Bundeswehr vom 18. 1. 1980 ist es dem Weismann Verlag Frauenbuchverlag GmbH, München ab sofort untersagt das Buch ‚Christian Klippel 456 Tage und der Rest von heute, Ein Roman über die Bundeswehr‘ (...) in der vorliegenden Fassung weiter zu vertreiben. Wir müssen das Sortiment auffordern, die noch vorhandenen Exemplare an unsere Auslieferung (...) zurückzusenden.“

Diese Aufforderung erschien am 25. 1. 1980 in dem Buchhändlermagazin „Börsenblatt“. — Der Vorgang geht — äußerlich betrachtet — zunächst auf ein „dummes Mißgeschick“ zurück. Der Autor Klippel hatte in dem auf eigenen Erlebnissen beruhenden Roman zwar seinen eigenen, nicht aber die Namen seiner ehemaligen Vorgesetzten geändert. Ein Stabsunteroffizier und ein Oberleutnant er-

statteten Anzeige wegen „Persönlichkeitsverletzung“ und „Ehrverletzung“. — Auf dieser Ebene konnte sich der Verlag nicht auf einen Prozeß einlassen — einmal wegen der Aussichtslosigkeit und Kostspieligkeit eines solchen Verfahrens, zum andern, weil es in dem Roman nicht darum ging und geht, einzelne Personen anzuschreiben, sondern darum, den Alltag in der Bundeswehr darzustellen.

Dieses Anliegen aber mag gerade der eigentliche Grund für den — auf persönlicher Ebene vorgetragenen — juristischen Angriff sein. Auf billige Art soll so ein Buch getroffen werden, das die Bundeswehr insgesamt an den Pranger stellt. Es ist durchaus denkbar, daß die Anzeigerstatte durch einen entsprechenden Hinweis der Bundeswehrführung zu ihrem Vorgehen veranlaßt worden sind.

In Eile hat nun der Weis-

mann Verlag eine Auflage mit entsprechend veränderten Namen und einem Vorwort vorbereitet, das die Vorgänge um die einstweilige Verfügung dokumentiert. Der Inhalt selbst ist

„Der bisher beste Bundeswehrroman“

„Dies ist sicherlich der bisher beste Roman über die Bundeswehr. Konkret und genau in allen Einzelheiten schildert er den Alltag der Soldaten. Ihre Sorgen und Nöten, spricht (kritisch) ihre Sprache, die auch nur ein Schutzwall gegen die Empfindungen ist, die man beim Bund hat. Da spricht man eben nicht von seiner Freundin sondern von der Alten, gibt nie irgendwelche Gefühle, Liebe, Angst oder Freundschaft zu. Jeder markiert den Harten, Statussymbol ist die Tageszahl, und wer Probleme hat, säuft.“

Obwohl in diesem Roman keine großen Widerstands- und Solidaritätsaktionen ablaufen,

nicht verändert worden. 456 und der Rest von heute. Ein Roman über die Bundeswehr von Christian Klippel. Weismann Verlag München 14,80 Mark.

ist er ein guter, antimilitaristischer Roman. Denn einmal ist er sehr lehrreich, weil auch jemand, der erst zum Bund muß, genau erkennt, wie und mit welchen Methoden die arbeiten, um aus Menschen Soldaten zu machen. Zum anderen, und das ist das Positivste daran, bekommt der Leser so einen Haß und eine Wut auf die Bundeswehr, wie sie nur selten bei Erzählungen von Reservisten entstehen, die, im Nachhinein, sehr oft doch nur die Wir-waren-noch-Kerle-Geschichten erzählen.

(Aus: „Roter Rebell“, Jugendmagazin der Roten Garde, Nr. 2/80)



Angst vor Thälmann?

Die Hamburger Bürgerschaft will 35 Jahre nach dem Ende der faschistischen Diktatur endlich die Abgeordneten ehren, die unter der braunen Diktatur ermordet worden sind. Soweit so gut. — Doch Namen sollen nicht genannt werden. Eine von Bürgerschaftspräsident in Auftrag gegebene Gedenktafel soll lediglich folgenden Text tragen: „Zum ehrenden Gedenken an die Mitglieder der Bürgerschaft, die nach 1933 Opfer totalitärer Verfolgung wurden.“

Das Aussparen der Namen der Opfer hat Gründe.

Unter den 14 Bürgerschafts-abgeordneten, die zwischen 1933 und 1945 nachweislich in Konzentrationslagern umgebracht, hingerichtet worden oder auf andere Weise durch Gewalt ums Leben gekommen sind, waren acht Kommunisten. Der bekannteste von ihnen: Ernst Thälmann, in Hamburg geboren, ab 1919 Bürgerschafts-abgeordneter, später Reichstagsabgeordneter, 1932 Kandidat bei der Reichspräsidentenwahl und ab 1925 Vorsitzender der KPD. Ernst Thälmann wurde 1944 im Konzentrationslager Buchenwald von den Faschisten erschossen.

Wer noch nicht weiß, was Geschichtsklitterung und Geschichtsfälschung bedeutet, der betrachte die Hamburger „Bürgerschaft“ und ihre verschwiegene Gedenktafel. Was nicht in das Geschichtsbild paßt — und den überragenden kommunistischen Widerstand hat es nach Bonner Lesart ja überhaupt nicht gegeben —, das wird ausgemerzt, das erscheint weder in den Schul- und Geschichtsbüchern noch auf der Gedenktafel im Hamburger Rathaus.

Übrigens haben in Hamburg die Versuche, Thälmann und seine Genossen aus dem Andenken der Menschen zu tilgen, Tradition: 1956, nach dem Scheitern des konterrevolutionären Aufstands in Ungarn, benannte der Hamburger Senat die „Thälmann-Straße“ um — in „Budapester Straße“.

Moderne Piraten

Was hat Shell mit dem Tanker Salem gemacht?

Die Piraten der Abenteuerbücher waren kleinkarierte Messerstecher und Taschenfilzer gegen die neuen, die modernen Piraten: die Dirigenten der großen Öltanker, die

Am 10. Dezember 1979 verläßt ein Supertanker namens „South Sun“ mit einer Ladung von 193 000 Tonnen Mineralöl Kuwait. Das Schiff fährt unter der berechtigten liberianischen Billigflagge und gehört der liberianischen Gesellschaft „Pimmer-ton Shipping“. Auf hoher See wird der Tanker auf den Namen „Salem“ umgetauft. Während das Schiff auf dem Ozean Kurs auf das Kap der Guten Hoffnung nimmt, tickern in den Geschäftsetagen der Ölkonzerne die Fernschreiber. Die Schweizer Firma Pentoil kauft die schwimmende Ladung auf und verkauft sie weiter an die Shell International Trading, und diese verkauft sie wiederum an die Shell Europe. Nun ist auch das Bestimmungsland des Öls klar: Italien.

Italien allerdings erreicht der Supertanker nie. Am 17. Januar 1980, mehr als 5 Wochen nach Lichtung der Anker in Kuwait, fliegt die Salem vor der westafrikanischen Küste in die Luft. Die Besatzung kann vollzählig gerettet werden. Der in Sichtweite schwimmende Dampfer British Trident, Eigentum des BP-Konzerns, nimmt die Seeleute an Bord.

An dem Tankerunglück erschien jedoch von Anfang an einiges merkwürdig. Die Salem sendet erst Hilferufe, als die rettende Trident schon in Sicht

war — sechs Stunden nach der Explosion. Für 193 000 Tonnen Öl war außerdem der Ölfleck, der auf dem Wasser über dem versunkenen Schiff verblieb, reichlich klein. Übrigens versank die Salem an einer der tiefsten Stellen des Atlantikgrabens — kein Taucher wird je da hinabgelangen und Untersuchungen anstellen können.

Nun aber ist doch einiges Licht in die Hintergründe des Unglücks gebracht worden. Einer der Überlebenden des Unglücks, ein tunesischer Matrose, hat geplaudert. Und zusammen mit verschiedenen Indizien ergibt seine Aussage folgendes Bild:

Auf ihrer Reise um das Kap der Guten Hoffnung machte die Salem in der südafrikanischen Hafenstadt Durban Station. Da das rassistische Südafrika von den arabischen Ölförderländern boykottiert wird, trug der Tanker bei seinem Einlaufen allerdings den Namen Lema. In Durban wurde das geladene Öl gelöscht; und mit einer Ersatzladung Salzwasser setzte der Tanker seine Fahrt fort. Vor der westafrikanischen Küste sprengte die Besatzung den Dampfer dann eigenhändig in die Luft — nicht ohne ihn vorher wieder in Salem zurückbenannt zu haben. — Daß das Öl der Salem tatsächlich im Hafen von Durban gelöscht worden ist, hat mittlerweile der

Herren der Ölkonzerne. Die folgende Geschichte ist wahr, und man braucht ihr nichts mehr hinzuzufügen.

südafrikanische Minister für „einheimische Industrie“, Schalk van der Merve, bestätigt.

Und warum das alles? Das Öl, das die Salem geladen hatte, kostete 56 Millionen Dollar. Die Shell bezahlte bereits 6 Tage nach dem Unglück diesen Betrag an die Pentoil, von der sie das Öl erstanden hatte — in der Gewißheit diesen Betrag von Versicherung Lloyds London zurückzuerstatten zu bekommen. Wohlgerne: die Ladung war zu diesem Zeitpunkt in Südafrika schon einmal verkauft worden. Südafrika übrigens hatte durch die Transaktion den Vorteil, daß so der Boykott durch die arabischen Ölländer umgangen werden konnte. — Und schließlich war

das Schiffsunglück auch nicht zum Nachteil der liberianischen Gesellschaft Pimmer-ton Shipping: Die Salem war mit 2 Millionen Dollar ebenfalls bei Lloyds London versichert.

Muß man erwähnen, daß die Shell von alledem natürlich nichts gewußt hat? Der Konzern hat alle Anschuldigungen und Verdächtigungen weit von sich gewiesen. Er ist hintergangen worden, wirklich...

Es ist nur zu dumm, daß dieser tunesische Seemann geplaudert hat. Aber vielleicht wird ein derartiges Unglück demnächst so arrangiert, daß die Mannschaft gleich mit in die Luft fliegt und mit dem Schiff versinkt und von den Haien gefressen wird bis auf den letzten Krümel...



Lehrling wirft sich vor Güterzug

Durch „Ausbildungsmethoden“ in den Tod getrieben

DILLINGEN. — Daß die Lehrzeit im Kapitalismus für den Lehrling oft nichts anderes als Schikanen und Ausbeutung als Billigstarbeitskraft bedeutet, ist bekannt. Daß mittels der „Ausbildungsmethoden“ ein Mensch aber direkt in den

Der 19jährige, in der Berufsschule als „aufgeschlossener, guter Schüler“ in Erinnerung und von Arbeitskollegen als „auskömmlich“ gelobt, war als 17jähriger Realschulabgänger am 1. September 1978 in die Büromaschinenfabrik Bissinger Gundelfingen eingetreten. Die Ausstellungsverhältnisse, die er dort vorfand, bedrückten ihn derart, daß er bereits nach dem Ausscheiden aus dieser Firma am 16. August einen Selbstmordversuch unternahm.

Über die näheren Umstände der „Ausbildung“ gibt ein im September '79 abgegebener knapper Bericht des Betroffenen Auskunft: „Unentgeltliche

Samstagsarbeit (9.9. und 30.9.78), Ohrfeigen (23.2. und 30.3.79), Fußtritt (wegen nicht hergerichteter Rechnungen, 10.4.79), neun Stunden Gartenarbeit (15.6.79), Schläge (7.8.79) und Handgreiflichkeiten (14.8.79)“. Die Mechanikerinnung Schwaben errechnete für diesen Zeitraum 320 Überstunden des Lehrlings und forderte am 19. September 1979 die Handwerkskammer von Schwaben auf, dem Firmenchef Bissinger die Ausbildungserlaubnis zu entziehen, „weil Auszubildende laufend Prügel und anderen körperlichen Züchtigungen ausgesetzt sind und unbezahlte Überstunden

Tod getrieben werden kann, zeigt der Fall eines 19jährigen Lehrlings, der sich am 14. Januar 1980 im Stadtbereich von Dillingen (Donau) aus tiefster Verzweiflung vor einen Güterzug warf.

leisten müssen“.

Die Vorwürfe werden von einem ehemaligen Verkaufsleiter und einem ehemaligen Service-Leiter der Firma Bissinger sowie zwei ehemaligen Auszubildenden bestätigt. Bissinger selbst aber bestreitet die Vorwürfe.

Den direkten Auslöser für den Selbstmord des Lehrlings lieferte Bissinger bereits nach dem Ausscheiden des Lehrlings aus der Firma. Am 11. September präsentierte er ihm eine Schadensersatzforderung über 53 560,98 Mark wegen der angeblichen „grob fahrlässigen Beschädigung einer Kundenmaschine“ und drohte arbeits-

gerichtliche Schritte an, um das Geld beizutreiben. Bissingers Versicherung hatte sich nämlich geweigert, den Schaden zu decken, weil diese Versicherung von dem Firmenchef bereits vor Jahren gekündigt worden war. Noch bevor es zur Verhandlung kam, nahm sich der verzweifelte Lehrling das Leben. Jetzt will der Unternehmer die Forderung der Mutter des Toten, die Witwe ist, präsentieren.

Und Bissingers Ausbildungsmethoden? — Für die Bezirksregierung von Schwaben ist der Fall des aus dem Leben geschiedenen Lehrlings „nicht geschiedenen Lehrlings“ „nicht geeignet“. Bissinger die Ausbil-



Samstag, 23. Februar, 19.00 Uhr, ZDF

Direkt. In dieser Folge behandelt das Jugendmagazin die Frage, wo Bildungsurlaub beantragt wird und wie man ihn nehmen kann.

Samstag, 23. Februar, 20.20 Uhr, Bayern III

Der Firmling. Von und mit Karl Valentin und Liesl Karlstadt

Sonntag, 24. Februar, 20.15 Uhr, ARD

Taunusrausch. Der Film Peter Adam und Werner Thal erzählt von einem kleinen Ort im Taunus, mit dessen Beschaulichkeit es angesichts einer geplanten Industrieansiedlung plötzlich vorbei ist. Die Bewohner spalten sich, entsprechend ihrer ökonomischen Interessen, immer mehr in zwei feindliche Lager.

Sonntag, 24. Februar, 22.00 Uhr, ARD

Ludwig van Beethoven. Sinfonie Nr. 5 c-Moll. Es spielen die Wiener Philharmoniker. Dirigent: Leonard Bernstein.

Montag, 25. Februar, 21.20 Uhr, ZDF

Molière. 1. Teil: Kindheit und Jugend. — In ungewöhnlich ausdrucksvollen Bildern zeigt der fünfteilige Film von Ariane Mnouchkine entscheidende Stationen in der Entwicklung des Stückeschreibers Molière von seinem 10. Lebensjahr (1632) bis zu seinem frühen Tod (1673). Mit dem Leben Molières wird gleichzeitig die ganze Epoche sichtbar. — Der 2. Teil wird am 28. Februar gesendet.

Dienstag, 26. Februar, 16.15 Uhr, ARD

Wo einem das Hören vergeht. Film von Irmgard Senger über Lärm am Arbeitsplatz. Schwerhörigkeit ist zur häufigsten Berufskrankheit in Westdeutschland geworden.

Donnerstag, 28. Februar, 19.00 Uhr, Bayern III

Jegor Buljtschow und andere. Drama von Maxim Gorki, das die gespannte Atmosphäre während der Februarrevolution 1917 darstellt und das Verhalten verschiedener Schichten ihr gegenüber darstellt.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.



Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML: REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231/433691 und 433692

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Ellsenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nahe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 04 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.